Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

„Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei monatlich 2.40 Mark; durch die Post bezogen 2.50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf: 210 45 (Red.); 210 47 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 254 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag G. m. b. H., Halle. Druck: Produktiv Buchdruckerei G. m. b. H., Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Dienstag, 15. April 1930 | 10. Jahrgang • Nr. 89

Das Raubprogramm ist Gesetz

Riesenzölle und Massensteuern in 3. Lesung mit Hilfe der Deutschnationalen und Nazis angenommen
5 SPD.-Abgeordnete fehlen — Die Angst der arbeiterfeindlichen Parteien verhindert Neuwahl
Organisiert den außerparlamentarischen Kampf um höhere Löhne, gegen den Bürgerblock!

(Eig. Drahtm.) Berlin, 15. April.

Der Reichstag hat gestern **die Milliardenforderung an Zöllen und Steuern, die das Kabinett Brüning stellte, endgültig angenommen.**

Die endgültigen Abstimmungen ergaben die Annahme sämtlicher Zollgesetze, die Annahme des Ostprogrammes, und zwar in jedem Falle

mit den einheitlichen Stimmen der Regierungsparteien, der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten.

Erhöhung der Tabak- und Zuckersteuer wurde mit 230 gegen 226 Stimmen beschlossen. Die Erhöhung der Biersteuer mit 232 Stimmen, nachdem auch die Bayern für die Biersteuer gestimmt haben. Die Erhöhung der Mineralwassersteuer wurde abgelassen mit nur 4 Stimmen Mehrheit. Es wurden 229 Für- gegen 225 Gegen-Stimmen abgegeben.

Das Gesetz zur Vorbereitung der Finanzreform, das in sich den Abbau der Arbeitslosenversicherung und die Kürzung der Zuschüsse für die Invalidenversicherung von 40 auf 20 Millionen enthält, wird

in namentlicher Abstimmung mit 249 gegen 204 Stimmen angenommen.

In namentlicher Abstimmung wurde dann noch der kommunistische Antrag auf Aufhebung der Lohnsteuer mit 388 gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Die Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen hat also für die Beibehaltung der Lohnsteuer auf der jetzigen Höhe gestimmt.

Abgelehnt wurden auch von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten die noch einmal eingebrachten Anträge zugunsten der Kleinbauern und die Anträge auf Zollfreiheit der wichtigsten Lebensmittel. Dagegen stimmten diesmal, entgegen der Haltung am Sonnabend, die Sozialdemokraten für den kommunistischen Antrag auf Erhöhung der Einfuhrquote für Gefrierfleisch. Der Antrag wurde jedoch durch die Mehrheit der Parteien von den Demokraten bis zu den Nazis abgelehnt.

Wieder fehlten zehn sozialdemokratische Abgeordnete und gaben damit den Prolog zur sozialdemokratischen Scheinopposition.

Diese Opposition soll für Ruhe unter der Arbeiterschaft sorgen, sie soll vermeiden, daß, wie die „Börsen-Zeitung" schreibt, „innenpolitische Umwälzungen die praktische Ausnützung der theoretischen Gesetzgebungsarbeit", des Hungerprogramms, zunichte machen.

Das angenommene Regierungsprogramm bedeutet Abbau der Löhne und Unterstützungssätze in Verbindung mit Industriezöllen, weniger essen und mehr arbeiten. ADGB. und SPD. werden nichts als demagogische Reden dagegen halten, aber zu verhindern suchen, daß es zu Kämpfen als dem einzig erfolgreichen Mittel zur Erreichung von Lohnerhöhungen kommt.

Das räuberische Programm wird mit verschärftem politischen Terror durchgeführt werden, Severings Zuchthausgesetz wird angewandt durch die Polizei des Sozialdemokraten Waentig in Preußen und des Sozialdemokraten Zörgiebel in Berlin. Mit dem Munde wird der Sozialfaschismus den Arbeitern radikale Phrasen vorsetzen, doch Otto Hörsing bestätigte erst am Sonnabend das Programm der Brüning-Regierung als das Programm der sozialfaschistischen Führer.

Nicht im Parlament, sondern in den Betrieben und auf der Straße wird entschieden, wann dieser elende Hungerkurs beendet sein wird. Unter Führung der Kommunistischen Partei bildet darum überall die proletarische Einheitsfront des Massenkampfes, um Lohnerhöhung, für Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich!

Der 1. Mai muß der erste große Generalappell des deutschen Proletariats gegen die Hungerblockade der Trustregierung sein!

Der Maßschneiderstreik geht weiter!

Am Sonnabend, dem 12. April, fanden im Reichsarbeitsministerium die Nachverhandlungen zum zweiten Schiedsspruch für das Schneidergewerbe statt. Die Verhandlungen waren ergebnislos. Der Reichsarbeitsminister hat die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches abgelehnt. Die Reformisten haben darauf mit dem Unternehmertum eine freie Vereinbarung abgeschlossen, nach der der alte Reichstarifvertrag unverändert bestehen bleibt. In ihm auf das Lohnabkommen wurde eine Erhöhung der Stundenlöhne um 2 bzw. 3 Pfennig vereinbart. Die Arbeiter, die 97 Pf. darüber Stundenlohn haben, sollen lumpige 3 Pfennig, die 96 Pfennig und darunter haben, sollen gar nur 2 Pfennig mehr erhalten.

Das Ungeheuerlichste an der Vereinbarung ist jedoch die einjährige Laufdauer des Tarifvertrages. Er ist zum 8. Februar erstmalig kündbar. Das bedeutet eine

Verzögerung des Lohnes über die Herbstsaison hinaus, was in Betracht der ständig steigenden Teuerung einem Lohnabbau gleichkommt.

Für die Reformisten ist damit der Streik zu Ende. Der „Vorwärts" wagt sogar von einem Sieg zu schreiben. Zur selben Zeit, als im Reichstag Tarnow vom ADGB. den Unternehmern Forderungen androhte, um den Zollraub wettzumachen, verrieten die Gewerkschaftsbürokraten die streikenden Maßschneider. Von vornherein waren sich Reformisten und Unternehmer einig, der Tarifvertrag verlängert wird. Die tiefe Unzufriedenheit der Schneider nötigte die Reformisten zu dem schändlichen Spiel langwierigen Verhandlungen, Schiedssprüchen und Nachverhandlungen, während sie andererseits einen Teilstreik inszenierten, dessen Kampfkraft der Schneider nicht voll entfaltete, der nur als Sicherheitsventil dienen sollte.

Jetzt werden die reformistischen Verbandsleitungen überall zum Abbruch des Streikes auffordern. Trotzdem ist eine Fortsetzung des Streikes dort, wo sich die Kollegen betriebs- oder ortsweise für die Fortsetzung einigen können, absolut aussichtsreich.

Maßschneider! Laßt Euch nicht in die Betriebe jagen! Einigt Euch betriebsweise auf Fortsetzung des Streikes für die aufgestellten Forderungen. Kämpft unter Führung selbstgewählter Kampfleitungen weiter!

Die hallischen Maßschneider kämpfen weiter

In der gestrigen Streikversammlung gab ein Kollege der Streikleitung den Bericht über die Vereinbarungen der Parteien in Berlin, die zur Beendigung des Streikes geführt haben. Bei den tariflichen Akkordlöhnen bleibt der alte bestehen, während eine Lohnerhöhung von 2 bzw. 3 Pfennig ab 12. April in Kraft tritt. (1) Mit Recht bemerkte ein oppositioneller Redner, daß man bei diesem Lohnkampfe schon von einem gewissen Erfolg sprechen könnte, weil die Maßschneider den Arbeitgebern die Zähne zeigten. Von einem materiellen Erfolg könne natürlich keine Rede sein. Interessant sei die Tatsache, daß der zentrümliche Arbeitsminister Stegerwald es ablehnte, eine Verbindlichkeitserklärung herbeizuführen, um sich bei den christlichen Gewerkschaften nicht in die Nesseln zu setzen. Wissell hätte es bestimmt anders gemacht.

In längerer Diskussion nahm dann die Kollegenschaft Stellung zu den örtlichen Verhältnissen. Und da hier die Arbeitgeber sich weigern, mit den Vertretern der Arbeiter Verhandlungen aufzunehmen über verschiedene starke Mißstände, wurde mit 135 Stimmen gegen 1 Stimme und bei 4 Enthaltungen beschlossen, daß

ab Dienstag früh die gesamten Maßschneider von Halle in den Streik treten.

Dieser Entschluß beweist, daß die Maßschneider entschlossen sind, für ihre Rechte und Forderungen mit aller Energie zu kämpfen und daß sie die Politik der Gewerkschaftsführung mißbilligen. Der Streikbeschluß schlägt vor allem auch die Schmierfinken des hallischen „Volksblattes" in die Visage, die gestern von einem „erfolgreich" beendeten Schneiderstreik berichteten. Die Maßschneider haben den richtigen Weg eingeschlagen, nämlich den des konsequenten Kampfes unter selbstgewählter Führung!

Vor dem 5. Weltkongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale

Vom 17. bis 19. April tagt in Merseburg die Reichskonferenz der revolutionären Fabrikarbeiter, deren Hauptagesordnungspunkt die Stellungnahme zum 5. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale bildet.

Im Juli dieses Jahres wird der 5. Weltkongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale stattfinden. Im Juli wird die Rote Gewerkschaftsinternationale zugleich den zehnten Jahrestag ihrer Gründung begehen. Selbstverständlich ist der Kongreß für uns nicht eine Jubiläumsparade im Stile der Amsterdamer Gewerkschaftstraditionen, sondern ein sehr ernstes Wegzeichen in der Entwicklung der internationalen revolutionären Gewerkschaftsbewegung.

Der 4. RGI.-Kongreß — am Wendepunkt zweier Perioden

Vor ungefähr zwei Jahren stand der 4. Kongreß der RGI. an der Wiege der „dritten Periode". Die Widersprüche der teilweisen Stabilisierung des Kapitalismus fanden bereits damals ihren scharfen Ausdruck in der großen Verschärfung der Wirtschaftskämpfe in den kapitalistischen Ländern des Westens und in dem gewaltigen Aufschwung der antiimperialistischen Bewegung im kolonialen Osten.

Die geschichtliche Bedeutung des 4. Kongresses der RGI. bestand gerade darin, daß er seine Beschlüsse am Wendepunkt zweier Perioden faßte und es vermochte, die nächsten taktischen Aufgaben der revolutionären Gewerkschaftsbewegung in der neuen Etappe richtig zu umreißen.

Der 4. Kongreß der RGI. fand im Zeichen der Entfaltung des

erbarmungslosen Kampfes gegen den rechten Opportunismus

in der internationalen Gewerkschaftsbewegung statt, er verkündete die Losung „Klasse gegen Klasse" in den Wirtschaftskämpfen des Proletariats, wobei er einen entschiedenen Kurs auf die

selbständige Organisierung und Führung der Wirtschaftskämpfe durch die revolutionäre gewerkschaftliche Vorhut

nahm. Der 4. Kongreß enthüllte den Kapitulantencharakter der rechtsopportunistischen Losung „Zwingt die Gewerkschaftsbürokraten". Auf dem 4. Kongreß wurde die Frage des Beginns der Faschisierung des reformistischen Gewerkschaftsapparates gestellt.

Die Beschlüsse des 4. Kongresses der RGI. dienten in ihrer Gesamtheit als ein wichtiges Moment bei der erbitterten Diskussion mit den Rechten, die mit der Ausstoßung der Rechten aus den Reihen der Komintern und der RGI. und mit deren Uebergang in die Stellung einer unmittelbaren Agentur des internationalen Sozialfaschismus endete.

Vor großen Klassenkämpfen

Seit damals sind zwei Jahre vergangen. Die „dritte Periode" ist in ein reifes Alter getreten. Der 6. Kongreß der Komintern und später das 10. Plenum des EKKI. haben die Fragen der „dritten Periode", wie sie sich aus dem Gange der wirtschaftlichen Entwicklung des Kapitalismus und der Entwicklung der proletarischen revolutionären Bewegung selbst ergaben, schärfer präzisiert. Die heranwachsende Weltwirtschaftskrise sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft, die noch nie dagewesene Arbeitslosigkeit, das ungeheuerliche Anwachsen der Ausbeutung der Arbeiter infolge der kapitalistischen Rationalisierung, der umfassende Angriff des monopolistischen Kapitals auf die Lebenshaltung des Proletariats und die Versuche der Bourgeoisie, der Faschismus und des Sozialfaschismus, die gesamte Last des wirtschaftlichen Verfalls in den kapitalistischen Ländern auf die Schultern der Werktätigen abzuwälzen, — das ist der Hintergrund, der die Verstärkung des Widerstandsgeistes der Arbeiterklasse, der

immer größeren Uebergang der Arbeiterklasse zum Gegenangriff

und das Heranwachsen schärfster revolutionärer Klassenkämpfe bedingt.

Zwei Gewerkschaftsinternationalen

Die RGI. unterschied sich stets von der sozialfaschistischen Amsterdamer Internationale, die ihre „Tätigkeit" bloß auf die Länder

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300415-10/fragment/page=0001

des kapitalistischen Europas beschränkte, durch ihren tatsächlich internationalen Charakter.

Alle jene Prozesse, die zur Zeit des 4. Kongresses der RGI. festgestellt wurden, haben jetzt ihre weitere Entwicklung genommen. Dies ist vor allem aus der Gegenüberstellung der beiden bestehenden internationalen Zentren der Gewerkschaftsbewegung ersichtlich:

der revolutionären Roten Gewerkschaftsinternationale und der gelben sozialfaschistischen Amsterdamer Internationale.

Der Prozeß der Faschisierung, der Prozeß des Verwachsens mit dem Monopolkapital und dem faschistischen bürgerlichen Staat ist in den reformistischen Gewerkschaften wohl noch tiefergehend (wenn dies überhaupt möglich ist), als in den politischen Organisationen der 2. Internationale.

Zehn Jahre Amsterdam

In dem vor kurzem veröffentlichten Bericht über die Arbeit der Amsterdamer Internationale im Verlaufe von zehn Jahren werden als einzige „Errungenschaften" die endlosen Denkschriften an das Genfer Internationale Arbeitsamt sowie der Kampf gegen „die Versuche der Russen, in die internationalen Berufssekretariate zur Provozierung der Spaltung einzudringen", angeführt. Aber das Wichtigste dabei ist nicht das, was in dem Bericht niedergeschrieben ist, sondern das, was in ihm fehlt.

Man verschweigt bescheiden das Mai-Plenum des Vollzugsausschusses vom Jahre 1929, das alle Sektionen der Amsterdamer Internationale verpflichtete,

die Durchführung der kapitalistischen Rationalisierung aktiv zu fördern.

Man verschweigt bescheiden den Aufruf des englischen Generalrats mit der „Warnung" der englischen Arbeiter vor Hilfeleistung an die streikenden Textilarbeiter von Bombay. Man verschweigt bescheiden die Reise Citrines und Sassenbachs, mit Wissen der „linken" italienischen Amsterdamer Emigranten, nach dem faschistischen Italien zur Herstellung eines unmittelbaren „engen Bündnisses" mit den faschistischen Gewerkschaften. Man verschweigt gleichfalls die bisher erfolglosen Bestrebungen zur Vereinigung mit dem „werkvereinlichen" Amerikanischen Gewerkschaftsbund (American Federation of Labor) und mit der reaktionären Pan-asiatischen Gewerkschaftskonferenz als Witzableiter gegen die schnell anwachsende revolutionäre Gewerkschaftsbewegung in Lateinamerika und im kolonialen Osten.

Indessen stützte sich die Ausgangsstellung aller Liquidatoren und Opportunisten in den Reihen der Komintern und der RGI. stets auf die Orientierung nach den sogenannten „linken" Schichten der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaftsbewegung.

Die rechten Opportunisten sahen nie jene neuen sozialen Prozesse, die neue taktische Fragen vor der revolutionären gewerkschaftlichen Vorhut aufrollten. Jegliche selbständige Bewegung der revolutionären gewerkschaftlichen Vorhut ohne den sozialfaschistischen Gewerkschaftsapparat und über ihn hinaus wird von ihnen als eine „selbstmörderische" Taktik der kommunistischen und der revolutionären gewerkschaftlichen Vorhut dargestellt.

Man erinnert sich an den 4. Kongreß der RGI., auf dem der Renegat Walcher erklärte: „Würden die russischen Gewerkschaften... ihren Wunsch verkünden, in die Amsterdamer Internationale aufgenommen zu werden, so würde dies... den Zerfall im Amsterdamer Lager verschärfen und unseren Kampf um die Eroberung der Massen erleichtern."

Aufgaben des 5. RGI.-Kongresses

Natürlich wäre auch nur die geringste Schwächung der revolutionären Arbeit zur Eroberung der Massen innerhalb der reformistischen Gewerkschaften ein Verbrechen an der proletarischen Revolution.

Genosse Thälmann hatte auf dem Erweiterten Präsidium des EKKI. tausendmal recht, als er davon sprach, daß die fünf Millionen Mitglieder des ADGB. und die 1½ Millionen Mitglieder der Christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften der Willkür ihrer Gewerkschaftsbürokratie zu überlassen, „einem Verrat an der proletarischen Revolution gleichkäme".

Die revolutionäre Opposition schränkt ihre Arbeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften nicht nur nicht ein, sondern muß sie im Gegenteil auf jegliche Weise verstärken,

denn diese Arbeit berührt Millionen und aber Millionen organisierter Arbeiter. Dies ist einer der wichtigsten Abschnitte der Alltagsarbeit zur Heranziehung der Rückständigen, zur Organisierung der Massen beim jetzigen revolutionären Aufschwung.

Zugleich damit darf aber auch keinen Augenblick lang außer acht gelassen werden,

daß die proletarische Revolution im Verlaufe des Prozesses des Heranwachsens einer revolutionären Situation ohne die Schaffung selbständiger revolutionärer Gewerkschaften nicht auskommen kann.

Die RGI. war niemals bloß ein ideologisches Zentrum der internationalen revolutionären Gewerkschaftsbewegung. Nur die unmittelbaren Agenten des Sozialfaschismus vom Schlage der Walcher, Brandler und Ko. können vom „Eintritt" des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion in die Amsterdamer Internationale sprechen. Die Frage besteht darin, wann, wo und unter welchen Bedingungen selbständige revolutionäre Gewerkschaften geschaffen werden müssen.

Sie können und dürfen nur dann und unter solchen Verhältnissen geschaffen werden, in denen sie der revolutionären gewerkschaftlichen Vorhut breiteste Arbeitermassen sichern können.

In dieser Hinsicht wird der 5. Kongreß der RGI. einen bedeutsamen Wendepunkt darstellen.

Gewaltige Bedeutung gewinnt die politische und organisatorische Vorbereitung des Kongresses.

Diese Vorbereitung muß auf der Grundlage der entschiedensten und rücksichtslosesten Selbstkritik der einzelnen Landesorganisationen vor sich gehen.

Die Vorbereitung selbst, die Popularisierung des Kongresses muß nach unten, in die Massen, in die Betriebe getragen werden. Nur eine derartige Vorbereitung wird tatsächlich die Möglichkeit schaffen, daß der 5. Kongreß der RGI. den objektiven Zustand der internationalen Arbeiterbewegung zum Ausdruck bringt und

für die gegebene Etappe jene taktische Linie, jene Methoden und Formen des Kampfes vorzeichnet, die die organisierende und führende Rolle der Roten Gewerkschaftsinternationale in der internationalen Gewerkschaftsbewegung in der Periode entscheidender Klassenkämpfe sichern werden.

Keinen Pfennig Lohnerhöhung!

Der Spruch des Haupttarifamtes gegen die Bauarbeiter

Nach dreitägiger Verhandlung wurde vom Haupttarifamt für das Baugewerbe ein Schiedsspruch gefällt, nach welchem die bisherigen Löhne in allen Gebieten bis zum 31. März 1931 Geltung haben sollen. Die Schiedssprüche in einer Reihe von Bezirken, die einen Lohnabbau vorsehen, wurden durch Spruch des Haupttarifamtes aufgehoben.

Die Unternehmer haben in den Verhandlungen vor dem Haupttarifamt, wie nicht anders zu erwarten war, einen vollen Sieg errungen.

Das war vor allem dadurch möglich, daß die reformistische Bürokratie alles getan hat, um die Lohnabbau-Politik des Unternehmertums zu erleichtern, indem sie gegen die Mobilisierung der Bauarbeiter arbeitet.

Gerade in der Zeit der Lohnbewegung setzte ein verschärfter Kurs gegenüber der revolutionären Opposition ein, indem

hunderte revolutionärer Kollegen aus dem Verband ausgeschlossen wurden, um die werdende Kampffront der Bauarbeiterschaft zu verhindern.

Nachstehend einen Ueberblick über die Arbeit der bezirklichen Tarifämter, aus dem eindeutig der Verrat an der Bauarbeiterschaft durch die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie hervorgeht.

Bindende Schiedssprüche mit einer qualifizierten Mehrheit sieden oder mehr Stimmen wurden gefällt in den Tarifgebieten Ostpreußen, Oberschlesien, Niederschlesien, Pommern, Brandenburg, Thüringen, Westdeutschland, Rheinland, Siegen und für die Kanalisationsarbeiter. Bis auf das Tarifgebiet Niedersachsen gehen die Schiedssprüche sämtlich dahin, daß die bisherigen Löhne auf ein weiteres Jahr Geltung haben sollen.

Der Schiedsspruch des Tarifamtes Niederschlesien sieht einen Lohnabbau von 1 Pfennig für Maurer und Hilfsarbeiter und von 2 Pfennig für Zimmerer vor, d. h. daß

mit den Stimmen der „Arbeitnehmervertreter" nicht nur Verlängerung des Lohnes auf ein Jahr, sondern, wie das Beispiel Niederschlesien zeigt, Lohnabbau beschlossen wurde.

Schiedssprüche mit einfacher Mehrheit kamen zustande in den Tarifgebieten Grenzmark, Posen, Westpreußen, Mecklenburg, Freistaat Sachsen, Sachsen-Anhalt, Ostthüringen, Braunschweig, Nordwestdeutschland, Kassel, Westfalen, Ost-Lippe, Unterweser, Nahegebiet, Hanau, Frankfurt (Main), Pfalz, Baden, Württemberg und für den Staubeckenbau Ottmachau.

Bis auf die Tarifgebiete Pfalz und dem Staubeckenbau Ottmachau lauteten alle Schiedssprüche auf Weiterzahlung der bisherigen Löhne.

Der Schiedsspruch des Tarifamtes Pfalz bestimmte einen Lohnabbau von 4 Pfennig, für den Staubeckenbau Ottmachau ein Lohnabbau von 1 Pfennig für Facharbeiter und ein Abbau von 3 Pfennigen für Tiefbauarbeiter eintreten.

Im Tarifgebiet Groß-Berlin ist ein Schiedsspruch nicht zustandegekommen. Auch hier ging der Vorschlag des Tarifamtsvorsitzenden auf Weiterzahlung der bisherigen Löhne.

Wie aus dem Schiedsspruch des Haupttarifamtes hervorgeht, wurden alle Schiedssprüche der Bezirke, die auf Lohnabbau lauteten, aufgehoben,

um der sozialfaschistischen Bürokratie ihr Betrugsmanöver den Bauarbeitern zu erleichtern.

Die bürgerliche Presse ist voll des Lobes über die einheitliche Haltung der Bauarbeitergewerkschaften. U. a. schreibt das „Berliner Tageblatt" vom Sonntag, den 13. April:

„Die Lohntarifverhandlungen im Baugewerbe sind in den meisten Bezirken zum Abschluß gebracht worden. Die Tarifämter haben meistens den bisherigen Lohntarif verlängert, zwar, was besonders hervorgehoben zu werden verdient, mit Stimmen der Arbeitnehmer."

Das Unternehmertum und die Bürokratie der baugewerblichen Verbände haben sich getäuscht, wenn sie glauben, dadurch die Kampfbewegung der Bauarbeiter entschieden zu haben. Nicht die Tarifämter oder das Haupttarifamt entscheiden, sondern allein die Kampfbereitschaft des Baugewerbes. Die Bauarbeiterschaft wird unter Führung der revolutionären Opposition mit Hilfe der revolutionären Baubelegierten und Vertrauensleute und ihrer selbstständigen Kampfleitungen in den Bezirken, Orten und Baustellen die berechtigten Forderungen neu erheben und den Kampf für die Ablehnung reaktionärer Tarifverträge, Schlichtungsfesseln und des Verrats der Bürokratie durchzusetzen wissen.

Die Entscheidung liegt jetzt bei den Bauarbeitern. Ihnen ist nicht Lohnabbau, sondern Kampf um die aufgestellten Forderungen!

Reichskonferenz der revolutionären Chemiearbeiter in Merseburg

Donnerstag, den 17. April

19 Uhr: Großes Leuna-Arbeiter-Meeting auf dem Marktplatz, unter allgemeiner Beteiligung der Erwerbslosen und der übrigen Arbeiterschaft. Begrüßung der auswärtigen Chemiedelegierten. Anschließend Demonstration durch die Straßen der Stadt.

20 Uhr: Oeffentliche Kundgebung gegen Chemiekapital und imperialistische Kriegsgefahr in der „Funkenburg", unter Mitwirkung der Spieltruppe „Rote Schmiede", Halle. Ansprachen, Musik, Rezitationen usw.

Eintritt 40 Pfennig! Erwerbslose 15 Pfennig!

Freitag, den 18. April

9 Uhr: Eröffnung der Chemiekonferenz in der „Funkenburg". Tagesordnung: 1. Der Kampf der Chemiearbeiter um den Siebenstundentag und höheren Lohn; 2. Stellungnahme zum 5. RGI.-Kongreß und zur 5. IPRK.-Konferenz.

Die oppositionellen Leuna-Arbeiter, die Vertreter der wichtigsten Betriebe und Gewerkschaftsverbände sowie die Vertreter der Erwerbslosen nehmen daran teil.

Sonnabend, den 19. April

9 Uhr: Fortsetzung der Chemiekonferenz in der „Funkenburg". Anschließend Rundfahrt der Delegierten um das Leuna-Zuchthaus. Kurze Gedächtniskundgebungen an den Gräbern der Leuna-Gefallenen.

Reichsleitung u. Bezirksleitung der rev. Fabrikarbeiter Gruppe Chemie

Erfolgreicher Kampf Berliner Plätterinnen

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 14. April.

Die Plätterinnen der größten Färberei und chemischen Waschanstalt Berlins, Spindler (Köpenick), traten in den Streik, um ihre Forderung: Gleichen Lohn für gleiche Arbeit, durchzusetzen. Für Covercoats z. B. wurden den Männern 60 Pf. bezahlt, während die Frauen bisher nur 40 Pf. erhielten. Außerdem verlangten die Frauen für besonders schwer zu bearbeitende Sachen eine Lohnerhöhung. **Die Forderungen der Frauen sind jetzt bewilligt worden.**

Die Leipziger Maßschneider für Fortführung des Kampfes

In einer Mitgliederversammlung des Bekleidungsarbeiterverbandes wurde über den neuen Schiedsspruch gegen die Maßschneider abgestimmt. 530 Stimmen wurden gegen und nur 70 für den Schiedsspruch abgegeben. Die erdrückende Mehrheit der Leipziger Maßschneider ist also für die Fortführung des Kampfes.

Keine Sühne für das Verbrechen von Waldenburg

In dem Prozeß gegen eine Anzahl Grubenbeamte, unter denen sich auch leitende Beamte und ein Direktor befanden, und in dem das schwere Verbrechen gesühnt werden sollte, dem 33 Waldenburger Bergarbeiter zum Opfer gefallen sind, erfolgte Freisprechung aller Angeklagten. Der Staatsanwalt selbst hatte Freisprechung beantragt und dabei ausgeführt, daß es nicht Aufgabe der Anklagebehörde sein könne, ein Schuld unter allen Umständen nachzuweisen.

Zwei Jahre Festungshaft gegen den Genossen Hampel

(Eig. Drahtm.) **Leipzig**, 12. April.

In dem Hochverratsprozeß gegen den Redakteur der „Roten Fahne", Genossen Hampel, der den deutschen Arbeitern unter dem Namen Slang bekannt ist, wurde heute das Urteil gefällt. Genosse Hampel wurde zu zwei Jahren Festungshaft und 150 Mk Geldstrafe verurteilt. Die Geldstrafe und zwei Monate der Freiheitsstrafe gelten durch die Untersuchungshaft als verbüßt. Ein Antrag, den Haftbefehl gegen den Genossen Hampel aufzuheben, wurde vom Gericht mit der Begründung abgelehnt, daß er nicht verheiratet sei. Wäre Genosse Hampel verheiratet, dann hätte das Gericht einen anderen Grund gefunden,

denn es kam ihm darauf an, den Genossen Hampel auf jeden Fall festzuhalten.

Das Landesverratsverfahren, das gegen den Genossen Hampel eingeleitet worden ist, weil die „Rote Fahne" die Hilfeleistung der Reichswehr für die Tschermonzenfälscher aufgedeckt hat, und das mit dem Hochverratsprozeß verbunden war, ist abgetrennt worden und soll später zur Verhandlung kommen.

Das sind Zörgiebels Geschäfte

Als im Reichstag gegen 2 Uhr die Abstimmungen begannen, erschien im Reichstag ein Aufgebot Kriminalbeamter unter persönlicher Führung von Zörgiebel, um im Falle der Auflösung sofort die anwesenden kommunistischen Abgeordneten, bei denen die Immunität aufgehoben war, zu verhaften. Zörgiebel ging wieder in der Wandelhalle, aber diesmal, als gerade die kommunistischen Abgeordneten zur Abstimmung im Saale waren. Genosse jedoch hörte folgendes Gespräch zwischen Zörgiebel und dem Sozialdemokraten Schöpflin. Zörgiebel fragt: „Na, gibt es wohl kein Geschäft für mich zu machen?", worauf Schöpflin antwortete: „Nein, der Reichstag wird wohl nicht aufgelöst."

Zörgiebels Geschäft ist der Kommunistenfang. Die Tarifverträge Schiele können sich keinen besseren Angestellten wünschen.

Vorstoß gegen die Saisonarbeiter

„Berliner Tageblatt" fordert Beseitigung der Arbeitslosenunterstützung

Das „Berliner Tageblatt" vom 12. April bringt einen Artikel, in dem es einen scharfen Angriff auf die Arbeitslosenunterstützung der Saisonarbeiter unternimmt. Es heißt in dem Artikel:

„Sie (die Arbeitslosenversicherung) ist geeignet, zu einer ernsten Belastung unserer politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und darüber hinaus zu einer beständigen Gefahr für die Ordnung unserer Reichsfinanzen zu führen, wenn man nicht endlich den Mut zur Abstellung der unzweifelhaft vorhandenen schweren Mißstände aufbringt."

Als einen dieser Mißstände bezeichnet das „Berliner Tageblatt" die Arbeitslosenunterstützung für die Saisonarbeiter. Es sagt dazu:

„Es ist ein unerträglicher Zustand, daß diese Hilfe (nämlich die Unterstützung an Saisonarbeiter) ohne Not als Dauerrichtung etabliert wird, nur um einer im Rahmen der Bauarbeiterschaft kleinen, aber bevorzugten Arbeitergruppe Vorteile zuzuschanzen." Es sei darum notwendig, „den ein Ende zu machen, daß hochbezahlte Saisonarbeiter, die in ihrem Lohn einen Ausgleich für die regelmäßig verkürzten Saisonarbeitsruhe erhalten, auf Kosten der übrigen Arbeitnehmerschaft mit unnötigen Zuwendungen bedacht werden."

Zum Beweis dieser Behauptung, daß die Löhne der Saisonarbeiter so hoch seien, daß sie außerhalb der Saison ruhig Unterstützung leben könnten, bringt das „BT." ein „Beispiel", das es ausrechnet, daß bei 1,50 Mark Stundenlohn ein Bauarbeiter nur 200 Tage zu arbeiten braucht, um den Jahresverdienst eines sonstigen Facharbeiters zu erreichen. Mindestens hundert Tage brauche er also nicht zu arbeiten. Diese Beweisführung ist frech und schamlos, daß man darauf gar nicht einzugehen braucht. Sie soll ja auch nur dazu dienen, um den allgemeinen Angriff auf die Arbeitslosenversicherung zu verschleiern, bevor erst einmal die Saisonarbeiterunterstützung beseitigt ist, denn — so rechnen die Unternehmer — auch die Beseitigung der übrigen Arbeitslosenunterstützung keine großen Schwierigkeiten machen.

Die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit muß mit entschlossenen Kampfmaßnahmen jeden Angriff auf die Arbeitslosenunterstützung beantworten.

Ulitz freigesprochen

Der Leiter des „Deutschen Volksbundes" in Oberschlesien, Ulitz, war angeklagt, einem polnischen Militärpflichtigen zur Flucht über die Grenze verholfen zu haben. In der ersten Instanz ist er freigesprochen worden. Mit diesem Urteil sollte auch der „Deutsche Volksbund" getroffen werden.

Die Berufungsinstanz in Kattowitz hat jetzt das erste Urteil aufgehoben und Ulitz freigesprochen. Dieser Freispruch ist ein Ausdruck der deutsch-polnischen Annäherung, die ihre Spitze bekanntlich gegen die Sowjetunion richtet und ein Stück der Kriegsvorbereitung gegen sie ist. Ganz in diesem Sinne wird das freisprechende Urteil von der bürgerlichen Presse Deutschlands genommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300415-10/fragment/page=0002

Der Siegeszug der sozialistischen Landwirtschaft

Von S. Sharski (Moskau)

Achtzehn Monate sind vergangen seit der Organisierung der ersten Sowjetgüter. Es lassen sich einige Gesamtergebnisse feststellen.

Bereits die ersten Monate haben bewiesen, daß das ursprüngliche Tempo, das dem Aufbau der Getreidebausowjetgüter zugrunde gelegt werden sollte, zu niedrig gegriffen war. Dieses Tempo wurde vom Leben überholt. Zu den zehn im Jahre 1928 organisierten Sowjetgütern sollten 1929 noch 34 hinzukommen. 1930 war geplant, weitere 66 Sowjetgüter anzulegen und die 110 vorhandenen Sowjetgüter sollten 2 265 000 Hektar Land bebauen.

So lauteten die Pläne.

Und wie sieht die Wirklichkeit aus?

Anstatt 44 wurden im Jahre 1929 — 56 Sowjetgüter angelegt. Anstatt 110 Sowjetgüter nehmen im laufenden Jahre bereits 125 Sowjetgüter den Betrieb auf. Anstatt 2 265 000 Hektar Ackerland wird in diesem Jahre die bearbeitete Fläche 1 907 000 Hektar der Getreidebauländereien der Sowjetgüter und 50 000 Hektar der umliegenden Bauernländereien ausmachen.

Das Leben selbst hat den Anstoß gegeben, die für das Jahr 1932 gestellte Aufgabe zu vergrößern. Es war geplant, durch die Gemeindebaubetriebe im Jahrfünft 1928/29—1932/33 folgenden Stand an Bodenflächen zu bewältigen:

Nach der ersten Variante (Herbst 1928	Nach der zweiten Variante (Sommer 1929)	Nach der letzten Variante (Februar 1930)
7 183 000	12 000 000	30 000 000

Nach dem gegenwärtigen Programm müssen die Getreidesowjetgüter

	ansäen	pflügen
1930	1 000 000 Hektar	4 000 000 Hektar
1931	4 000 000 „	8 000 000 „
1932	8 000 000 „	14 000 000 „
1933	14 000 000 „	20 000 000 „

Die gelehrten „Propheten" haben sich heiser geredet, daß ein solches Tempo und solche Methoden der Landwirtschaft undenkbar seien und daß für landwirtschaftliche Einzelbetriebe Maßstäbe von 20 000, 30 000 bis 40 000, geschweige denn von 100 000 Hektar, eine Utopie seien.

Die Wirklichkeit hat diese „theoretischen Argumente" widerlegt und hat noch größere Rekorde aufgestellt durch die Bestellung und Erweiterung von 60 000 Hektar im „Gigant", von Zehntausenden Hektar in den Sowjetgütern des Wolgagebietes, des Kaukasus, Sibiriens usw.

Im Frühjahr und Sommer dieses Jahres werden auf den Feldern von 125 Sowjetgütern, die eine Fläche von 6 500 000 Hektar besitzen, 10 200 Traktoren, 2500 Automobile, 750 Kombinemaschinen, 3000 Sämaschinen und zehntausende verschiedener anderer Nebengeräte (Pflüge, Kultivatoren usw.) arbeiten. Auf den Feldern der Sowjetgüter werden außer den Bauern- und Bauarbeitern etwa 50 000 Menschen beschäftigt sein.

Im kommenden Jahr werden in den verschiedenen Gebieten der Sowjetunion 125 neue Getreidefabriken entstehen, deren Gesamtzahl somit 250 erreichen wird. Gegen Ende des Jahrfünfts aber wird die Zahl der Sowjetgüter auf 550 steigen. Sie werden über die gewaltige Bodenfläche von 30 Millionen Hektar verfügen.

Auf Grund der ersten Variante des Planes war vorgesehen, daß die Sowjetgüter im letzten Jahr des Jahrfünfts 1 700 000 Tonnen Marktgetreide liefern sollten. Tatsächlich werden die Sowjetgüter schon 1931 dem Sowjetland 3 500 000 Tonnen und 1932 — 7 000 000 Tonnen Marktgetreide liefern.

Das bedeutet, daß bereits 1931 die Produktion der Sowjetgroßgetreidegüter den Produktionszustand der früheren Großbauernwirtschaften vollkommen ersetzen und sogar um 50 Prozent ansteigen wird. 1932 aber werden die Sowjetgüter doppelt soviel Getreide liefern als sämtliche Gutsbesitzerbetriebe des gegenrevolutionären Rußlands zusammengenommen.

Das Sowjetgut — ist nur eine Getreidefabrik. Es ist — die Keimform der neuen Stadt des künftigen industriellen Zentrums in der früher wilden Steppe.

Schon im ersten Jahr der Arbeit des Sowjetgutes entstehen in ihm: Wohngebäude, Garagen, Werkstätten, Getreidesilos, Speisehallenbetriebe, Badeanstalten, Genossenschaften, Elektrizitätswerke, Radioanlagen, Klubs usw.

Vierundvierzig solcher Städte sind bereits in den Steppen des Wolgagebietes, Sibiriens, des Ural, Baschkiriens, in Kuban und an den Ufern des Don entstanden. In diesem Jahre werden 81 Städte entstehen.

Verschleierte Kriegsvorbereitungen

Gewaltstreich eines Pariser Gerichts gegen Sowjet-Handelsvertretung

Paris, 14. April. Das Pariser Handelsgericht hat vor kurzem, ohne den zivilgerichtlichen Urteilsspruch abzuwarten, die Pariser Sowjethandelsvertretung zur Anerkennung und Bezahlung gefälschter Wechsel, die auf die Sowjethandelsvertretung ausgestellt waren, verurteilt. Infolge der berechtigten Weigerung der Sowjethandelsvertretung wurde am Sonnabend in den Räumen der Sowjethandelsvertretung eine Pfändung vorgenommen.

In der Entscheidung des Pariser Handelsgerichts werden eine Reihe schamloser Verleumdungen über die angebliche „unsichere Wirtschaftslage" der Sowjetunion zur Begründung des Urteils aufgezählt.

Die „Iswestija" schreiben, dieses Urteil sei eine Tatsache von großer politischer Bedeutung.

Das französische Gericht werde einen Anziehungspunkt für verschiedene Leute bilden, denen die Möglichkeit geboten sei, mit Hilfe der französischen „Justiz" leicht einen Profit zu erlangen. Die einwandfreie Loyalität und Pünktlichkeit der Organe der Sowjetwirtschaft bezüglich der Erfüllung ihrer Verpflichtungen werde selbst von Feinden der Sowjetunion anerkannt. Um den Ruf der Handelsvertretung zu schädigen, fährt das Blatt fort, erdreiste sich das Gericht, die Verweigerung der Anerkennung gefälschter Wechsel, über die noch kein zivilgerichtlicher Urteilsspruch vorliege, als „Nichteinhaltung fälliger Verpflichtungen" zu bezeichnen. Das Urteil des Pariser Handelsgerichts zeuge in beredtester Weise davon, daß man sich in Frankreich die modern gewordene Losung: **„der Sowjetunion gegenüber sei alles erlaubt"** immer mehr aneigne.

Was die in der Entscheidung enthaltenen Auslassungen über die **„unsichere Wirtschaftslage"** der Sowjetunion anlange, so wäre es interessant, zu erfahren, auf Grund welcher Gerichtsakten und -angaben der französische Richter zu dieser ungeheuerlichen Schlußfolgerung gelangt sei.

Das Blatt kommt schließlich zu der Feststellung, daß zahlreiche Urteilssprüche des französischen Gerichts bezüglich der Sowjetwirtschaftsorgane keine Rechtsprechung, sondern eine **bewußt betriebene und breit angelegte politische Kampagne** darstellten. Es sollte klar sein, daß eine derartige Taktik zur Einstellung der Wirtschaftstätigkeit zwischen der Sowjetunion und Frankreich führen müsse. Der Feldzug gegen die Sowjetwirtschaftsorganisationen bezwecke, den Beziehungen zwischen Frankreich und der Sowjetunion jene wirtschaftliche Grundlage zu entreißen, deren Festigung für den Abbruch der Beziehungen und für **Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion** lediglich ein Hindernis bilde.

Die Massenbewegung in Indien wächst

Gandhis konterrevolutionäre Ablenkungsmanöver scheitern

Bombay, 14. April. Am Sonntag fanden als Abschluß der sogenannten „Nationalen Woche" in Indien große Kundgebungen statt.

Am Strande von Chaupati wurde unter Teilnahme von Hunderttausenden ein Symbol der Salzgesetze ins Wasser geschleudert.

In Karachi kam es bei einer Kundgebung von Zehntausenden zu blutigen Zusammenstößen. Automobile und Wagen, die in die Menge fahren wollten, wurden durch Steinwürfe beschädigt und ihre Führer verletzt. Die Polizei setzte die Demonstranten Widerstand entgegen.

Der Präsident des Indischen Nationalkongresses, Pandit Jawaharlal Mehru, ist wegen Verletzung des Gesetzes über die Salzsteuer verhaftet und zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden.

An den Börsen für Baumwolle, Metallbarren, Getreide und Aktien wurde aus Protest gegen die Verhaftung Nehrus die Geschäftstätigkeit eingestellt. Der ständige Ausschuß des Indischen Nationalkongresses hat beschlossen, anläßlich der Verhaftung Nehrus einen Trauertag zu veranstalten.

In der Provinz Madras wurden im Zeichen des Boykottfeldzuges gegen die ausländischen Waren Freudenfeuer aus ausländischen Kleidungsstücken angezündet.

Gandhi kündigte an, daß er seinen eigenen Anhängern passiven Widerstand in der Form „ewigen Fastens" entgegensetzen werde, falls irgendeine Gewalttat verübt werden würde.

★

Die Bewegung des passiven Widerstandes, die von Gandhi im Einvernehmen mit den britischen Behörden inszeniert wurde, um die Massen von einem ernsthaften Befreiungskampf abzulenken, gleitet Gandhi aus den Händen, wächst sich zu einer gewaltigen revolutionären Massenbewegung aus.

Die objektiv reaktionäre, konterrevolutionäre Rolle Gandhis wird insbesondere von den ärmsten Bevölkerungsschichten immer mehr erkannt. Trotz der ständigen Warnungen und Drohungen Gandhis, den aktiven Widerstand nicht aufzunehmen, häufen sich die Zusammenstöße und Kämpfe der indischen Massen mit der bewaffneten Macht.

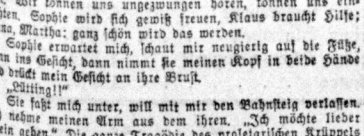
Die Verhaftung Nehrus ist ein abgekartetes Manöver, britischen Behörden nicht allzu offensichtlich, werden zu lassen und die indische Bevölkerung fester zu der friedliche Haltung Gandhis zu binden.

Ernent Straßenkämpfe in Bukarest

EP. Bukarest, 14. April. Zu neuen Zusammenstößen kam es zwischen Studenten und Militär. Die Polizei hatte wegen der Invalidendemonstrationen, die bekanntlich zu heftigen Straßenschlachten geführt hatten, 29 Personen verhaftet, darunter auch mehrere Studenten. Die Studentenschaft wollte heute in der Aula eine Protestversammlung abhalten. Ein großes Militäraufgebot hatte jedoch das Gebäude abgesperrt. Die Studenten griffen die Truppen an und bewarfen sie mit Steinen, wobei drei Offiziere leicht verletzt wurden. Die Soldaten gingen mit Gewehrkolben vor.

Hungermarsch nach Washington

Neuyork, 14. April. Die Kommunistische Partei der Vereinigten Staaten propagiert für den 5. Juli einen Hungermarsch der amerikanischen Erwerbslosen nach Washington, dem Sitz des Bundespräsidenten. 10 000 Erwerbslose aus allen Teilen der Union sollen sich an diesem Aufmarsch beteiligen.



Copyright by Agis-Verlag, Wien-Berlin.

Fortsetzung

Der erste Gedanke ist: Jetzt mußt du fort! Ich schreibe sofort an Klaus. Ein Genosse, der in Altona arbeitet, empfiehlt mich. Dreher sind knapp. Ich unterschreibe, daß ich keinerlei Ansprüche an das Regiment zu stellen habe und werde für Kriegsarbeit beurlaubt.

★

Wir werden nun nicht mehr gehetzt von dem Gedanken der unvermeidlichen Trennung oder fiebernden Erwartung, nur irgendwo oder irgendwann eine Stunde zusammen sein zu können. Wir können uns ungezwungen hören, können uns einrichten. Sophie wird sich gewiß freuen, Klaus braucht Hilfe; Anna, Martha: ganz schön wird das werden.

Sophie erwartet mich, schaut mir neugierig auf die Füße, dann ins Gesicht, dann nimmt sie meinen Kopf in beide Hände und drückt mein Gesicht an ihre Brust.

„Lütting!!"

Sie faßt mich unter, will mit mir den Bahnsteig verlassen. Ich nehme meinen Arm aus dem ihren. „Ich möchte lieber allein gehen." Die ganze Tragödie des proletarischen Krüppels bereit in mir auf. Nein, dann schon lieber tot!

Sophie hat Geduld, wie immer, schaut mich bittend an, und ich gebe ihr, wie zur Entschuldigung, meinen Koffer. Ich habe mir vorgenommen, lieb zu ihr zu sein, alles mit ihr zu besprechen. Sie ist mir aber wieder so fremd, sie bewegt sich so natürlich, wie „zu Hause". Ich habe kein „Zu Hause".

Mein Zivilanzug ist mir viel zu groß. Ich kann ihn gar nicht tragen.

„Es ist ja kein Wunder, Lütting, hast ja mindestens fünfundzwanzig Pfund abgenommen", sagt Sophie, als hätte sie ohnehin damit gerechnet. Ich versuche meine Schuhe auf meine immer noch bandagierten Füße zu ziehen, aber ich bekomme sie nicht darüber. Ich kann, selbst ohne Bandagen, nicht in ihnen gehen, meine Füße sind noch geschwollen und sehr empfindlich.

„Wir kaufen ein Paar", sagt Sophie.

Wir schlafen in einem Bett, aber wir finden beide keinen Schlaf. Ich schlage um mich, phantasiere, schreie. Sophie geht morgens übernüchtig zu Arbeit.

Sophie kauft ein zweites Bett.

Ich gehe mit meinen neuen Schuhen zur Arbeit, trage aber während der Arbeit die alten Militärschuhe. Nach acht Tagen bekomme ich eine Aufforderung, sämtliche auf dem von mir unterschriebenen Verzeichnis aufgeführten Sachen bei meinem zuständigen Bezirkskommando abzuliefern. Ich spüre so etwas wie Ekel im Halse, als ich diese Aufforderung lese.

Ich schicke die Lumpen ab und kaufe mir von meinem ersten Lohn ein Paar Arbeitsstiefel.

Wir gehen Sonntags spazieren. Mein Anzug hängt mir um die Knochen, als hätte ich ihn irgendwo geschenkt bekommen. Ich bin niedergeschlagen. Mich ärgert die gedankenlose Wurstigkeit dieser Welt. Man tanzt, musiziert. „Hoch soll die Flagge wehen, die Flagge schwarzweißrot", wimmert es aus allen Lokalen. Die Kriegskrüppel humpeln und hocken schon überall herum. Wir gehen in Altona an einem großen Lazarett vorbei. Sie schauen aus den Fenstern, sitzen im Garten. Wie viel solcher Lazarette gibt es wohl in Deutschland und außerhalb Deutschlands? Sophie möchte mich so gerne froh wissen. Sie freut sich so, als ich meinen Lohn bringe. „Nächste Woche kaufen wir einen Anzug", sagt sie. Ich wehre ab, sie bittet mich aber darum.

Wir kaufen einen Anzug.

Sie ist so lieb, ich habe viels an ihr gut zu machen.

Ich drehe die Kupferringe an Granatenkörpern ab. Stück für Stück fünf Pfennige. Eine Fünfzehn-Zentimeter-Granate wiegt einen halben Zentner. Die großen — einundzwanzig Zentimeter — über einen Zentner. Ein Arbeiter hebt sie in die Bank und aus der Bank. Er ist zweiundsiebzig Jahre alt und freut sich, daß er soviel Geld verdient. Er hat nicht damit gerechnet, daß er jemals wieder Arbeit bekommt. Wenn es nach ihm geht, dann drehen wir, solange er lebt, Granaten.

Der Betrieb ist gut „gesiebt". Mein Nachbar hat einen steifen Fuß. Er ging freiwillig hinaus. Er braucht nicht mehr damit zu rechnen, daß sie ihn holen. Er zeigt sein Eisernes Kreuz, ist jung und meistens besoffen. Die Frauen beherrschen den Betrieb. Immer mehr kommen und werden angelernt.

Skeptisch und höhnisch blicken die qualifizierten Arbeiter auf die billige Konkurrenz. „Blödsinn", sagen sie. „Was ist mit den Weibern schon anzufangen."

Sie irren. Die Arbeitsteilung setzt ein. Immer mehr Spezialmaschinen werden aufgestellt. Die Frauen arbeiten sich ein, sie eignen sich für jede Präzisionsarbeit. Sie sind billiger, drängen mehr Männer in den Schützengraben. Mancher, der sich so sicher, so unentbehrlich wähnte, während die andern verbluten und verfaulen, sich drückte und vertrock, wandert in den Schützengraben und schimpft nun auf die Frauen.

Der Betrieb ist militarisiert. Ein Oberfeuerwerker hat die Oberleitung. Sprechen ist verboten, Rauchen ist verboten, die Maschinen verlassen ist verboten. Erlaubt ist nur arbeiten, zehn Stunden am Tage, Runter, rauf! Runter, rauf! Die Granatenringe tanzen mir vor den Augen. Die grelle Farbe der blanken Kupferflächen blendet, Stunde um Stunde, Tag um Tag, Woche um Woche. Ich reiße mich zusammen, ich fresse alles in mich hinein; es ist für Sophie.

Meine Füße schmerzen mich abends noch immer stark. Sophie massiert sie, bringt mich dann ins Bett und besorgt alles Notwendige. Klaus hat sich schon beschwert: Ob wir die Flitterwochen bald hinter uns hätten. Sophie lacht. „Nächsten Freitag müssen wir bestimmt hinkommen", sagt sie.

★

An die zwanzig Genossen sind anwesend. Klaus führt den Vorsitz. Ein mir unbekannter Genosse in Soldatenuniform spricht.

Er spricht von der Forderung der deutschen Kapitalisten, Belgien und Frankreich zu annektieren, Teile der französischen Schwerindustrie zu enteignen. Von der Forderung der Grenzerweiterung im Osten, von dem Schrei nach neuen Kolonien. Wenn das Proletariat nicht aufsteht, sagt er, wird der Krieg bis zum Weißbluten geführt werden. Es geht nicht um die „Verteidigung des Vaterlandes", es geht um kapitalistische Interessen mit dem Ziele der Niederhaltung der anderen Völker und der gewaltsamen Unterdrückung fremder Gebiete. Die Folge würde sein die politische Entrechtung der annektierten Gebietsteile, die Niederdrückung der Löhne und damit auch unserer Löhne; und durch die Aufpeitschung nationaler Leidenschaften die weitere Zerrüttung der internationalen Klassensolidarität.

(Fortsetzung folgt)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300415-10/fragment/page=0003

Kampf gegen Massenentlassungen

Die Kunstseidenfirma J. P. Bemberg, A.-G., Barmen, führt weitere Rationalisierungen durch. Die Zwirnerinnen werden entlassen und Abteilungen umgebaut. Kurz nach den Betriebsrätewahlen machte die Direktion die Entlassungen bekannt und kündigte weitere Kurzarbeit an. Während die Reformisten im Betriebsrat der Entlassung von über 600 Arbeitern und Arbeiterinnen zustimmten, erhob die Regierung gegen die Entlassungen Einspruch. Aber die Direktion führt die Entlassungen durch, sie kann sich ja auf die Reformisten im Betrieb stützen.

Auf der August-Thyssen-Hütte in Hamborn wurden mehrere Feierschichten eingelegt und weitere 40 Mann entlassen. Die Thomas-Schlackmühle ist stillgelegt worden.

Auf der Schachtanlage Erin (Ruhrgebiet) wurden 49 oppositionelle Bergarbeiter am 1. April gekündigt.

Die Firma Graefer, Mechanische Buntweberei in Langensalza, beabsichtigt nach Ostern die vierzigige Arbeitswoche einzuführen. Das ist der dritte Textilbetrieb in Langensalza, der verkürzt arbeitet.

Nehmt unter Führung der Gewerkschaftsopposition den Kampf auf um die Vierzigstundenwoche bei vollem Lohnausgleich.

Finanzdiktatur auch in Mecklenburg

Die Reichsregierung hat dem kleinen Mecklenburg den Reichssparkommissar auf den Hals geschickt. Dieser hat nun ein Gutachten vorgelegt, das rigorose Sparmaßnahmen enthält, mit deren Durchführung bereits begonnen worden ist. Die Nazis haben bei allen Maßnahmen mit geholfen. Lehrer sind bereits gekündigt, kleine Beamte abgebaut, Forstarbeiter entlassen worden. Der Chausseebau, der Wohnungsbau, der Bau von Landarbeiterwohnungen ist eingeschränkt worden, während andererseits der Sparkommissar Geschenke an die Großagrarier gefordert hat. Ein Viertel aller Beamten und Lehrer werden abgebaut. An solchen überflüssigen Sachen wie die eigene Gesandtschaft Mecklenburgs in Berlin, das Staatstheater in Schwerin wird dagegen nicht gespart. Auch für die Universität sind 2 Millionen Zuschüsse übrig.

Die Mecklenburger Arbeiter und Bauern werden den Kampf gegen ihre Hungerregierung organisieren.

Dem Prinzen Windisch-Grätz, dem Haupt der ungarischen Frankenfälscher, ist von einem aus fünf Generalen bestehenden Ehrengericht attestiert worden, daß seine Fälschungen und Betrügereien nicht gegen die Würde des Offizierstandes und gegen seine eigene Offiziersehre verstoßen haben.

Der KPD., Stadtgebiet Halle, schafft Mittel für den Verteidigungsfonds der Roten Hilfe

In ganz kurzer Zeit (1 Tag) konnte der KPD., Stadtgebiet Halle, für den Verteidigungsfonds der Roten Hilfe ein gutes Resultat erreichen. Nachstehend geben wir die Ergebnisse nach Stadtteilen geordnet an:

KPD., Stadtteil Norden,	Liste 107	0,70 Mk.	
	Liste 108	4,45 Mk.	
	Liste 109	6,85 Mk.	12,00 Mk.
KPD., Stadtteil Westen,	Liste 111	8,90 Mk.	
	Liste 112	0,30 Mk.	
	Liste 114	8,15 Mk.	17,35 Mk.
KPD., Stadtteil Süden,	Liste 116	9,25 Mk.	
	Liste 117	8,80 Mk.	
	Liste 118	4,75 Mk.	
	Liste 119	8,45 Mk.	
	Liste 120	10,55 Mk.	41,80 Mk.
KPD., Stadtteil Osten,	Liste 121	5,20 Mk.	
	Liste 124	6,30 Mk.	11,50 Mk.
KPD., Stadtteil Zentrum,	Liste 101	3,20 Mk.	3,20 Mk.
			85,85 Mk.

Klassengenossen! Dieses Sammelergebnis muß ein Ansporn sein, in verschärftem Maße den Verteidigungsfonds der Roten Hilfe zu stärken. Tut Eure Pflicht, vertreibt die Verteidigungsmarken, sammelt auf Listen.

Rote Hilfe Deutschlands, Bezirk Halle-Merseburg, Sekretariat.

Städtemannschafts-Auslegeln der Ortsgruppen des Deutschen Arbeiter-Kegler-Bundes

Das Auslegeln der Städtemannschaften über 200 Schub getätigt

Ortsgruppenmeister			
Barsch, Max	1140 Holz	171 Spitzen	
Ortsgruppenmeister (Frauen)			
Ludwig, Gertrud	1135 Holz	147 Spitzen	
1. Städte-Elf			
Barsch, Max	1140 Holz	171 Spitzen	
Plötz, Paul	1132 „	162 „	
Göpe, Willy	1125 „	158 „	
Pohle, Otto	1114 „	154 „	
Schuster, Willy	1090 „	156 „	
Müller, Karl	1116 „	148 „	
Fahr, Hugo	1091 „	156 „	
Horn, Adolf	1111 „	146 „	
Ertel, Karl	1097 „	151 „	
Hellwich, Franz	1108 „	146 „	
Ersatz: Fahr, Artur	1109 „	145 „	
2. Städte-Riege			
Fahr, Artur	1109 Holz	145 Spitzen	
Scholz, Paul	1110 „	144 „	
Weber, Wilhelm	1108 „	144 „	
Dittrich, Wilhelm	1094 „	145 „	
Bornad, Wilhelm	1114 „	137 „	
Brückner, Carl	1095 „	144 „	
Preußk, Artur	1104 „	139 „	
Hentzepe, Ernst	1059 „	157 „	
Heuer, Paul	1062 „	155 „	
Raschke, Fritz	1107 „	134 „	
Ersatz: Prinz, Otto	1099 „	137 „	
Frauen-Städte-Riege			
Ludwig, Gertrud	1135 Holz	147 Spitzen	
Kretz, Lina	1093 „	144 „	
Fahr, Elle	1077 „	137 „	
Schmidt, Marichen	1068 „	133 „	
Baber, Marie	1050 „	136 „	
Luxe, Ada	1050 „	130 „	
Reich, Berta	1.50 „	129 „	
Schlotte, Renne	1046 „	128 „	
Seifert, K.	1049 „	123 „	
Schuster, Rose	1049 „	122 „	
Ersatz: Schuster, Minna	1045 „	121 „	

Heinz Riehm, K.

Arbeiterinnen,

tretet ein in die Partei Lenins, in die Kommunisten, die wirklich eure Interessen

Walhalla

Morgen, Mittwoch, 20 Uhr:
Première
des erfolgreichsten Operettenschlagers der letzten Jahre:
Das süße Geheimnis
in 3 Akten von Eugen Burg und Tauffstein 1933
Musik von Kurt Zerlig
Komponist persönl. anwesend!
Große Starbesetzung
u. a. der gefeierte Filmstar Lotte Loring

Walhalla

Heute letzter Tag!
Die große Illustrationsschau
Horace Goldin
Mälzer Salerno
1952 usw.
Gewöhnliche Preise ab 70 Pf.

Stadt-Theater

Heute, Dienstag 20 bis 22 Uhr:
Die Rose von Stambul
Operette v. Leo Fall
Mittwoch 20—22 Uhr
Oberst Chabert
Oper von H. W. v. Waltershausen
Lösung der vierten Stammkarten-Miete 1934 erbeten

Fahrraddecken	2,70 1,95
Fahrraddecken rot prima	2,95
Schläuche, prima prima	0,95
Schlauchreifen in allen Dimensionen u. Preis. ab	7,50
Ketten, la Stahl	1,50
Kompl. Vorderrad	3,40
Kompl. Hinterrad mit Torpedofreilauf	13,95
Sättel, sol. Ausführung	3,75 3,45
Schutzbleche, vollst. Garn.	0,90
Herrenrahmen	24,00
Damenrahmen	26,00
Lenkstange	2,50

Alle Preise beziehen sich ebenfalls unserm billig
Karl Möller
Halle (S.), Schmeerstr. 1
Versand nach auswärts erfolgt per Nachnahme

Neuwerk Fleischwerk
Schlafzimmerschränke
Eiche, Birke, Nußb. imit.
130 cm m. Waschteinrichtg. . . 81.–
130 cm m. 3 teilig. Aufsatz . . 102.–
135 cm m. W. u. Spiegel . . 125.–
150 cm m. W. u. Spiegel . . 156.–
Fleur garderoben 29,– bis 75,– ℳ
Gebr. Jungblut
Albrechtstr. 37

Schlafstelle frei! Mansfelder Str. 56 II

Aus Heeresbeständen u. a.

Mil.-Drellhosen 1,50, -Hosen 1,50
Militärschuhe 3,75, Stiefel 4,75
Neue Holzpantinen 1,30, 0,60
Tuchwesten 1,25
Neue Schlafdecken 3,10
in Lederjacken von Mk. 30,– an
Blaue Montecurjacken 1,35, 1,90
-Hosen 1,35, 1,90
Militär-Unterhosen 1,–
Militär-Stiefel (kleine Größen) 10,75
Militär-Strickwesten (neu) 2,75
Alles zum Auskochen: Militär-Röcke 3,75
Mil.-Mäntel 9,50, neue und gebrauchte Hosen von Mk. 3,– an. Faulhandschuhe –,80, wollene Schals –,40, wollene Kopfschützer –,45 und noch viele preiswerte Artikel. 1937
Besichtigen Sie mein Lager ohne Kaufzwang
Sigmund Schwarz, GmbH.
Filiale Halle
Große Märkerstraße 5

Halt! Kleine Anzeigen! Wie: Kauf-Gesuche und -Angebote, Vermietungen, Unterricht, Stellengesuche, Vereinsnachrichten haben hier Ihren Erfolg!

Wo speise ich gut und billig im **Volkspark**? Burgstraße 27 Tel. 21107

Adalbert Naundorf
Bäckerei und Kolonialwaren
empfiehlt zum Feste 1944
sämtliche Backartikel
Lengefeld Nr. 42 bei Kösen

Gute Lebensmittel

Billig durch Massen-Umsatz

Fettwaren – Käse

Dänische Molkereibutter	½ Pfd.	—,95
Schmalz, pure lard	1 Pfd.	—,68
Edamer Käse, vollfett	1 Pfd.	1,—
Schweizerkäse	1 Pfd.	1,60
Tafelöl, prima	1 Pfd.	—,68
Deutscher Käse	Stück	—,09
Margarine „Allerfeinste"	1 Pfd.	—,96

Kolonialwaren

Rangoon-Reis	1 Pfd.	—,24
Siam-Patna-Reis	1 Pfd.	—,32
Kronen-Patna-Reis	1 Pfd.	—,42
Linsen	1 Pfd. —,50	—,42
Perlbohnen	1 Pfd.	—,36
Erbsen, grün	1 Pfd.	—,20
Deutsche Trinkeier, groß	Stück	—,11

Getr. Früchte – Marmelade

Getrocknete Pflaumen I	1 Pfd.	—,68
Getrocknete Pflaumen II	1 Pfd.	—,58
Feinstes Mischobst	1 Pfd.	—,72
Prima Aprikosen	1 Pfd.	1,30
Vierfrucht-Marmelade	1 Pfd.	—,54
Pflaumenmus	1 Pfd.	—,48
Zucker	1 Pfd.	—,28

Sonderangebot

Auf alle Früchte- und Gemüse-Konserven gewähren wir unseren Mitgliedern bis zum 26. April 20 Prozent Rabatt
Verkauf solange Vorrat reicht
Mengenabgabe vorbehalten

Deutsche Molkereibutter . . . ½ Pfund 88 Pf.

Unsere Groß-Fleischerei verarbeitet nur prima Mastschlachtvieh, daher nur beste Qualitäten

Rindfleisch zum Kochen	1 Pfd.	—,98
Roastbeef	1 Pfd.	1,10
Bratenfleisch	1 Pfd.	1,40
Rouladen	1 Pfd.	1,50
Gulasch	1 Pfd.	1,40
Schweinebauch	1 Pfd.	1,10
Eisbein	1 Pfd.	—,90
Kotelettes	1 Pfd.	1,30
Schulter	1 Pfd.	1,20
Schinkenspeck	1 Pfd.	2,—
Prima Leberwurst	1 Pfd.	1,32
Prima Blutwurst	1 Pfd.	1,32
Prima Schwartenwurst	1 Pfd.	1,32
Schmer	1 Pfd.	—,78

Allgem. Konsumverein Halle

Abgabe nur an Mitglieder! **Eintrittsgeld 50 Pf.**

15.4.30

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300415-10/fragment/page=0004

Die Jungarbeiter der Firma Dehne delegieren zum Reichsjugendtag

Am Freitag fand eine Jungarbeiterbetriebsversammlung der Firma Dehne statt. Nach einem Referat eines Jugendgenossen kam die politische Lage der Jugend und dem Reichsjugendtag fand eine lebhafte Diskussion statt. Die Versammlung protestierte gegen die Ausbeutungsmethoden und gegen die Lehrlingsakkordschufterei der Meister und Betriebsleiter. Es wurde beschlossen, die Betriebsleitung den „Jungen Stürmer" laufend herauszugeben. Die Jungarbeiter stellen sich einmütig hinter die gewählten Jugend-Betriebsvertrauensleute. Des weiteren **beschloß die Versammlung, die Jugendbetriebsdelegation von drei Mann nach Leipzig zu schicken und diese selber zu finanzieren.**

Die Jungkollegen von der Firma Dehne rufen den anderen Jugendbetriebsbelegschaften zu, dasselbe zu tun. Mit dem Gelöbnis, die Kampffront der Jungarbeiter noch mehr zu stärken, gingen die Kollegen auseinander.

Mit Nazi-Hilfe Betriebsratsobmann geworden

Ein schmutziges Kapitel für die Reformisten der Silberhütte (Mansfeld A.-G.)

Am Freitag fand auf der Silberhütte die Wahl des Betriebsratsobmannes statt. Die Wahl brachte für die Opposition 3, für die Reformisten 1 und für die Nazis 2 Sitze im Betriebsrat. Das das Angestelltenmitglied. Der Sozialdemokrat Seifler hatte sich mit den Nazis in einen Kuhhandel eingelassen.

Programmäßig schlug dann der Nazi-Aufseher (!) den Sozialdemokraten vor und gegen die 3 Stimmen der Opposition wurde er zum Obmann gewählt (!).

Reformisten und Gelbe hatten sich im Kampfe gegen den bisherigen kommunistischen Vorsitzenden, Genossen Halle, in gemeinsamer Front gefunden. Der wahre Charakter der reformistischen Gewerkschaftler zeigte sich recht deutlich und damit auch der Kampf" der Nazis gegen die SPD. ...

Die Belegschaft muß daran erkennen, um was es geht und die revolutionäre Opposition stärken und mit ihr marschieren.

Seifler entrollte anschließend an die Wahl sein Programm: Er hoffe mit Unterstützung aller Mitglieder zum Besten des Betriebes (!) arbeiten zu können." Genosse Halle ging auf diese Bemerkung ein und Seifler flüchtete, Schutz suchend und findend, in die Arme der Nazis.

Kameraden, erkennt das Spiel. Vorwärts im Sinne der Opposition!

Neue Entlassungen im Stahlwerk Frankleben

K.-L. Im Stahlwerk Frankleben wird weiter rationalisiert. Immer mehr Kollegen fliegen auf die Straße. Vor kurzem fand eine Belegschaftsversammlung statt. Dort wurde der Beschluß gefaßt, insgesamt kürzer zu arbeiten, um Entlassungen vorzubeugen. Die reformistischen Betriebsräte glaubten damit der Belegschaft geholfen zu haben. Dabei ist festzustellen, daß trotz der Kurzarbeit weiter Entlassungen vorgenommen werden, und zwar sieben Mann aus der mechanischen Werkstatt und zwei aus der Putzerei. Der Betriebsleiter Künstler hat noch mehr Entlassungen vor, behauptet er dort. „In der Putzerei wird die Arbeit gestreckt", das heißt deutsch, dort wird gefaulenzt!

Es herrscht große Empörung unter den Kollegen, und so mancher meint, daß das kündige Nachgeben gegenüber dem Druck der Direktion falsch war. Die Unternehmer verfolgen rücksichtslos ihre Interessen und sie fragen nicht nach den Opfern ihrer Profitsucht. Sie werfen alles hinaus, was ihnen nicht genehm ist. Auch bisher treue Lakaien fliegen auf die Straße, wenn sie ausgedient haben. Ist zum Beispiel der Formermeister Karls, ein Kommunistenfresser durch und durch, aus dem Betrieb hinausgeflogen. Bei der Kampfpolitik kommt er jetzt wahrscheinlich auch mit denjenigen zusammen, die er während seiner Meistertätigkeit aus dem Betriebe hinausgeflogen hat. Karls war übrigens auch derjenige, der bei der Entlassung unseres Genossen Kroll, der den klaren Standpunkt der revolutionären Gewerkschaftsopposition im Betriebe vertrat, sagte: „Es ist gut, daß Kroll entlassen wird. Wenn wir noch solche hätten, wie den, dann würde uns die Bude auf den Kopf gestellt!" Ob Karls nun klug wird, ist zu bezweifeln. Das wird auch nicht das wesentliche. Das wesentliche ist, **daß die Kollegen endlich zusammenstehen und den Kampf gegen weitere Entlassungen und schärfere Ausbeutung aufnehmen. Das kann nur geschehen unter Führung der revolutionären Opposition.** Es gilt, auch im Stahlwerk Frankleben auf- und auszubauen trotz Unterdrückerterror.

Jenseits der Barrikade . . .

K.-L. Deimer Ernst aus Kleen-Kranche, der bekannte Revevolutionär der ehemaligen USP.-Partei in Torgau, der ewige Landtagskandidat, der sich schon um alle möglichen und unmöglichen Posten bemüht hat, ist vor längerer Zeit ins Arbeitsamt Torgau gegangen. Endlich hat er einen Posten, eine Futterkrippe. Die Arbeitslosen, bei denen er es fertig bringen kann, schikaniert er, ganz kraft seines Amtes, nach schönster Manier. Wie es den Anschein hat, übt er sich schon in der „faschistischen Diktatur". Kein Wunder, ist doch sein Auftraggeber und Vorgesetzter, der Hitlerkumpeling Schwenk, auch im Arbeitsamt.

Der Diktatorencharakter des Deimer kam am Donnerstag so recht zum Ausdruck. Er erklärte: „Das bestimme ich, wer von den Arbeitslosen Fahrern Unterstützung bekommt. Wenn Ihr mir nicht mehr gekommen wärt, so hättet Ihr Unterstützung gekriegt!" Herr Ernst Deimer, noch hält Du gar nichts zu bestimmen, sondern Du führst nur die Befehle der Trustbourgeoisie, als wackerer Faschist, durch. Als ehemaliger Revolutionär hast Du einst in Schützengraben gesagt: „Die Reaktion weist uns den Weg mit Maschinengewehren und Handgranaten." Und heute? — Stehst jenseits der Barrikade.

Weitere rote Erfolge

Die Betriebsratswahl der Motorenwerke Mannheim hat folgendes Ergebnis: Opposition 181 Stimmen, Reformisten 206 Stimmen. Bei den Neckar-Sulmer Fahrzeugwerken erhielt bei der Betriebsratswahl die Opposition 3 Stimmen, die Reformisten 1050 und die Christen 187 Stimmen. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hatte hier erstmal eine rote Liste aufgestellt. Bisher waren die Reformisten im Betriebsrat vertreten.

Bei den Oeckerschen Hüttenwerken bei Hannover wurde erstmal eine rote Liste bei der Betriebsratswahl aufgestellt, die 226 Stimmen erhielt. Die Reformisten erhielten [illegible] Stimmen.

Sozialfaschistische Unternehmerknechte am Pranger

Anschlag auf die revolutionäre Griesheim-Belegschaft sogar durch ein bürgerliches Gericht vereitelt

Nachdem sich die Griesheim-Belegschaft mit überwältigender Mehrheit bei der Betriebsrätewahl für die oppositionelle Einheitsliste entschieden hatte, versuchten die Sozialfaschisten, in Einheitsfront mit dem Unternehmer, auf ein für sie günstiges Urteil der Klassenjustiz spekulierend, durch einen frechen Schwindel das Wahlergebnis zu korrigieren.

In der konstituierenden Betriebsratssitzung wurde von der Opposition wie auch von den Reformisten ein Wahlvorschlag für den Bezirksausschuß eingereicht. Kurz und bündig erklärte der Leiter der Sitzung, ein Reformist: „Der Vorschlag der Opposition ist ungültig, weil er nicht den Vorschriften aus dem Betriebsrätegesetz entspricht." Er lehnte jede Begründung für seine Behauptung ab und verweigerte auch die Vertagung der Sitzung um fünf Minuten, um die Differenz beizulegen mit der ganz offensichtlichen Absicht, die Opposition zu übertrumpeln. Er erklärte einfach: „Da nur eine gültige Liste eingereicht ist, ist der Vorschlag der Reformisten angenommen." (!)

Daraufhin verließen die Genossen der Opposition unter Protest das Betriebsrätezimmer.

Daß alles nur ein abgekartetes Spiel mit den Schlotbaronen war, geht daraus hervor, daß die Beschwerden unserer Genossen sowie ihre Forderung, daß bis zur endgültigen Regelung der Differenzen der alte Arbeiterrat weiterzufunktionieren sollte, von der Werksleitung strikte abgelehnt wurde unter Hinweis auf die Informationen, die sie vom Betriebsratsvorsitzenden Sittner bekommen habe!

Die Werksleitung schlug die Erklärungen der oppositionellen Betriebsräte einfach in den Wind. Das gleiche hat der Gewerberat, der aber in die Enge getrieben, sich zum Schluß hinter seine mangelhaften Kenntnisse der juristischen Seite dieser Frage zurückzog!

Die Sozialfaschisten unter Führung Sittners machten nun eine Hetze gegen den roten Betriebsrat, indem sie ihm vor allen Dingen Unkenntnis der Gesetze, Unfähigkeit in Arbeiterrechtsfragen nachsagten, um ihn so bei der Belegschaft zu diskreditieren. Doch alle Schändlichkeiten nutzten nichts. Bei der am Sonnabend, dem 12. April, tagenden Arbeitsgerichtsverhandlung mußte selbst das **bürgerliche Gericht das Recht der oppositionellen Betriebsräte bestätigen! Die Betriebsrätewahl wurde als gültig erklärt und die Konstituierung des Betriebsrätеausschusses muß noch einmal vorgenommen werden.**

Die Kollegen des Griesheim-Werks sollen aber aus diesen Vorgängen die Lehre ziehen, daß sie sich noch fester um die revolutionäre Gewerkschaftsopposition scharen müssen. **Die Kollegen, die bei der Betriebsratswahl ihre Stimme noch der Liste des Sozialfaschisten Sittner gegeben haben, mögen erkennen, daß diese Sorte „Arbeitervertreter" wirklich nur Handlanger der Direktion sind, daß mit den schmutzigsten Mitteln gegen die revolutionäre Arbeiterschaft kämpfen. Weg von Sittner und Konsorten, vorwärts unter Führung roter Betriebsräte, Kampf den Chemiekönigen und ihren Lakaien!**

Wichtige Sitzungen und Konferenzen

Achtung, hallische Metallarbeiteroppositionen!

Am Donnerstag, dem 17. April, 20 Uhr, findet im Produktionssaal eine wichtige Fraktionssitzung statt. Erscheinen müssen alle rote Betriebsräte, Vertrauensmänner, Kampfleitungen sowie alle zur revolutionären Gewerkschaftsopposition gehörenden Metallarbeiter.

Landarbeiterschikane auf der Zuchthausdomäne

Unerhörte Arbeitermißhandlung auf dem Rittergut Pouch — Organisierte Abwehr tut net

Schon wiederholt wurden in der Oeffentlichkeit die Zustände, die auf dem Rittergut Pouch (Kr. Bitterfeld) herrschen, kritisiert. Vorübergehend änderten sich die Dinge etwas, aber bald traten die alten Verhältnisse wieder ein und heute kann man sagen:

Die Zustände sind schlimmer als je zuvor.

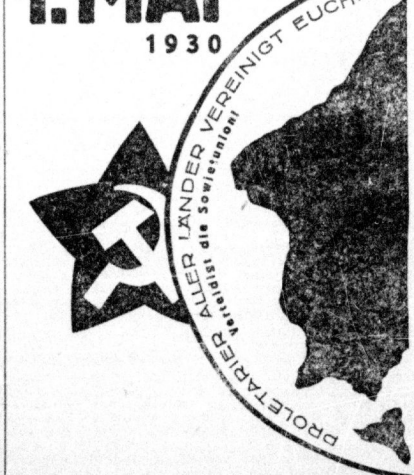
Der Stahlhelmführer Klöber und der Inspektor Kroll sind die Matadoren auf dem Gute. Jedes Jahr kommen oberschlesische Landarbeiter nach der Zuchthausdomäne Pouch. Jedesmal sind es natürlich andere Landarbeiter und andere Arbeiterinnen, weil gewöhnlich nach ein paar Wochen die Hälfte der Zugereisten schon wieder ausreißt. Doch lassen wir eine Landarbeiterin selbst mal sprechen:

„Ich bin leider das viertemal auf diesem Gute. Ich muß aber dieses Mal nach knapp zwei Wochen Anwesenheit ausreißen, wenn ich noch gesund und lebend nach Oberschlesien kommen will. Der Stahlhelmer Klöber macht mir und den anderen Arbeiterinnen das Leben zur Hölle. Schon vor Jahren wurden wir ausgeschimpft und als Polacken und Zigeunerbande bezeichnet. Wir haben alles geduldig ertragen und ausgehalten. Manchmal war es zu schlimm. Wir wurden alle drangsaliert. Vor zwei Jahren wurde der Arbeiter Eich Bartelsti blutiggeschlagen. Als wir uns da hineinmischten, hieß es: „Schert Euch fort, wozu kommt Ihr denn her, Ihr verfluchte Bande!" Auch im Vorjahre hat der Stahlhelmer Leute mißhandelt, und zwar den Arbeiter Otto Göttert und den fast invaliden Arbeiter Franz Holland. **Holland war so davon mitgenommen, daß er sich in der Mulde ertränken wollte.** Nur mit Mühe gelang es, ihn von diesem Schritt abzuhalten. Holland erklärte, daß er es bei diesem Peiniger nicht mehr aushalten könnte (!). Die Eltern der jüngeren Arbeiter, die besonders terrorisiert werden, können noch nicht einmal ihre Kinder in Schutz nehmen, weil ihnen sofortige Entlassung droht. Der Stahlhelmer Klöber war einem oberschlesischen Mädchen eine Mark schuldig. Als das Mädchen das Geld von ihm forderte, wurde es von Klöber derartig geschlagen, **daß das Blut aus Mund und Nase floß!** Im vergangenen Jahre sind sogar Männer auf und davon gegangen, weil sie es auf dem Gute unter den Zuchthausmethoden nicht aushielten. In jüngster Zeit haben sich die Zustände noch mehr verschlimmert. Am 10. April, in der Mittagszeit, schlug Klöber auf meinen Bruder, den kleinen Peter, ein, so daß ich als Schwester zu Hilfe eilen mußte. Klöber wandte sich darauf gegen mich. **Er mißhandelte mich so, daß ich ebenfalls schwer blutend davonging.** Der Inspektor Kroll schlug ebenfalls auf den kleinen Peter ein, so daß dieser ein blutiges Auge und einen bösen Blutriß hinter dem Ohr erhielt. Kroll ist obendrein noch Gemeindevertreter, und wie verlautet, soll er auch Schulvorstandsmitglied sein (!). Klöber, der im Mißhandeln der Arbeiterinnen groß ist, muß aber sonst ein recht feiger Mensch sein, denn ohne Revolver wagt er nicht auszugehen."

Soweit der Brief. Er spricht Bände über das Elend der Landarbeiterschaft. Er darf kein Seufzer bleiben, er muß zur **Kampfmobilisierung beitragen.** Die mitteldeutschen Landproleten hiesige Proleten wie oberschlesische, müssen zusammenstehen. Nur **im revolutionären Kampf können die Ausbeuter und deren Knechte geschlagen werden. Landarbeiter, organisiert Euch in der KPD., stärkt die Reihen der Gewerkschaftsopposition, lest und abonniert den „Klassenkampf".**

Achtung, Maikarten bestellen!

Genossen, denkt daran, die Maikarten rechtzeitig zu bestellen. Nur dann kann Garantie für prompte Lieferung gegeben werden.



KOMMUN. PARTEI DEUTSCHLANDS
ORTSGRUPPE GUNTHERITZ-SCHLADITZ

Die Produktiv Druckerei wird in diesem Jahr obige Karte in zweifarbiger Ausführung herstellen. Der Stern und Sowjet-Rußland auf der Weltkugel wird in Rotdruck, alles übrige in Schwarzdruck erscheinen.

Bestellungen bis 20. April werden zu den niedrigen Preisen von

pro 1000: 12 Mark, jedes weitere 1000: 10 Mark,
pro 100: 4 Mark, jedes weitere 100: 1,50 Mark

geliefert. Bestellungen, die nach dem 20. April eingehen, können zu diesen Preisen nicht mehr geliefert werden. Nutzt den billigen Preis und bestellt deshalb sofort bei der Druckerei in Halle, Merkenfeldstraße 14, Euren Bedarf.

Bezirksleitung der KPD., Agitprop.

Berlin, Anhalter Bahnhof, gibt das Beispiel

Im Bahnbetriebswerk Berlin — Anhalter Bahnhof wurde in einer am 10. April stattgefundenen Betriebsversammlung die Aufstellung **der örtlichen Betriebsratsliste** vorgenommen. Trotz des in dieser Dienststelle vorhandenen Schichtwechsels, der eine Zusammenfassung aller dort Beschäftigten fast unmöglich macht, war der Besuch dennoch ein guter. Welchen Wert die reformistische Bürokratie gerade diesen mittleren Betriebsstellen beimißt, geht schon aus der Tatsache hervor, daß der Vepollmächtigte der Ortsgruppe Berlin des Einheitsverbandes, Winkler, selbst erschienen war. Nach dem Bericht des Betriebsrates, der die Zustimmung der anwesenden Kollegen erhielt, gegen den allerdings Winkler sehr gern etwas gesagt hätte, sprach er über die Verhältnisse bei der Reichsbahn. Wie konnte er doch so ganz anders reden, als in der von ihm zusammengeschobenen Generalversammlung. Seine Ausführungen wurden in einer sehr scharfen Diskussion von den oppositionellen Kollegen auf das heftigste bekämpft. Bei der Abstimmung über die von der revolutionären Opposition eingereichten Vorschlagsliste zur Betriebsratswahl bekamen die Reformisten die Quittung für ihren Verrat an den Eisenbahnern. Von den 55 anwesenden Kollegen — unter ihnen eine große Zahl, die dem Einheitsverband angehören (teilweise 15 bis 20 Jahre) — stimmte nur einer gegen die revolutionäre Liste. Mit einem verdutzten Gesicht zog Winkler von dannen. **Diese Versammlung beweist aufs neue, welche Stimmung unter den Eisenbahnern vorhanden ist. Dem Beispiel der Anhalter Kollegen müssen die Eisenbahner überall folgen.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300415-10/fragment/page=0005

Stadt Halle

15. April 1930.

Heraus zum Kampf-Mai 1930!

Am Donnerstag, dem 17. April, abends 7 Uhr, tagt im Produktiv-Saal, Lerchenfeldstr. 14.

das vorbereitende Mai-Komitee

Alle Belegschaften und proletarischen Massenorganisationen entsenden ihre Vertreter.

Alle oppositionellen Betriebsräte, Vertrauensleute der Großbetriebe und Vorsitzende der Arbeiter-Sport- und Kulturorganisationen nehmen an dieser Sitzung teil!

Heraus zur Organisierung des politischen Massenstreiks und der Massendemonstration am 1. Mai!

Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, Halle.
Betriebsräte-Ausschuß.
Erwerbslosen-Ausschuß.
Arbeiter-Sport- und Kultur[illegible] Halle.
KPD. KJVD. IGB.

Die Saboteure im AKV. melden sich

Das „Volksblättchen" hat einen neuen „Dreh" gefunden

Als das hallische Landgericht am 9. April die von Bowinski gegen den Allgemeinen Konsumverein Halle erwirkte einstweilige Verfügung durch Kammerentscheid wieder aufgehoben hatte, verlor das sozialdemokratische Winkelblättchen zunächst die Sprache. Ganz still verbleiten sich die Leutchen aus der Märkerstraße, die, als das Klassengericht 14 Tage vorher den Wünschen des Renegaten Bowinski entsprochen hatte, mit voller Lungenkraft in die Welt schrien: „KPD.-Handstreich auf den Konsumverein gescheitert!" Das hatten sich die Herrschaften nun allerdings nicht träumen lassen, daß das Beweismaterial über die Lotterwirtschaft der Fischer und Schöbel so erdrückend sein würde, daß selbst die bürgerlichen Richter am 9. April gemäß den Beschlüssen der Vertreterversammlung vom 23. März entscheiden mußten.

Vier Tage herrschte also tiefes Schweigen in den Spalten des „Volksblättchens", bis es endlich durch einen neuen „Dreh", den es inzwischen ausgeheckt hat, die Sprache wiederfand. Es heißt dort nach der alten längst abgeleierten SPD.-Walze: „Die neuen bolschewistischen Bonzen Härtel, Ertinger und Koenen erweisen sich im Konsumverein Halle als „gelehrige Schüler des scharfmacherischen Unternehmertums". Sie wenden Rationalisierungsmethoden an, bauen das Personal ab und hegehen im großen und ganzen eine Schändlichkeit nach der anderen, was sich zum schweren materiellen Schaden der Verbraucher" auswirken müsse. Mit „solchen kommunistischen Unternehmermethoden" hätten die bolschewistischen Bonzen ihr neues Amt angetreten.

Diese Schmiererei des „Volksblattes" ist natürlich nur der Ausdruck der grenzenlosen Ohnmacht der SPD. und der rechten Renegaten, denen es trotz aller Lügen und Verleumdungen gegen die Genossenschaftsopposition nicht gelungen ist, ihr Ziel, die Zerschlagung des Konsumvereins, zu erreichen.

Daß sie jetzt in ihrer Wut weiter verleumden und den neuen Vorstand des AKV. mit Schmutzkübeln überschütten, nimmt niemandem wunder. Der neue „Dreh" über die „kommunistischen Unternehmermethoden" zieht nicht und die Mitglieder des AKV. werden über das hysterische Geschrei der Sozialdemokraten kaltlächelnd hinweggehen.

Jeder einsichtige Genossenschaftler wird begreifen und es selbst für eine unerläßliche Notwendigkeit im Interesse der ungestörten Fortentwicklung des Konsumvereins halten, daß bewußte Genossenschaftsschädlinge, die als Angestellte des AKV. das verbrecherische Treiben der Schaumburg, Möller und Bowinski unterstützt haben, entfernt werden müssen. Solche Maßnahmen werden auch in Zukunft mit aller Rücksichtslosigkeit durchgeführt werden, unbekümmert darum, ob die Sozialdemokraten darüber toben oder nicht.

Die Steigerung des Umsatzes der Genossenschaft ist die beste Garantie für eine uneingeschränkte Weiterbeschäftigung aller Belegschaftsmitglieder, die das Genossenschaftsinteresse höher stellen als ihr privates oder Cliqueninteresse.

Die Sozialfaschisten aber sabotieren mit den Schöbel- und Bowinski-Leuten den Fortschritt des AKV. Halle. Sie haben daher nur recht, wenn sie schweigen.

Die Mitgliedschaft aber wird mit dem neuen Vorstand alle Feinde in den eigenen Reihen überwinden und jetzt erst recht durch Umsatzsteigerung dem Abbau von Arbeitskräften entgegenwirken.

Der neue Vorstand des AKV. wird selbstverständlich alles tun, um vor allem auch die Belegschaft des AKV. zur Genossenschaftstreue zu ermahnen. Er hat an sie den Appell gerichtet, die Tätigkeit des Vorstandes sowie des Aufsichtsrates im Interesse des Aufstieges des AKV. rückhaltlos zu unterstützen.

Daß die Genossenschaftsfeinde jetzt erst recht fieberhafte Wühlarbeit gegen den Konsumverein leisten, dafür lassen sich eine große Anzahl von Beweisen erbringen. In welchem Zustand die Fischer und Schöbel die Geschäfte des Konsumvereins führtenen hinterlassen haben, darüber wird der Vorstand demnächst den Mitgliedern des Konsumvereins sowieso reinen Wein einschenken.

Ein merkwürdiger Silvesterrausch!

Die Jahreswende ist immer einer jener Tage, an dem viele Menschen in eine gehobene Stimmung kommen. Mancher Streich wird aus diesem Anlaß ausgeführt, an den sich viele bei zurückkehrender Nüchternheit sehr schwer erinnern können. So ähnlich erging es auch dem Angeklagten K. aus Ammendorf. Er war mit seiner Frau und seinen Bekannten zu einer Silvesterfeier gewesen und auf unaufgeklärte Weise ist er in einem Hause in der Regensburger Straße bei einem Kaufmann unter Hobelspänen versteckt aufgehört worden. Durch Rumoren hat er sich den Hausbewohnern bemerkbar gemacht. Die Durchsuchung des Hauses ergab, daß der Hühnerstall beschädigt war. Im Keller des Kaufmannes wurde außer den zertrümmerten Weihnachtsstollen und zerbrochenen Weinflaschen auch die Mütze des Angeklagten gefunden. K. will aber von alledem nichts wissen und erst am anderen Morgen im Polizeigewahrsam von seinem Rausch erwacht sein. Obwohl K. sehr eindringlich seine Unschuld beteuerte, wurde er doch zu der unglaublichen Strafe von sechs Wochen Gefängnis verurteilt!

Der Fremdenverkehr in Halle

In den hiesigen Gast- und Logierhäusern sind im Monat März 7406 männliche und 1642 weibliche, zusammen 9048 Fremde abgestiegen. Darunter befanden sich 261 Personen, die ihren Wohnsitz im Auslande hatten, und zwar 236 männliche und 25 weibliche mit fremder Staatsangehörigkeit. Im März 1929 waren es 7556 männliche und 1925 weibliche, zusammen 9481 Fremde, im März 1914 8207 männliche und 1043 weibliche, zusammen 9250 Fremde.

Arbeiterkinder, heraus zum Schulstreik am 1. M[illegible]

Die Arbeiterkinderkonferenz Halle-Merseburg trifft die Vorbereitungen zum 2. Weltt[illegible] der Arbeiterkinder vom 20. bis 26. Juli in Halle!

Am Sonntag, dem 13. April, tagte im „Volkspark" die erste Arbeiterkinderkonferenz des Bezirks Halle-Merseburg. 80 Arbeiterkinder nahmen an der Konferenz teil. Darunter einige Gäste.

Eine Jugendgenossin sprach zu Beginn der Konferenz über die Bedeutung und Geschichte des 1. Mai und über die politische Situation, in der die internationale Arbeiterklasse den 1. Mai 1930 begeht. Die unerhörten Steuern und Zölle, die den arbeitenden Massen Deutschlands von der Bürgerblock-Regierung aufgebürdet werden, wirken sich vor allen Dingen gegen die Arbeiterkinder aus. Sie spüren es am meisten, wenn von dem knappen Lohn, den die Eltern noch verdienen, kaum noch das Notwendigste gekauft werden kann.

Die Arbeiterkinder trifft es am meisten, wenn die Eltern weniger Milch, weniger Butter, weniger Fleisch, weniger Eier und weniger Mehl kaufen können und sie mit hungrigen Mägen zur Schule gehen müssen.

Diese unerhörte Teuerungswelle, eine Folge des räuberischen Young-Planes, ruft die mitteldeutschen Arbeiterkinder auf den Plan. Sie müssen ihren Kampfwillen gegen diesen Zoll- und Steuerraub am 1. Mai gemeinsam mit der erwachsenen Arbeiterschaft zum Ausdruck bringen!

Aber auch auf anderen Gebieten zeigen sich die Sparmaßnahmen der Länder und Gemeinden. Im hallischen Etat für 1930 ist beispielsweise festzustellen, daß die Ausgaben für die Schulen ungeheuer beschnitten wurden. Die Eltern darüber, daß Kinder sich an den Schulbänken die Kleider reißen, daß die Wände in den Schulen schlecht sind, die Ausgaben für Lernmittel werden gekürzt, kurzum, alles, die Arbeiterkinder notwendig ist, wird gestrichen. Das wir in den Schulen auspacken.

Auf diese Tatsachen müssen wir die Schulkameraden aufmerksam machen und sie für den Schulstreik am 1. Mai mob[illegible]

Nach dem Referat folgte eine ausgiebige Diskussion. Arbeiterkinder berichteten über Mißstände in ihren Schulen, machten gleichzeitig praktische Vorschläge, wie sie die Arbeiterkinder am 1. Mai auf die Straße bekommen.

Sie brachten dabei zum Ausdruck, daß man dazu übergehen muß, in Schülerversammlungen, in denen der Bericht zur Frage des 1. Mai ebenfalls Stellung nehmen und in [illegible] zu wählen. Diese Vertrauensschüler haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Kameraden ihrer Klasse über alle [illegible] Fragen zum 1. Mai unterrichtet werden.

Ein Pionier zeigte, wie notwendig es ist, daß die [illegible] lichen Organisationen, in denen Arbeiterkinder erfaßt sind, zur Frage des 1. Mai ebenfalls Stellung nehmen und in [illegible] heit den Kindern sagen, daß es für sie nur eine [illegible] Schulstreik am 1. Mai und Agitation in ihren Klassen [illegible] Beteiligung an den Demonstrationen!

Nach dem Schlußwort der Genossin, die nochmals die [illegible] Aufgaben festlegte, marschierten die Teilnehmer geschlossen [illegible] Unterbezirkskonferenz Halle-Saalkreis, um dadurch zum [illegible] zu bringen, daß sie sich verbunden fühlen mit der erwachsenen Arbeiterschaft. Ein Pionier appellierte an die Genossen der [illegible] nistischen Partei zur Unterstützung der Vorbereitungen des

Weltrefferns der Arbeiterkinder in Halle

und die Parteigenossen versprachen, dies mit allen Kräften [illegible]

Nachdem dann noch zu der Vorbereitung des Weltt[illegible] eingehend gesprochen worden war, wurde einstimmig eine [illegible] lution angenommen, die die Arbeiten bis zum 1. Mai [illegible] Verbindung damit die Vorbereitungsarbeiten zum Weltt[illegible] Arbeiterkinder festlegte.

Ein Brief an die Arbeiterkinder von Neukölln, [illegible] die engste Verbundenheit der Arbeiterkinder des Bezirks Merseburg versichert, wurde von den Delegierten abgelesen.

Diese Konferenz hat den Beweis geliefert, daß die Arbeit unseres Bezirkes es verstehen werden, den Schulstreik zu organisieren und damit das Welttreffen der Arbeiterkinder besten vorzubereiten!

Arbeitereltern! Unterstützt die Kinder bei dieser gro[illegible] schwierigen Aufgabe!

Hallo, Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen!

Ihr müßt dabei sein! Nämlich bei der

Abschieds-Kundgebung

des KJVD. Halle, anläßlich des

Reichs-Jugendtages in Leipzig

am Donnerstag, dem 17. April, 20 Uhr, im „Volkspark".

Die Roten Schmiede treten auf!

Das 61jährige Mütterchen auf dem Müllplatz

Eine Gemeinheit des „Generalanzeigers"

Im Osten der Stadt, hinter dem Gertraudenfriedhof, befindet sich ein Müllplatz, der sogenannte „Goldberg". Es ist eine schmutzige Gegend. Widerliche Gerüche machen sich bemerkbar, wenn man sich ihr nähert. Hier, zwischen Müll- und Aschehaufen, kann man fast täglich ein altes Mütterchen beobachten, das mit einem Stock in den Abfällen und Müllresten herumwühlt, um irgend etwas Brauchbares oder Verwertbares aufzufinden. Die alte Mutter, die 61 Jahre alt ist und auf dem Grajewog 3 ein ärmliches Zimmer bewohnt, muß sich auf diese Weise ihr Brot erwerben. Trotzdem ist die alte Maria Hempe, so heißt sie, keineswegs mutlos und verzweifelt. Zwaohl, sie muß sich von allen eingesammelten Müllresten, die sie beim Altbändler verkauft, ernähren, aber das hindert sie nicht, ihren Willen zur Mitarbeit am Befreiungskampf des Proletariats zum Ausdruck zu bringen. Sie ist Mitglied der Kommunistischen Partei und bekennt sich mit Stolz zu ihr.

Vor einigen Tagen schlüffelte nun auf dem Goldberg, gerade als die Genossin Hempe wieder nach Abfällen suchte, ein Reporter des hallischen „Generalanzeigers" herum. Er richtete an die alte Mutter einige Fragen, die sie ihm auch beantwortete, macht sich mehrere Notizen und eine Photoaufnahme und verschwand dann wieder. Am anderen Tage erschien im „Generalanzeiger" eine große Reportage mit der Ueberschrift: „Am Rande der großen Stadt." Dort wird über den Goldberg berichtet und über die alte Mutter, die sich aus dem Müll und Dreck allerlei herauskloubt. Der ganze Schmus und das dazugehörige Bild wird dann noch mit der Ueberschrift versehen: „Altertumsforscherin am Goldberg." Der Reporter der „Hallischen Nachrichten" macht sich also über die alte Genossin, die durch die Not gezwungen ist, sich auf diese Weise durchs Leben zu schlagen, lustig. Er beschimpft sie als „Altertumsforscherin". Die satten Spießer, die den „Generalanzeiger" lesen, werden sich über das groteske Bild, das sie in ihrem Leise- und Magenblättchen vorgefunden haben und mit der Unterschrift „Altertumsforscherin" versehen wurde, sicherlich höllisch gefreut haben. Vielleicht kommt es noch so weit, daß irgendwelche bürgerlichen Faulenzer nach dem Goldberg gehen, um sich die „Altertumsforscherin" einmal von nahem anzusehen und sich über sie zu amüsieren. Die Genossin Hempe hat uns mitgeteilt, daß sie über die Verhöhnung, die ihr durch den „Generalanzeiger" zuteil wurde, aufs tiefste empört ist, da sie jetzt als alte, hilflose Frau sicherlich auch auf der Straße als „Altertumsforscherin" beschimpft werden wird.

Es ist nicht nur eine Geschmacklosigkeit, eine alte Frau, für die der bürgerliche Staat nichts übrig hat und die gezwungen ist, Müllreste einzusammeln, öffentlich zu verhöhnen und zu beschimpfen, sondern auch eine abgrundtiefe Gemeinheit. Diese Feststellung muß gemacht werden, um die schmutzige Handlungsweise des „Generalanzeigers" in aller Oeffentlichkeit anzuprangern.

4 Jahre Gefängnis — weil sie den Hunger stillten

Dem Bäcker Sch. aus Halle ging es wie vielen seiner Klassengenossen. Er wurde eingereiht in die große Hungerarmee und geriet in eine große Bedrängnis. Sein Vater war vor kurzem gestorben. Mit der Mutter unterhielt er keine Beziehungen mehr. Er selbst erhielt keine Unterstützung. Ohne Geld und ohne Wohnung, so stand er vor einer sehr unsicheren Zukunft. In seiner Not wandte er sich an seinen Freund H. und klagte ihm sein Leid. Noch nicht von der Erkenntnis durchdrungen, daß er nur durch den Klassenkampf eine Besserung seiner Lage und die der Werktätigen herbeigeführt werden kann, kam er schließlich aus Verzweiflung zu dem Ausweg: entweder sterben oder stehlen ...

Sein Freund H. befand sich ebenfalls in einer mißlichen Lage. Sein Vater arbeitslos, er selbst wegen der bürgerlichen Vorurteile, nach denen eben ein vorbestrafter Mensch kein nützliches Glied der Gesellschaft sein kann, von einer Arbeitsstelle zur anderen getrieben. So kam das, was unausbleiblich war: sie gingen auf nächtliche Raubzüge aus. Die bürgerlichen Richter haben für solche aus der Not geborenen Taten kein Verständnis und es ist auch keine Kunst, die Notlage der Angeklagten in Abrede zu stellen. Bezeichnend war der Ausspruch des Angeklagten H.: „Es geht mir besser im Zuchthaus, als in dieser sorgenvollen Welt." Trotzdem brachte es der Staatsanwalt fertig, noch von einer „exemplarischen Strafe" zu sprechen. H. wurde dann auch, wie nicht anders zu erwarten war, zu drei Jahren und Sch. zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Gebt den jungen Arbeitern Brot und Arbeit und [illegible] es nicht nötig haben, sich am Eigentum anderer zu ver[illegible] Aber daß ist der bürgerliche Staat nicht in der Lage, [illegible] nur diejenigen durch seine Justizmaschine aburteilen, die, [illegible] vor Hunger umzukommen, sich Nahrung stehlen.

Es wird Zeit, daß die Arbeiterschaft ihr Schicksal selbst [illegible] Hände nimmt!

Achtung, Jungerwerbslose!

Kommt alle zur Erwerbslosen-Jugend-Versammlung am Mittwoch, dem 16. April, 14 Uhr, im Lokal „[illegible] Kette", Alter Markt. Thema: „Reichs-Jugendtag KJVD. Ostern in Leipzig."

KJVD.

Jungarbeiter in den Betrieben, macht's [illegible]

Die Jugendbelegschaft von Roeber-Bau, Halle, entsendet [illegible] Betriebsdelegation von drei Jungarbeitern, die Jugendlichen [illegible] Dehne, Halle, eine solche von zwei Jungarbeitern. Die Jugendorganisierung erfolgt durch die Jugendbelegschaft.

Hallische Pioniere!

Heute abend im Gruppenabend muß die Teilnahme an [illegible] jugendtag gemeldet werden. Fahrpreis 2 Mark. Jeder [illegible] fährt mit!

Hallische Tageschro[illegible]

Im letzten Moment gerettet

Am Sonnabend ereignete sich auf dem hallischen Hauptbahnhof ein aufsehenerregender Vorfall. Beim Herannahen des Fernschnell-FD-Zuges riß ein kleines Mädchen von der Mutter [illegible] lief auf den Bahnkörper, anscheinend um das Herannahen des Zuges besser beobachten zu können. Im Augenblick höchster Gefahr sprang der Bahnhofsportier Kühn auf die Schienen und [illegible] ihm, das Kind und sich in letzter Sekunde in Sicherheit zu [illegible] Der Retter ist ein älterer verdienter Beamter, welcher [illegible] Tat um so größere Anerkennung verdient.

Selbstmord eines Unbekannten

Gestern abend gegen 8½11 Uhr hat sich in einem Kleiderschrank hiesigen Cafés ein etwa 30 Jahre alter unbekannter Mann [illegible] schossen, der zuvor seine sämtlichen Ausweispapiere beseitigt [illegible] Er ist etwa 1,75 Meter groß und hat schwarzes Kopfhaar, [illegible] dunkelblauen Jackettanzug, hellblauen weißen Pullover und [illegible] Frauenm Bard, dunkelbraune imitierte Lederjacke und [illegible] Halbschuhe. Sachdienliche Angaben über die Personalien [illegible] Leichen nimmt die Kriminalpolizei, Zimmer 57 und 33, entgegen.

Der gewalttätige Bruder. Gestern gegen 20.45 Uhr [illegible] Ueberfallkommando nach der Meckelstraße gerufen. Dort [illegible] stark angetrunkener Mann in die Wohnung seiner Schwester [illegible] gedrungen und beging dort Gewalttätigkeiten. Hierbei [illegible] Verletzungen im Gesicht und an den Händen davon. [illegible] wurde zum Polizeirevier gebracht.

Luftgewehre geklaut. Heute morgen gegen 3.15 Uhr [illegible] der Leipziger Straße der Schaukasten einer Waffenhandlung [illegible] brochen und sechs Luftgewehre gestohlen. Die Täter [illegible] Kört, der Rest der Auslage wurde sichergestellt.

Gestern früh gegen 8 Uhr bekam in der Goethestraße [illegible] Grundstück Nr. 32 ein Pferd einen Blutsturz. Auf tierärztliche [illegible] ordnung wurde es in den Stall des Besitzers geführt.

Der Anhänger auf dem Radfahrweg. Gestern gegen [illegible] sich in der Merseburger Straße vor dem Grundstück Nr. [illegible] einem Lastkraftwagen mit zwei Anhängern der zweite [illegible] durch Abreißen des Kuppelungshakens und rollte auf [illegible] fahrweg. Sach- und Personenschaden entstand nicht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300415-10/fragment/page=0006

Theater, Konzerte, Vorträge

Stadttheater: „Die Rose von Stambul"

gibt Operetten, die sich behaupten und die man immer wieder hört und sieht. „Die Rose von Stambul" ist bestimmt keine. Sie mag einstmals ein zugkräftiger Schlager gewesen sein. es ist so überholt, daß ein Aufsetzen auf den Spielplan als grober Mißgriff bezeichnet werden muß. Nicht genug damit, am Stadttheater meist ängstlich vermieden wird, Neues zu en, greift man auch bei der Auswahl aus dem Alten ent- daneben.

Tatsache, daß bei der Aufführung am Sonntag ein Teil des ums, vorwiegend die weibliche Jugend, Beifall klatschte, t nicht wunder zu nehmen.

Thalia-Theater: „Grand Hotel"

Lustspiel in drei Akten von Paul Frank

Ein Stück wäre nicht zu ertragen gewesen, wenn nicht die guten Teile dabeigewesen wären. Ein junger studentischer Abenteurer oder Hochstapler hat sich in eine schöne Halbweltdame ... verliebt". Um sich ihre Gunst zu erwerben, markiert er ...ndenden Krösus und lädt seine „Angebetene" — später auch ...deren intime Freunde aus der Finanzwelt — zu einem üppigen ...er mit Austern, Sekt und Champagner im luxuriösen Grand ...el ein. Weil der junge Mann aber nur 10 Schillinge in der ...e hat, gerät er dabei natürlich in eine komische und brenzlige ...ation, die in den drei Lustspiel-Akten Paul Frank zum Teil ...witzig und schlagfertig darstellt. Die geschmackvolle Geschichte ...t damit, daß die eine sehr hohe Summe ausmachende Zeche einem anderen bezahlt wird und die beiden „sich kriegen". ...wenig geistvoll und banal genug, um einem Courths-Mahler-...arten verdammt ähnlich zu sehen. Das bürgerliche Publikum ...ierte sich aber trotzdem und klatschte begeistert in die Hände. ...n den Darstellern gefielen uns vor allem Robert Jungk ... Fritz Henjel, die ein paar ausgezeichnete Typen ver- ...rten. Auch die übrigen Hauptdarsteller, Drtrud Wagner, ...ther Boehnert, Alfred Durra und Felix Nor- ...f, machten ihre Sache ausgezeichnet.

—th—

...Theater am Kurfreitag! Sowohl das Stadttheater als auch das Thalia-...ter ist am kommenden Freitag geschlossen. Es findet also am Karfreitag keine ...aufführung statt. Die 24. Vorstellung für Freitag-Stammkarten ist auf ... April verlegt.

...Spielplan des Thaliatheaters. Am 1. Osterfeiertag geht der erfolgreiche ...ant „Wiesenk in Potsdam" in Szene, am 2. Osterfeiertag gelangt das unter- ...e Lustspiel „Grand Hotel" zur Aufführung.

...Volksschule Halle. Der neue Arbeitsplan für das Trimester April/September ... erschienen und von morgen an in allen Buchhandlungen und Verkaufsstellen ...erhältlich zu haben. Beginn des Kartenverkaufs: Donnerstag, den 24. April.

...Volkes-Theater. Morgen, Mittwoch, abend findet die Premiere der Operette ...Das Geheimnis" statt, die überall als der größte Operettenerfolg der letzten ... gefeiert worden ist. Die Aufführung erfolgt durch das Kurt-Jaeger-Ensemble ...mit noch Gotha fahren, im Vereinslokal. 1947

...Kegler-Sportverein Fichte Peissergroda (Opposition) sucht für 1. und 2. Oster- ...tag 2- oder 3-Klasse-Gegner für 1. und 2. Mannschaft. Anschrift: Max ..., Peissergroda. 1951

...Halle, e. B., Halle. Allen Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Ausflug am ... nicht durchgeführt wird. Die Kahnen werden aufgeweicht, sich in den Ueberweg ...zu einzufinden. Die erste Probe findet am Sonntag, dem 27. April, 9 Uhr, ...bekannten Platze statt. Die technische Leitung. 1946

Arbeiter-Sport

Vereinsmitteilungen

...Halle, Spielmannszug. Mittwoch, den 16. April, 19.30 Uhr, Antreten ...Gleichen bei Wöbel. Restlos erscheinen. 1948

...Minerva 09. Mittwoch, den 16. April, 20 Uhr, Spielausschußsitzung. Am ...nach dem Spiel auf dem Stadion trifft sich die 1. Elf und die Genossen, ...zu nach Gotha fahren, im Vereinslokal. 1947

...Kegler-Sportverein Fichte Peissergroda (Opposition) sucht für 1. und 2. Oster- ...tag 2- oder 3-Klasse-Gegner für 1. und 2. Mannschaft. Anschrift: Max ..., Peissergroda. 1951

RUNDFUNK-TRIBÜNE

Radiokrieg gegen Sowjet-Rußland

Der neue große Gewerkschaftssender in Moskau, der auf Welle 938 auch von den Arbeiterhörern in Westeuropa gehört werden kann und in deutscher Sprache regelmäßig Vorträge, literarische und musikalische Darbietungen sendet, ist den kapitalistischen Ländern schon längst ein Dorn im Auge. Um den unterdrückten Minderheiten und dem Proletariat der übrigen Welt es unmöglich zu machen, die Wahrheit über Sowjet-Rußland zu hören und ihr eine proletarische Information zu verteilen, hat jetzt die rumänische Regierung längs der Grenze Störungssender aufgestellt, um den Empfang des Gewerkschaftssenders daselbst unmöglich zu machen. Als Grund wird angeführt, daß der Moskauer Sender „antirumänische Programme" sende. Weil diese Programme in rumänischer Sprache gegeben werden, hätte die rumänische Regierung den Bau einer Störungsstation beschlossen, um den Empfang des russischen Senders unmöglich zu machen.

Der sogenannte Störungssender soll auf derselben Welle dauernd Zwischensignale senden, so daß der Moskauer Sender übertönt wird. Das Manöver soll solange fortgesetzt werden, bis die Moskauer Station ihre „Propaganda-Programme" wieder aufgibt.

Also, da liegt der Hase im Pfeffer. In diesem Falle ist das Mäntelchen einmal gelüftet worden. Den Arbeiterhörern sind solche Störungsversuche bei russischen Uebertragungen nicht unbekannt. Eingeweihte behaupten dasselbe von Polen und — von Deutschland. In jedem Falle verpflichten diese Tatsachen die werktätigen Rundfunkhörer, noch viel energischer den Kampf gegen die Rundfunkreaktion zu führen, als dies bisher der Fall war.

Kleine Funknotizen

In Havanna dürfen einheimische Sender nur bis 22.30 Uhr tätig sein, damit die Hörer amerikanische Sender empfangen können.

Die diesjährige große Berliner Funkausstellung findet vom 22. bis 31. August statt. Zum ersten Male mit einer „Phonoschau" des Reichsverbandes des Reichsverbandes des Sprechmaschinen- und Schallplattenhandels.

Aus dem Saalkreis

Die Bennstedter Auto-Katastrophe erneut vor Gericht

Am Mittwoch, dem 16. April, wird vor der hallischen Strafkammer wiederum gegen den Kraftwagenführer Otto Zumrich aus Nietleben wegen fahrlässiger Tötung verhandelt. Zumrich wurde im Januar zu 1½ Jahr Gefängnis verurteilt, wogegen er Berufung einlegte. Es handelt sich bekanntlich um das schwere Autounglück bei Bennstedt im Oktober 1929, bei dem mehrere Fahrgäste den Tod fanden.

Ammendorf. Alle Arbeiterkinder, die am Ostersonntag mit zum Jugendtag nach Leipzig fahren, müssen folgendes beachten: Abfahrt: Sonntag früh 7 Uhr vom Jugendheim. Rückfahrt: Sonntag abend gegen 7 Uhr. Fahrpreis 1,50 Mk. Alle Kinder, auch Jugendgenossen, müssen sich bis Donnerstag, den 17. April, beim Genossen Karl melden. Am Donnerstag, dem 17. April, 17 Uhr, findet im Jugendheim eine öffentliche Arbeiterkinderversammlung statt. Arbeiterkinder, kommt alle. Dort sagen wir Euch, was wir wollen.

Verantwortlich: Max Lademann, Halle, für Politik und Beilagen; Bruno Rothe, Halle, für Lokales und Saalkreis; Max Lemmnitz, Halle, für Provinz; Fritz Lellig, Halle, für Sport, Kurt Kühn, Merseburg, für Betriebs- und Gewerkschaftsfragen; Fritz Kroh, Halle, für den Anzeigenteil.

Wir wird das Wetter?

Mittwoch: Bei auf West drehenden Winden noch trübes, kühles Wetter.
Donnerstag: Aufklärend und etwas höhere Tagestemperaturen wahrscheinlich.

Oeffentliche Versammlungen

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Teicha. Dienstag, 15. April, 20 Uhr, bei Biernardt öffentliche Verbraucherversammlung.
Diemitz. Mittwoch, den 16. April, 19.30 Uhr, im „Weißen Roß" öffentliche Erwerbslosenversammlung. Referent Genosse Benkmann.
Unterbezirk Merseburg-Querfurt
Mücheln. Mittwoch, 16. April, 11 Uhr, bei Bobbin Erwerbslosenversammlung.
Unterbezirk Sangerhausen-Nordhausen
Bleicherode. Mittwoch, 16. April, 20.11 Uhr Erwerbslosenversammlung. Referent Genosse Gutjahr.
Kelbra. Mittwoch, den 16. April, 20 Uhr, öffentliche Versammlung. Referent Genosse Gutjahr.
Unterbezirk Mansfeld
Aisleben. Dienstag 15. April, 15 Uhr, in der „Zentralhalle" Erwerbslosenversammlung. Referent Genosse Benkwitz.
Aisleben. Donnerstag, den 17. April, 20 Uhr, in der „Zentralhalle" öffentliche Versammlung. Referent Genosse Gutjahr.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Ammendorf. Mitgliederversammlung am Donnerstag, dem 17. April, 20 Uhr, bei der Genossin Renk.

Bund der Freunde der JAH

Landesverband Halle-Merseburg
Bureau: Halle, Gr. Steinstr. 16 Telephon 291 50
Postscheckkonto Leipzig 16379, Joh. Höcker

Wiesen. Mittwoch, den 16. April, 20 Uhr, bei Hoefe Mitgliederversammlung.
Könnern. Freitag, 18. April, 20 Uhr, im „Bürgergarten" Mitgliederversammlung.
Bernburg. Freitag, den 18. April, 20 Uhr, im „Volkshaus" Einführungsabend der neuen Mitglieder zur JAH.

Kommunistischer Jugendverband Deutschlands

Mitteilung der BL. Alle Autokolonnen, die durch Halle fahren, sind Sonnabend um 5 Uhr auf dem Paradeplatz zwecks gemeinsamer Abfahrt.
Alle Autotransporte fahren in Leipzig sofort zum zentralen Quartierlokal, Kleines „Volkshaus", Eilenburger Straße 12.
Achtung, Gruppenkassierer! Plaketten, Sammellisten sowie Monatsbeiträge sofort abrechnen. BL., Abteilung Kasse, einsenden.
Achtung, Gruppenleitungen! Flugblätter sind verfaßt, sofort zur Verteilung bringen. Plaketten zum Reichsjugendtag sind wieder da. Noch einsenden.
Halle. Mittwoch 20 Uhr Abrechnung der Plaketten und Sammellisten.
Gruppenleitungen, meldet sofort Teilnehmerzahl, schickt Fragebogen ein zur BL., sowie seine Delegierte.
Berufsschüler sofort an BL. einschicken.
Nordhausen. Mittwoch, 16. April, öffentliche Jugendversammlung im Lokal Schütt, Unterm Weiden. Jedes Mitglied muß erscheinen. Alle Teilnehmer am Reichsjugendtag treffen sich zur gleichen Zeit bei Schütt zwecks Organisierung der Fahrt.

GANZ GANZ GANZ
NEUE LIEFERUNG
NEUE FORMEN
NEUE FARBEN
NUR 4.50
Dritthöher
Hüt-Dwotwind
Neuer Leipziger 61 · Gr. Ulrichstr. 47

Brennende Ruhr

Roman aus dem Kapp-Putsch
Von Karl Grünberg

Copyright 1929 by Intern. Arbeiter-Verlag, GmbH, Berlin C 25

...die überhitzte Atmosphäre ließ es Sukrow zwecklos erscheinen, ...gen Front zu machen. Als er doch einige schüchterne Versuche ...te, fuhr man ihm derartig über den Mund, daß er es für ...er hielt, schleunigst wieder einzulenken, um nicht gar in Ver- ... eines Beleidigers zu kommen. Besonders hervor tat sich ...bei ein kaum zwanzigjähriger junger Mensch, Walter Peitchen, ...Sohn eines Zollinspektors, hatte die nationale Gesinnung sozu- ...schon mit der Muttermilch eingesogen. Sein größter Schmerz ...daß der Krieg zu Ende gegangen, ehe er selbst ins Feld gehen ...sich das E. K. sowie wenigstens das Feldwebelportepee, wie ...alter Herr", verdienen konnte. Seine einzige Hoffnung war ...Wiederkehr der guten, alten Zeit, mit strenger Zucht, Sitte und ...ande. Bis dahin betätigte er sich als Mitglied nationaler Ver- ...e, der Einwohnerwehr und der Technischen Nothilfe, und trug ...n sein er nationalen Gesinnung stolz sein Hakenkreuz zur Schau. ...Sukrow interessierte dieser blutrünstige junge Mensch schon rein ...ologisch. In der Nähe betrachtet, fand er einen ziemlich harm- ...Jüngling, bei dem sich beschränkter Horizont und persönliche ...heit ziemlich die Waage hielten. Letzteres trat besonders in ...nung, wenn der alte Hövelmann eine saftige Anekdote aus ...m schier unerschöpflichem Vorrat zum besten gab.

...Hövelmann, ein fünfundsechzigjähriger Zecheninvalide, bereitete ...Laboratorium die Proben zu und war darüber hinaus ein un- ...erbliches Faktotum. Schloß eine Fensterklappe nicht, Hövel- ...mußte helfen, ging eine Flasche nicht auf, Hövelmann schaffte ...ne sie zu zerstören. Verlor jemand seinen Gummiabsatz, Vater ...mann reparierte den Schaden, brauchte einer eine Brotkarte, ...alte wußte Bescheid. Hövelmann hinten und Hövelmann vorne. ...weihbärtige Alte humpelte mit seinem steifen Fuß unermüd- ...hin und her, wobei er jede Hantierung mit Spaßen und witzi- ...Erzählungen begleitete, so daß sich seine Anwesenheit stets durch ...Gelächter ankündigte.

...chen konnte insonderheit nie genug von Hövelmanns Anek- ...hören. Die Kollegen wußten das, ermunterten den Alten ...zu neuen Erzählungen und freuten sich köstlich, wenn nach kurzer Zeit Peitchen wieder einmal der Speichel aus dem Munde floß. Durch geschickte Fragen stellten sie fest, daß er aus Angst vor dem anderen Geschlecht noch „ungeküßt" war, was Anlaß gab, ihn nach Herzenslust aufzuziehen.

Sukrow amüsierte sich ebenfalls über den originellen Alten, bis er eines Tages durch Kraft erfuhr, daß sich hinter dessen lustigem Aeußern eine todwunde Seele verbarg. Von seinen fünf Söhnen hatte er vier auf dem „Altar des Vaterlandes" geopfert. Den letzten hatte im vergangenen Jahre beim Bergarbeiterstreik in Bottrop die Sipo erschossen. Jetzt lebte der einsame Alte bei einer Schwiegertochter, deren Kinder er in seiner freien Zeit betreute.

*

Dem stets hilfsbereiten Hövelmann verdankte Sukrow auch schließlich seine lang ersehnte eigene Wohnung. Möblierte Zimmer waren in Swertrup ein ebenso teurer wie rarer Artikel. Wer von den ledigen jungen Leuten der Abhängigkeit von den Massenquartieren der Werke entfliehen wollte, geriet dabei meist in die noch schlimmere der sogenannten „Kosthäuser". Familien, die ein Zimmer übrig hatten, stellten eine Anzahl Bettstellen auf und nahmen die Mieter auch gleich in volle Pension. Die Mühe lohnte immer. Es gab aber auch zahlreiche Leute, die daraus ein regelrechtes Gewerbe machten, ganze Etagen und Häuser auf diese Weise ausnutzten und dabei dick in die Wolle kamen.

Das Ehepaar Schapulla betrieb sein Kosthaus schon fünfzehn Jahre. Während sich im Erdgeschoß Speisewirtschaft und Küche befanden, waren die Zimmer in den beiden oberen Etagen ständig vermietet. Schapullas selbst wohnten ganz oben in den beiden Mansardenstuben. Seiten, daß eines der Betten, von denen immer je drei in einem Zimmer standen, mal einen Tag ohne Mieter war. Herr Schapulla hatte gute Beziehungen, sowohl zu den Pförtnern der Werke wie zum Katholischen Gesellenverein und dergleichen.

Als der Krieg und die Kriegsindustrie den Wohnungsbedarf in Swertrup steigerten, sagten Schapullas: „Wir müssen auch etwas für das Vaterland tun" und brachten ein viertes Bett in die Zimmer. Auch stellte Herr Schapulla, über entsprechende Beziehungen verfügend, seine Kraft dem Vaterland als Munitionsaufseher in einem Granatenlaboriewerk zur Verfügung, da ihn Rheumatismus an seiner Reservepflicht verhinderte. Man kaufte eine vier Meter lange schwarzweirote Fahne, die bei jeder Siegesmeldung von 10 000 Gefangenen an zum Mansardenfenster hinausgehangen wurde. — Als nach dem Krieg die Wohnungsnot besonders groß wurde, schaffte Schapulla die Schränke, in denen die Leute ihre Sachen aufbewahrten, auf den Flur und stellte ein fünftes Bett hinein. Mutter Schapulla verstand es mit ihrem stets freundlichen Wesen, den Gästen die soziale Notwendigkeit des Zusammenrückens klarzumachen, und kochte bei solchen Anlässen eine extra Mehlspeise, während Vater Schapulla einige Mißvergnügte durch ein paar Flaschen Bier versöhnte.

Ueberhaupt verstand es Frau Schapulla ausgezeichnet, aus minderwertigen Materialien unter Verwendung von Gewürzkörnern, Lorbeerblättern und frischem Wasser schmackhafte Speisen, die sehr „viel hermachten", zu bereiten. Dabei verhehlte sie niemals, die Mahlzeiten durch Klagen über Knappheit, Lebensmittelkarten, hohe Preise usw. zu würzen, so daß man annehmen mußte, sie betriebe das Geschäft nur aus purer Menschenfreundlichkeit und setze dabei zu.

„Ja, wenn Vater Schapulla nicht so gut einzukaufen verstände", sagte sie oftmals.

Er hatte gute Verbindungen mit Kaufleuten, die ihm minderwertige und verdorbene Lebensmittel für eine Kleinigkeit abließen. Mehl, das von Motten, Nudeln, die von Maden, Backobst, das von Milben, Reis, der von Mäusedreck wimmelte, fanden ihren Weg ebenso in die Schapullasche Küche, wie stinkige Fische und Fleisch von kranken, schwarz geschlachteten Tieren. Daher konnten Schapullas einen schwunghaften Handel mit den Lebensmittelkarten ihrer Kostgänger treiben. Hierfür hatte Herr Schapulla seine regelmäßigen Abnehmer in der St. Rochusbrüderschaft, in der er Schriftführer war.

Ueberhaupt waren Schapullas sehr fromm. „Bete und arbeite." Dieser Spruch hing in Brandmalerei zweimal einen halben Meter groß im Speisesaal. In den Zimmern befand sich über jedem Bett irgendein Oeldruck mit der schmerzensreichen Maria, durch deren Herz ein Dolch ging, ein lächelnder Jesus oder sonst ein Heiliger. Das Beten besorgte in der Hauptsache Vater Schapulla, der nicht nur Sonntags zur Predigt mit Hochamt, sondern auch wochentags zweimal zur Frühmesse ging. Auch die beiden Sprößlinge wurden fleißig dazu angehalten, während Mutter Schapulla wegen ihrer ökonomischen Obliegenheiten vom Kirchenbesuch Dispens hatte.

(Fortsetzung folgt.)

DER HERR TRÄGT
FARBIGE SALAMANDER
15.50 18.50 21.- 24.-
SALAMANDER
HERVORRAGEND IN QUALITÄT UND PASSFORM
Halle a. d. S., Leipziger Straße 100
MARKE SALAMANDER

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300415-10/fragment/page=0007

Dame: Was kostet denn dieses entzückende Greisenhaupt?

Verkäuferin: Unverkäuflich, es ist meine Großmutter, sie hat sich einen Buddhopf schneiden lassen

1 Sortiment **Samen** dieser allerliebst aussehenden **Greisenhaupt-Kakteen** . . . . . 2,00 RM.

Gleichzeitig offeriere ich zur Frühjahrs-Pflanzung:

Knollenkartoffeln, Goldball, frühste . . . . . 8.50 RM. per Zentner
Erdbeerpflanzen in den besten Sorten, Sonnenstrahl, Oberschlesischen und Roth. . . . . 4,00 RM. per 100 Stück
Himbeeren, Meilbornsh . . . . . 2,40 RM. per 10 Stück
Brombeeren, Königin der Schwarzen . . . . . 6,50 RM. per 10 Stück
Jochannisbeeren, Rote Rieslen . . . . . 5,00 RM. per 10 Stück
Stachelbeeren, Rote Triumph . . . . . 7,50 RM. per 10 Stück
Obst-Buschrosen in zehn Sorten . . . . . 3,50 RM. per 10 Stück
Balkonschlingpflanzen „Kaiserin Lie" (klettert im ersten Jahre 3 bis 6 Meter) . . . . . 3,50 RM. per 10 Stück
Gladiolen . . . . . 2,00 RM. per 10 Stück
Begonien . . . . . 2,50 RM. per 10 Stück
Gloxinien . . . . . 2,50 RM. per 10 Stück
Anemonen . . . . . 1,00 RM. per 10 Stück
Ranunkeln . . . . . 0,60 RM. per 10 Stück
Riesen-Maiblumen-Blühkeime . . . . . 1,80 RM. per 10 Stück
Oxalis ocaliens (Glückklee) . . . . . 0,50 RM. per 10 Stück

alles in bester, kulturfähiger Beschaffenheit

Friedr. Paul Werner, Naumburg a. d. S. 140

Telephon 884, Windmühlenstraße 5 | 1945

Zum Einkauf für das Osterfest

(ist es jetzt höchste Zeit!)

Sie kaufen bei uns zu gewohnt billigen Preisen *478

Frühjahrs-Mäntel und -Kleider, Damen-Moden, Wäsche, Herren-Artikel, Gardinen

KINSKY

Wittenberg am Markt

Anschlußhaus d. Einkaufshaus Hermann Tietz

Antiquitäten- und Kunsthandlung

Ein- und Verkauf von gebr. Möbeln aller Art

K. Reim, Naumburg a. S.

Thalmburg 13, rechts hinter der Marienkirche u. **Neuenplatz 21** | 1942

Zum Fest

Pa. Fohlenfleisch

Pa. ausgelass. Backfett

Pfund nur 50 Pfennig

Sämtl. Wurstwaren

wie bekannt 1943

Herm. Thurm, Fleischermeister **Naumburg**

Vereinigung der Arbeiter-Fotografen Deutschlands (Ortsgruppe Halle)

Nachruf

Am Sonnabend, dem 12. April 1930, verunglückte tödlich unser Mitglied

Walter Feldhahn

im Alter von 22 Jahren

Wir verlieren in ihm einen sehr tüchtigen Genossen, dessen Tod wir aufrichtig bedauern

Halle a. d. S., den 15. April 1930

1940 **Der Vorstand**

Genossen! Werbt neue „Klassenkampf"-Leser! Kauft nur bei unseren Inserenten!

Da gibt's nichts zu verwechseln:

Erstens siehst du auf jeder Packung den charakteristischen Schriftzug in der blauen Schleife.

Und zweitens hat jedes Paket „Rama im Blauband" ein Garantiedatum. Daran kannst du sofort sehen, wie frisch die Ware ist, die du im Augenblick kaufst.

Nimm keine andere, verlange klipp und klar:

„Rama im Blauband".

Ich habe die verschiedensten Sorten ausprobiert, ich spreche aus Erfahrung!

MARGARINE

Rama im Blauband

doppelt so gut

½ Pfd 50 mit Garantie-Zeichen

Marktkleinhandelspreise in Halle am 15. April 1930

Obst und Gemüse:

Tafeläpfel	1 Pfd.	0,15—0,70	Mk.
Kochäpfel	1 Pfd.	0,15—0,70	„
Tafelbirnen	1 Pfd.	0,05	„
Birnen, ausgesuchte	1 Pfd.	—	„
Apfelsinen	1 Stck.	0,05—0,15	„
Bananen	1 Stck.	0,05—0,15	„
Mittauben	1 Pfd	—	„
Tomaten	1 Pfd.	0,60	„
Rüben	1 Pfd.	—	„
Bohnen weiße	1 Pfd	0,35—0,50	„
Bohnen, Perl-	1 Pfd.	0,60	„
Gurken, Salat-	1 Stück	0,70—0,80	„
Gurken Pfeff-	1 Pfd.	0,60	„
Radieschen	1 Bd	0,10	„
Rhabarber	1 Pfd.	0,35—0,45	„
Spargel	1 Pfd.	3,00	„
Weißkohl	1 Pfd.	0,10	„
Rotkohl	1 Pfd.	0,20	„
Wirsingkohl	1 Pfd.	0,25	„
Blumenkohl	1 Kopf	0,40—1,00	„
Rosenkohl	1 Pfd	—	„
Grünkohl	1 Pfd.	0,20	„
Salat	1 Kopf	0,20	„
Spinat	1 Pfd.	0,05—0,08	„
Rote Rüben	1 Pfd.	0,10	„
Rohrüben	1 Pfd.	0,10	„
Rote Rüben	1 Pfd.	0,10	„
Rettich	1 Stck.	0,06—0,08	„
Zwiebeln	1 Pfd.	0,10	„
Schwarzwurzel	1 Pfd.	1,20	„
Radiäschen	1 Pfd	0,40—0,60	„
Sellerie	1 Stck.	0,10—0,30	„
Porree	1 Bd.	0,20—0,30	„

Pilze:

Rehrlein	1 Pfd.	0,25	„
Goldhaarlein	1 Pfd.	—	„
Br. Gal	1 Pfd	—	„
Kal. ger.	1 Pfd.	3,50—4,00	Mk.
Hechte	1 Pfd.	—	„
Weißfisch	1 Pfd.	—	„
Heringe, Schott.	1 Stck.	0,10—0,15	„
Büdlinge	1 Pfd.	0,50—0,60	„
Schellfisch, ger.	1 Pfd.	0,50	„
Seelachs, ger.	1 Pfd.	0,70	„
Br. Heringe	1 Pfd.	0,25	„

Wild und Geflügel:

Enten	1 Pfd.	1,30—1,50	„
Gänse	1 Pfd.	1,40—1,60	„
Hühner	1 Pfd.	0,90—1,20	„
Hühner	1 Stck.	3,50—4,00	„
Tauben	1 Stck.	0,70—1,00	„
Hasen ausgenäht	1 Pfd.	1,30—1,80	„
Rehfleisch	1 Pfd.	0,60—2,40	„
Hirschfleisch	1 Pfd	0,50—1,75	„
Kaninchen Stz.	1 Pfd	1,00—1,10	„
Kaninchen wild	1 Pfd	100	„
Puten	1 Pfd.	1,30—1,50	„
Kleine Gänse	1 Stck.	2,00—2,20	„
Kleine Enten	1 Stck.	1,00—1,30	„

Konfitüren:

Butter, Malt	1 Stck.	0,85—0,85	„
Butt. Bauern-	1 Stck.	0,80—0,85	„
Quark	1 Pfd.	0,30—0,40	„
Käse	1 Stck.	0,10—0,20	„
Pflaumenmus	1 Pfd.	0,80	„
Kartoffeln	10 Pfd.	0,50—0,60	„
Kartoffeln, Nieren	10 Pfd.	0,80—0,90	„
Eier	1 Stck.	0,10—0,11	„
Zitronen	1 Stck.	0,05	„
Meerrettich	1 Stck.	0,30—0,50	„
Retzich	1 Stck.	0,05—0,10	„
Speisezwiebel	1 Pfd.	0,70	„
Schnittlauch	Bd.	0,05	„

Pilze:

Champignons	1 Pfd.	2,20	„

Fleisch- und Wurstwaren:

Je Pfund:

Rindfleisch:

Kochfleisch	0,90—1,10	„
Bratenfleisch	1,20—1,40	„

Kalbfleisch:

Kochfleisch	1,00—1,10	„
Bratenfleisch	1,20—1,40	„

Hammelfleisch:

Kochfleisch	1,00—1,10	„
Bratenfleisch	1,20—1,40	„

Schweinefleisch:

Kamm und Kotelettes	1,20—1,40	„
Bauch u. fettes Fleisch	1,00—1,20	„
Gefrierfleisch	0,80—1,00	„
Ziegenfleisch	0,80—0,90	„
Kalbfleisch	0,70—0,80	„

Wurstwaren:

Schlachtwurst	1,80—2,40	„
Knackwurst	1,40—1,60	„
Schwartenwurst	1,20—1,30	„
Kotwurst frisch	1,30—1,80	„
Kotwurst geräuchert	1,30—1,40	„
Leberwurst frisch	1,20—1,30	„
Leberwurst geräuchert	1,30—1,40	„
Schinken, roh	2,00—2,40	„
Schinken, gekocht	2,40—2,60	„
Speck fett geräuchert	1,20—1,30	„
Speck, mager, geräuch.	1,00—1,40	„
Servelatwurst	—	„

Städt. Freibank: Rindfleisch 1 Pfd. 0,40

Amtlich festgestellte Preise der Produktenbörse zu Halle

am 15. April 1930

Artikel		vorher	heute
Weizen,			
Durchschnittsqual., gesund und trocken 75/76 kg im hl, 1000 kg		265—267	265—267
gut, gesund und trocken . . . . . 76/77 kg im hl, 1000 kg		267—269	267—269
trocken, für Müllereizwecke geeignet	kg im hl, 1000 kg	—	—
höheres Gewicht . . . . . 77/78 kg im hl, 1000 kg		269—271	269—271
niedrigeres Gewicht	kg im hl, 1000 kg	—	—
Roggen,			
Durchschnittsqual., gesund und trocken . 71 kg im hl, 1000 kg		178—180	178—180
gut, gesund und trocken . . . . . 72 kg im hl, 1000 kg		—	—
trocken, für Müllereizwecke geeignet	kg im hl, 1000 kg	—	—
höheres Gewicht	kg im hl, 1000 kg	—	—
niedrigeres Gewicht	kg im hl, 1000 kg	—	—
Braugerste,			
feinste Durchschnittsqualität, feinste über Notiz	1000 kg	210—220	205—215
Wintergerste, Durchschnittsqualität	1000 kg	—	—
Futtergerste, Mittelgerste	1000 kg	180—185	175—180
Hafer, Durchschnittsqualität	1000 kg	180—185	180—185
Viktoriaerbsen	100 kg	22—24	22—24
Futtererbsen	100 kg	—	—
Weizenkleie mittelgrob	100 kg	10,75—11,25	10,75—11,25
Roggenkleie	100 kg	10,75—11,25	10,75—11,25
Weizenmehl	100 kg	9,00— 9,50	9,00— 9,50
Roggenmehl Mittelmehl	100 kg	9,25— 9,75	9,25— 9,75
Dinkelmehl	100 kg	9,75	9,75
Weizenstroh drahtgepreßt	100 kg	3,00	3,00
Roggenstroh drahtgepreßt	100 kg	3,00	3,00

Allgemeine Tendenz: Schwach behauptet

Bekanntmachung

Betr. Steuervorauszahlung für das Rechnungsjahr 1930

Bis zum Empfange des Veranlagungs- bzw. Heranziehungsbescheides zur Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1930 hat nach § 58 der Gewerbesteuer-Verordnung der Steuerschuldner auf diese Steuer Vorauszahlungen auf Grund der bisherigen Bestimmungen nach Maßgabe der im Rechnungsjahr 1929 veranlagten Steuer zu zahlen.

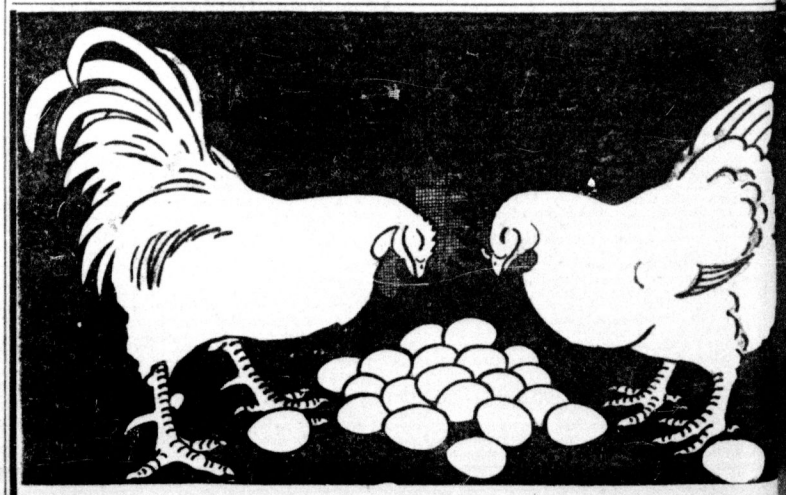
Die gleiche Vorauszahlungs-Verpflichtung besteht für die Grundvermögensteuer, Hauszinssteuer, Berufsschulbeiträge bis zur Beschlußfassung über die Zuschläge.

Die Gewerbesteuer, Berufsschulbeiträge und Hundesteuer ist für die Monate Mai, August, November und Februar und die Ledigsteuer bis zum 15. eines jeden Monats fällig. Zahlungsverzug hat die Beitreibung im Verwaltungszwangsverfahren zur Folge.

Delitzsch, den 14. April 1930.

Der M

Lest den „Klassenkampf"



Delikat schmeckende, frische Eier 7 P

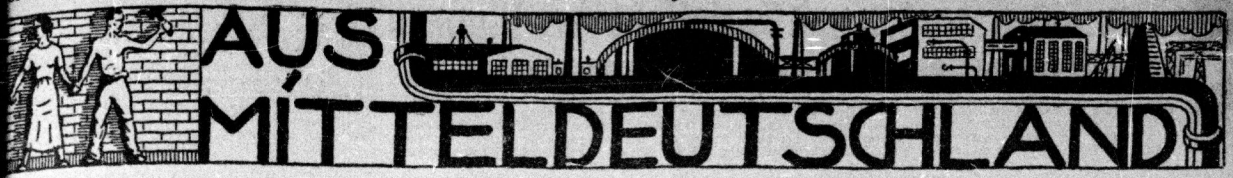
Eier-Farben gratis!

..... Stück

1935

F. H. Krause

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300415-10/fragment/page=0008



Am Reichsjugendtag

Der Kampf im Betrieb

(Von einem 15jährigen Jungarbeiter)

Der Unternehmer sagt: Leute, die arbeiten für wenig Geld,
Werden bei uns immer eingestellt.
Dazu sind uns die Jugendlichen hochwillkommen,
Sie werden von uns besonders gern genommen.
Sie schuften für wenig Geld
Und ziehen gegen das Kapital nicht zu Feld.

Soll das immer so sein?
Der klassenbewußte Jungarbeiter sagt: Nein!
Wir schließen uns der Kommunistischen Jugend an
Und stehen auch im Lohnkampf unseren Mann.
Wir rütteln unsere Kollegen wach
Und fordern den Siebenstundentag!

Jugend und Sexualität

Dr. Max Hodann, der bekannte Sexualforscher, hat jetzt erstmals im Bezirk zu diesem Thema gesprochen. Wir geben desshalb nachstehend einen kurzen Auszug aus seinen Ausführungen, die er uns von einer Arbeiterkorrespondentin mitgeteilt wurden.

Der Vortrag war stets außerordentlich gut besucht. In klarer, jedem leicht verständlicher Weise behandelte der Redner das schwierige Thema. Im Rahmen des Vortrages sprach er zunächst über das Kind, Heranreifen desselben zum Jugendlichen, Eintreten des jungen Geschlechtstriebes und der Geschlechtsreife. Besonders ausführlich behandelte Dr. Hodann die Onanie, wobei er wiederholt betonte, daß dieselbe durchaus keine Krankheit, sondern eine durchaus natürliche, vollkommen unschädliche Sache ist und nicht verblödet und schädigend, wie oft von den verschiedensten Seiten behauptet wird.

Einen besonderen eindringlichen Mahnruf richtete Dr. Hodann vor allem an die Jugendlichen: Meidet den Alkohol, hütet Euch vor Geschlechtskrankheiten, laßt Euch nicht ungehemmt von Eurem Geschlechtstrieb leiten, Ihr habt die Verantwortung zu tragen für die Folgen. Wie unsere glorreiche deutsche Republik sorgt für Mutter und Kind, insbesondere für uneheliche, was wir für die Gesetze in dieser Beziehung haben, das weiß ja jeder zur Genüge.

Aus dem wirklich guten Vortrag können wir Proleten, vor allem die Frauen und Mädchen, immer wieder das eine herausschälen: Bekämpfung der jetzigen bestehenden Gesellschaftsordnung, unentwegter Kampf dem Schandparagraphen 218, einen Tritt den pfäffischen Moralpredigern. Uns aus dem Elend zu erlösen, können nur wir selber tun!

Blödsinnige Gesellschaft

„Der 1. Mai Beginn des Bürgerkrieges"

Wieder tauscht einmal der Blätterwald und macht in Kommunisten. Nachdem man zum 1. Februar und dann zum 6. März den Ausbruch der Weltrevolution prophezeit und als Schreckgespenst an die Wand gemalt hatte, um die nötige Stimmung zu noch stärkerem Vorgehen gegen die revolutionären Arbeiter zu erhalten, muß jetzt der 1. Mai herhalten, um als Termin des Beginns des Bürgerkrieges zu gelten. Auf der ersten Seite macht der „Vorwärts Kurier" diese Meldung auf und spricht von einem „Aufruf der Kommunistischen Internationale", in dem sämtliche kommunistischen Parteien in Europa und Amerika daran erinnert werden, daß die kommunistische Bewegung endlich den Angriff gegen das Bürgertum eröffnen müsse und der 1. Mai als Beginn des Bürgerkrieges zu gelten habe.

Dieser Blödsinn kann nicht übertroffen werden. Erneut will man scharfmachen und schon von vornherein Gummiknüppelattacken und Polizeiprovokationen am 1. Mai rechtfertigen. **Die bürgerliche Meute versucht durch solche Meldungen ein Verbot der Mai-Demonstrationen zu erwirken.** Das Recht auf die Straße nimmt man der Arbeiterklasse selbst an ihrem Weltkampftag rauben.

Doch der 1. Mai und die Straße gehören dem Proletariat!

Der 1. Mai wird begangen werden unter dem Zeichen des politischen Massenstreiks, des Stillegens aller Betriebe und machtvoller Kampfdemonstrationen der Betriebstätigen und Erwerbslosen. Das neue Schuß aus der Schreckpistole — der 1. Mai als Beginn des Bürgerkrieges — zeugt nur von der Nervosität des Bürgertums, das selbst spürt, daß es mit seiner Politik am Ende ist.

Solvay-Proleten, rüsten zum 1. Mai

Direktions-Riesengehälter — Hungerlöhne

(Arbeiterkorrespondenz)

Auf dem Kaliwerk Solvayhall Bernburg sind Hälfte der Proleten eine tägliche Erscheinung. Grund? Weil die Werksleitung auf Kosten der Betriebssicherheit Rationalisierungen durchgeführt hat und noch durchführen wird. Am Mittwoch, dem 9. April, ereignete sich wieder ein schwerer Unfall auf der Seilbahn. Ein Gehänge war einem Arbeiter in den Kopf gefallen. Schwerer Schädelbruch war die Folge. Das Werk hat ungeheure Summen für neue Maschinen ausgegeben, um den Profit zu erhöhen. **Die Gehälter der Direktoren gehen in die Hunderttausend.** Direktor Michels erhält 36 000 Mark und ungeheuer viel Tantiemen. Aber Schutzvorrichtungen kosten Geld und sind zudem unrentabel. Ein Arbeiterleben ist billig, denn 20 Millionen sind ja zu viel in Deutschland nach Ansicht des Kapitals. Im Werk Solvayhall herrscht ein Antreibesystem übelsten Grades. Es soll eben aus dem Werkstumpel das Letzte herausgeholt werden. Was habt Ihr, Proleten von Schacht und Fabrik Solvayhall, dagegen zu tun? Ihr habt Eure Klassenlage zu erkennen, Euch loszulösen von Eurem vaterlandslosen sozialdemokratischen Betriebsrat, der mit dem Direktor Michels durch dick und dünn geht und zu allem Ja und Amen sagt, und rote Vertrauensleute zu schaffen.

Kommunale Mittel für das Arbeiterkinderheim in Ruhla

Nachdem schon mehr Gemeinden namhafte Beträge für das Kinderheim der IAH. in Ruhla bewilligt haben, ist auch in der Stadt Mühlein gegen die Stimmen der Bürgerlichen ein Antrag der kommunistischen Fraktion auf Bewilligung von 100 Mark angenommen worden. **Die Veröffentlichung dieses Erfolges trägt sicherlich dazu bei, daß auch andere Gemeinden dem nacheifern.**

Wieder ein Proletarierkind schwer verbrannt!

Lebensgefährliche Verbrennungen zweiten und dritten Grades am Kopf und Oberkörper
So verfährt man mit Obdachlosenkindern in den Pflegeanstalten Leipzigs

Uns wird folgender skandalöse Fall von gröblicher Vernachlässigung und lebensgefährlicher Gefährdung eines Proletarierkindes mitgeteilt:

Das sechsjährige Kind der Familie W. K., die zurzeit wohnungslos im Obdachlosenhaus untergebracht, ist, wurde wegen „sittlicher Gefährdung" den Eltern weggenommen und der Pflegeanstalt Lindenau übergeben. Dort befand sich das Kind seit Januar dieses Jahres. Der Mutter wurde gnädigst gestattet, es Sonnabends von dort abzuholen, Sonntags über bei sich zu behalten, und Montags morgen in der Pflegeanstalt wieder einzuliefern. Als die Mutter am Sonnabend, dem 5. April, ihr Kind in der Pflegeanstalt abholen wollte, fand sie ihr Kind schwer verbrannt vor. Sie bestand darauf, das Kind sofort aus der Pflegeanstalt herauszunehmen. Das wurde ihr jedoch verweigert. Erst durch das energische Vorgehen unserer Genossin, der Stadtverordneten Emma Beyer, gelang es, das Kind, das noch vor wenigen Wochen sich seiner Gesundheit erfreute und jetzt vollkommen zugrunde gerichtet und apathisch ist, aus der Pflegeanstalt zurückzuerhalten.

Die Eltern gingen mit dem verbrannten Kinde sofort zum Arzt, um den Befund festzustellen. Das ärztliche Zeugnis ist für die Leitung der Pflegeanstalt eine schreiende Anklage. Wir bringen das ärztliche Zeugnis im Wortlaut:

Dr. med. Theodor Hagmann
prakt. Arzt, Wundarzt und Geburtshelfer

Leipzig O 27, 9. 4. 1930.
Weißestraße 14 I

Ärztliches Zeugnis!

Das fast siebenjährige Kind des Herrn Wilhelm Kania, zurzeit Dauthestraße 1 wohnhaft, trat heute erstmalig in meine Sprechstundenbehandlung. Nach Angabe der Mutter erlitt es an einem Tage der vergangenen Woche, Montag, den 31. März, oder Mittwoch, den 2. April, auf eine noch nicht geklärte Weise Verbrennung im Kinder-Erziehungs- und Pflegeheim L.-Lindenau, Queckstraße. Die rechte Hälfte des behaarten Kopfes und der Stirn sowie ein Teil des rechten Ohres und Halses ist wund, die Haut ist abgehoben, zwischen den gekürzten Haaren quillt reichlich Eiter hervor. Die Umgebung der Wunde zeigt keine entzündliche Rötung. Der obere Teil des rechten Oberarmes sowie die rechte Hälfte des Rückens im ganzen Gebiet des Schulterblattes sowie der rechten Schulterhalsgegend zeigen Verbrennungen 2. und 3. Grades. Die Haut an ihrer unteren Grenze ist rötig verfärbt und abgehoben, auch hier zeigt die Umgebung keine Entzündung.

Die Ursache der Verbrennung läßt sich nicht sicher aus dem Befunde feststellen. Während die Kopf- und Schulterwunde sehr wohl durch heiße Flüssigkeit verbrannt sein könnte, läßt die rußgeschwärzte Haut des Rückens mehr auf offene Flamme schließen. gez.: Dr. Hagmann
Arzt."

Das ist nicht der erste Fall von sträflicher Vernachlässigung und schwerer Gefährdung von Proletarierkindern, die sich in städtischer und öffentlicher Obhut befanden. In der Ausgabe der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" vom 31. Januar wurde über einen ähnlichen Fall berichtet. Damals war die zehnjährige Tochter der Witwe Mittelbach aus L.-Lindenau — Mutter von vier Kindern, im Alter von 6 bis 13 Jahren —unter der Höhensonne verbrannt. Als unförmiges Bündel in Watte und Mullbinden verpackt, zeigte man damals der bestürzten Proletariermutter ihr todkrankes Kind, das durch eine Kanüle ernährt werden mußte und wenige Tage später verstarb. Dieser Fall von Verbrennung hatte sich bekanntlich in der Kinder-Lungenheilstätte Chemnitz-Auenwalde abgespielt, in das die Tochter der Frau Mittelbach durch die Leipziger Fürsorge eingeliefert worden war.

Im heutigen, wie in jenem Fall handelt es sich um Proletarierkinder, die durch große Vernachlässigung dauernd körperlich geschädigt oder gar getötet wurden.

Der Arzt, dem das Kind der Familie K. vorgelegt wurde und das oben veröffentlichte Zeugnis ausstellte, war über den Zustand des Kindes derart entsetzt, daß er eine genaue Untersuchung des Falles im öffentlichen Interesse für geboten hält.

Die Kommunistische Partei fordert durch ihre Stadtverordnetenfraktion eine strenge und gewissenhafte Untersuchung dieses Falles, ferner der Zustände in der Pflegeanstalt im allgemeinen und eine strenge Bestrafung der für die Verbrennung des Kindes verantwortlichen Stellen und Personen. Falls die verantwortlichen Stellen untergeordnete Personen, Pflegepersonal verantwortlich machen, gilt es zunächst festzustellen, unter welchen Umständen diese arbeiten müssen und ob sie nicht infolge Personalmangels überlastet sind.

Die Kommunistische Partei fordert vor allem Aufhebung der „besonderen Fürsorge", die über die Bewohner der städtischen Obdachlosenbaracken verfügt ist, und verlangt eine gewissenhafte ärztliche Betreuung derselben durch Ärzte nach freier Wahl. Selbstverständlich muß die Stadt für alle entstehenden Kosten zur Wiederherstellung des verbrannten Kindes voll aufkommen und auch ein entsprechendes Schmerzensgeld bzw. eine Abfindungssumme für entstandene dauernde Berufstaltung des Kindes zahlen. Die Kommunistische Partei behält sich weitere Maßnahmen vor, um ähnliche Zustände von Vernachlässigung und Gefährdung von Proletariern und Proletarierkindern zu verhindern.

Genossen, organisiert den Vertrieb der

MAI-ZEITUNG

in Eurem Häuserblock, Eurem Betrieb!

Sammelt für den Kampffonds der Partei!

Heraus zur Reichskonferenz

der Opposition des Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bundes „Solidarität"

Die Bundesleitung des Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbundes „Solidarität" betreibt dieselbe Politik der Verbürgerlichung und der Liquidierung des Klassenkampfes, wie die Vorstände des ADGB., ADAV. usw. Die politische Verkommenheit dieser „Arbeiterführer" ist sogar schon soweit gegangen, daß sie gemeinsame Sache mit den Industriekapitänen machen.

Die klassenbewußte Opposition wird mit allen Mitteln terrorisiert und aus dem Bund ausgeschlossen.

Die Opposition von „Soli" hat die ungeheure Aufgabe, innerhalb und außerhalb des Bundes alle proletarischen Radfahrer zu mobilisieren, um nach wie vor würdig den Namen „Rote Kavallerie" zu tragen. Nehmt Stellung auf allen Ortsgruppen-, Bezirks- und Gaukonferenzen und wählt Delegierte.

Die vom 19. bis 20. April stattfindende Reichskonferenz der „Soli"-Opposition

in Leipzig wird die Grundlage zu der Organisierung des aktiven Widerstandes gegen die verbrecherische Spaltungspolitik der Bonzen und für die Forderung der roten Sportenheit auch bei uns Radfahrern werden.

Insbesondere soll auch das zu Pfingsten in Erfurt stattfindende Reichstreffen der roten Sportler aller Sparten besprochen werden.

An diesem roten Treffen müssen sich Tausende von roten Radlern beteiligen.

„Soli"-Genossen, an die Arbeit! Heraus zur Osterkonferenz!

Da diese gleichzeitig mit dem Reichsjugendtag des KJVD. stattfindet, ist es Ehrenpflicht jedes klassenbewußten Arbeiterradfahrers, zu Ostern nach Leipzig zu starten und sich an unserer Reichskonferenz wie auch am Reichsjugendtag des KJVD. zu beteiligen. Benutzt die letzten Tage noch zur Werbung von Teilnehmern an dieser Fahrt!

Meldungen und Quartieranforderungen sind an die Reichsleitung der IG., Berlin C 25, Landsberger Str. 82, Sparte Rad- und Motorradfahrer, zu richten.

Stendal. Die Liebestragödie — Der Bräutigam gestorben. Wie gemeldet, hatte der Gerichtsangestellte Spetling vor einigen Tagen seine Braut, Fräulein Schütte aus Schönfeld, durch Brustschüsse verletzt und sich selbst einen Schuß in die Schläfe beigebracht. Spetling ist inzwischen im Johanniter-Krankenhaus an seiner Verwundung gestorben. Im Befinden Fräulein Schüttes ist eine Besserung eingetreten.

Nazi-Provokation auch in Freyburg

In einer SPD.-Versammlung in Freyburg bei Naumburg, in der ein Doktor Schwerin er aus Berlin den Arbeitern vortäuschte, daß die SPD. einen entschiedenen Kampf gegen die Nazis führe, kam es zu schweren Zusammenstößen, da dem Nazi-Mann Hinkler das Wort nicht erteilt wurde. Als Hinkler von vier Landjägern aus dem Saale gebracht werden sollte, fielen die Nazis mit Stöcken und Biergläsern über die Beamten her. Zwei Reichsbannerleute, die den Landjägern halfen, wurden schwer verletzt. Das Reichsbanner, das aus Naumburg gekommen war, um die Versammlung zu schützen, ließ sich auf seinem Rückmarsch von einer inzwischen herbeigerufenen Schupoabteilung selbst beschützen.

*

Das „Volksblatt", das über die Vorfälle in Freyburg berichtete, bringt es fertig, auf derselben Seite die Kommunisten in der unflätigsten Weise zu beschimpfen, weil sie in der Nazi-Versammlung in Können den Hitler-Banditen entgegengetreten sind. Das ist auch ein Zeichen dafür, wie der „Kampf" der SPD. gegen die Nationalsozialisten aussieht.

Aschersleben. Umleitung des Kraftpostverkehrs wegen schlechter Provinzialstraße. Vom 15. April an wird die Kraftpostlinie Aschersleben—Hettstedt über Welbsleben umgeleitet, da die Provinzialstraße in derart schlechtem Zustand ist, daß sie längere Zeit aus dem Kraftpostverkehr herausgenommen werden muß.

*

Bad Harzburg. Das war etwas für den Eislebener Obermimer Klaus! Durch den Weggang des Kurdirektors Michelsen in ein anderes Unternehmen ist die Stelle des Kurdirektors des Bades freigeworden. Die Stadt will die Stelle ausschreiben, obwohl die Kurverwaltung nicht länger städtisch bleiben, sondern in eine „Kurbetriebsgesellschaft" übergeführt werden soll, an der Stadt, Staat und die Harzburger Aktiengesellschaft beteiligt sind. — Das Bad muß eben unbedingt für „Schwerstarbeiter" erhalten bleiben.

Walkenried. Ein Kind tödlich verbrüht. Das dreijährige Töchterchen der Familie Stadtmann von hier machte sich an einem Gefäß mit heißem Wasser zu schaffen. Dabei zog es sich schwere Verbrühungen zu, denen es im Krankenhaus erlag.

Bauarbeiter, Freunde der Sowjetunion, Rundfunkhörer!

Am 16. April, 18.45 Uhr (nach mitteleuropäischer Zeit) wird eine Sonderübertragung von der Funkstation des Zentralrates der Gewerkschaften der SU. (Welle 938 Meter) stattfinden. Am Mikrophon: ausländische Bauarbeiter, die in Moskau arbeiten. Es werden Bauarbeiter aus Deutschland, Norwegen, Dänemark, Österreich, England, Island, Australien, aus den Vereinigten Staaten, Polen, Belgien, Spanien und Irland sprechen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300415-10/fragment/page=0009

KPD. lehnt den Hungeretat ab

Die Deutschnationalen und Sozialfaschisten stimmen im Wittenberger Kreistag dem Hungeretat zu

A.-K. Der Kreistag des Landkreises Wittenberg stand im Zeichen des Young-Planes und des damit verbundenen, von Hilferding in Szene gesetzten und von Waldenhauer übernommenen Spartmanövers, das den Proletariat in Ar und Halm, Schlot und Kohle ungeheure Steuererleichterungen, dem Proletariat aber grenzenloses Elend bringt. Eingangs der Sitzung ward den Sozialfaschisten großes Heil widerfahren. Der Reichsbannergeneral Keilholz, der den SPDisten in den Augenblicken „großer Entscheidungen" sehr unangenehm dadurch wurde, daß er dem „hungerleidenden Agrarblock" seine Stimme gab, legte in seiner Eigenschaft als Kreisausschußmitglied sein Mandat nieder. Somit ist der Kreistag um ein Amüsement ärmer geworden. An Stelle Keilholzs hielt Hauptlehrer Friedrich, Bergwitz, unter einem Dutzend artiger Spießerbüchlinge seinen Einzug in den Kreistag. Nach längeren Ausführungen des Landrats über die Schaffung einer Gebührenordnung für den Gebrauch der angeschafften Kleinmotorspritzen schritt man zur Beratung des Haushalts, besser gesagt: des Haushaltplanes. Es wäre Zeit- und Papierverschwendung wollte man dieses Monstrum von Haushaltsplan bis in alle Einzelheiten behandeln. Typisch für die reaktionäre Struktur des Wittenberger Kreiskohlidampfetats ist, daß „Iwan der Schreckliche" samt seiner Meute nichts daran auszusetzen hatte. Die Wünsche seiner Kohlrübenaristokratie sind im Haushaltsplan voll berücksichtigt. Die Anträge der KPD.-Fraktion, den Titel Gemeindewegebau (Umbau), der im Etat mit 115 000 Mark eingesetzt ist, auf 400 000 Mark zu erhöhen, die gesamte Summe den Gemeinden bei einer Zinsverbilligung um 4 Prozent zum Wegebau zur Verfügung zu stellen, um somit der großen Erwerbslosigkeit wirksam entgegenzutreten, den Abschnitt

Wohnungsbau, für den nur 175 000 Mark vorgesehen sind, um 500 000 Mark auf 675 000 Mark zu erhöhen und den Kleinwohnungsbauenden unter einer Zinsverbilligung um 4 Prozent auf 10 Jahre zur Verfügung zu stellen, um der Wohnungsnot und dem Erwerbslosenelend abbruch zu tun, wurden mit den Stimmen der Bürgerlichen und Sozialfaschisten abgelehnt.

Während der Debatte über einen SPD.-Antrag, der aus Agitationsgründen schon in der vorhergehenden Sitzung zur Beratung stand, zerbrechen sich Bürgerliche und Sozialfaschisten fast die Köpfe, wie die deutsche Wirtschaft wieder angekurbelt werden könnte. Während „Iwan der Schreckliche" an keine Besserung der Wirtschaftslage glauben wollte (bei Iwan dämmert's),

kündigte Sozialfaschist Kuntze für das kommende Jahr die Beseitigung der Erwerbslosennot an.

Kuntze scheint sich faschisieren zu wollen, jedenfalls hofft er von der neuen Faschistenregierung sehr viel.

Die KPD.-Fraktion brachte, nachdem die ersten Anträge der Ablehnung verfielen, einen Antrag auf

Erhöhung des für die Sozialrentner eingesetzten Betrages um 20 000 Mark

ein, der ebenfalls abgelehnt wurde. Der Landrat machte den Vorschlag, die von den Kommunisten für die Sozialrenter geforderten 20 000 Mark für den ganzen Abschnitt (Fürsorge im Rahmen der Reichsfürsorgeverordnung) zu bewilligen, was denn auch einstimmig geschah. Die Kommunisten stimmten dem Vorschlag des Landrats nach längerer Debatte zu, um den Opfern der Hungerkoalition nicht noch das letzte zu nehmen. Ein weiterer Antrag der Kommunisten, die zur Förderung der Jugendpflege in Aussicht gestellten ganzen 4400 Mark auf 10 000 Mark zu erhöhen, wurde ebenfalls abgelehnt. Dafür kommen die Anträge der SPD. und Bürgerlichen, für die Jugendpflege statt 4400 Mark 7400 Mark einzusetzen, zur Annahme. Die KPD.-Fraktion forderte weiter,

für die Bekämpfung der Tuberkulose

statt 3000 Mark 10 000 Mark, für den Aufenthalt von Kindern in Heilstätten statt 15 000 Mark 25 000 Mark einzusetzen. Während ersterer Antrag abgelehnt wurde, wurde **letzterer angenommen.**

Die KPD.-Fraktion stellte weiter den Antrag auf generelle Festsetzung der Jagdscheine auf 30 Prozent des Pachtpreises, was eine dreifache Erhöhung des Jagdsteuerkommens für den Kreis bedeutet. Die Agrarböckler, die sich dauernd ob der miserablen Finanzverhältnisse des Kreises beklagten, lehnten diesen Antrag, der ein Mehreinkommen von 36 000 Mark für den Kreis bedeutet, ab. Wir wundern uns darüber nicht, denn die vollgefressenen Krautjunker wünschen, daß man ihnen die Jagdgründe möglichst für ein Dubedsel überläßt. Besonders erwähnenswert ist, daß die Sozialfaschisten in geschlossener Front mit dem „Kohlrübenblock" die Streichungsanträge der Kommunisten für die im Etat eingesetzten Mittel für die Luther-Halle, das Germanische Museum in Nürnberg, für den Thüringisch-Sächsischen Verein zur Erforschung des vaterländischen Altertums ablehnten. Damit haben die kleinen Jörgiebels wieder einmal bewiesen, daß sie den Nationalfaschisten in der Verehrung der von der „Republik" übernommenen vaterländischen Klimbimvereine in Gottesfurcht und Koalitionsbreifressen nicht nachstehen.

Die Kommunisten haben bei der Beratung des Aushungerungsplans zu allen Titeln klare bolschewistische Stellung eingenommen. Sie haben den kleinen, wie den großen Proletenschindern unverblümt gesagt, daß die Zukunft der Arbeiterschaft nicht im Parlament, sondern auf der Straße liegt.

Nur die proletarische Revolution zerreißt den Young-Plan, zerschlägt das faule kapitalistische Wirtschaftssystem, bringt den Proletariermassen eine bessere Zukunft.

Die Faschisten aller Schattierungen haben nichts dagegen einzuwenden, wenn aus Anlaß irgendeines Besuches hoher und höchster Arbeitermörder parlamentarische Saus- und Fressgelage (wie beispielsweise solche kürzlich in Wittenberg veranstaltet wurden) auf Kosten der breiten Masse abgehalten werden. Handelt es sich aber darum, den Profitopfern zu helfen, dann heucheln sie Mitleid und haben „leider" kein Geld. Die Kommunisten im Wittenberger Kreistag sind die einzigen wahren Vertreter der werktätigen Volksschichten des Landkreises Wittenberg. Sie lassen sich auch durch Wortentziehungen und Ausschlußdrohungen (Genossen List wollte man aus dem Sitzungssaal werfen) von ihrer Pflicht nicht abhalten.

Die KPD.-Fraktion lehnte den Hungeretat, der eine Einnahme und Ausgabe von 1 253 200 Mark vorsieht, ab. Im Namen der Sozialfaschisten erklärte Seidel, daß die SPD. dem Etat „trotz schwerer Bedenken" als verantwortungsvolle Partei" zustimme. Jawohl, Ihr Fälscher des Marxismus, Ihr seid Euch Eurer vom Kapital übernommenen Verantwortung, die Ihr für die Zerschlagung der Arbeiterbewegung tragt, voll und ganz bewußt. Die Arbeiter werden Euch aber eines anderen belehren und sich der Kommunistischen Partei anschließen, die Euch samt der ganzen Faschistenblase in absehbarer Zeit das Laufen lernen wird.

Am 1. Mai erteilt die Arbeiterschaft des Stadt- und Landkreises Wittenberg allen Arbeiterseinden die Quittung auf ihren Verrat, indem sie geschlossen hinter der Fahne Marxs und Lenins unter Führung der KPD. für die Diktatur des Proletariats, für den Schutz der Sowjetunion demonstriert.

Nachbestellungen auf die Mai-Zeitung

müssen sofort aufgegeben werden! Ortsgruppen und Zellen, die nicht alle bestellten Maizeitungen umsetzen können, müssen dieselben sofort zurücksenden. Ab Sonnabend, den 19. April, werden keine Rücksendungen mehr angenommen.

Volksbuchhandlung Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

SPD. Werkzeug der Reaktion in Dehles-Schlechtewitz

Ein Schildbürgerstück leisteten sich die Sozialfaschisten in dem Dörfchen Dehles-Schlechtewitz. Der Anlaß dazu sollte die Wahl zum Gemeindeparlament sein. Der frühere Gemeindevorsteher Schneider (SPD.) sollte von seinen Genossen in den „Ruhestand" versetzt werden. Unter Vorspiegelung verschiedener Verleumdungen wollte man einen andern SPD.-Genossen „an die Futtertrippe bringen". Der Gemeindevorsteher erkannte aber dieses falsche Spiel und trat aus der SPD. aus. Die Wahlen rückten heran, und nun wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt, doch nun ihrem „starken Mann" in den Sattel zu helfen. Aber eins war doch in ihre vermoderten sozialdemokratischen Knochen gefahren: die Aufstellung einer vierten Liste des aus der SPD. ausgeschiedenen Gemeindevorstehers Schneider. Er nannte seine Liste „Arbeiterliste". Dies wurde den Faschisten zum Verhängnis. Sie schlugen Zeder und Mordio. Die Wahl fiel zugunsten Schneiders aus. Die erste Gemeindevertretersitzung nach der Wahl brachte nun auch noch das Ergebnis, daß Schneider wieder zum Gemeindevorsteher gewählt wurde. Nun begann der Feldzug mit einer wüsten Hetze und allen schmierigen Verleumdungen gegen Schneider. Der erste Beweis dafür wurde erbracht, indem sich der Landwirt W. Schmidt die Dreistigkeit erlaubte, mit Hilfe der SPD. einen Brief mit «eigenhändiger Unterschrift an das Landratsamt Merseburg zu schreiben und

die Nichtbestätigung des Gemeindevorstehers Schneider zu fordern!

Als Gründe wurden angeführt: Vergehen durch Unterschlagung, Schädigungen der Gemeinde usw., was aber von unbeteiligten Gemeindevertreter Genossen Matuschek scharf in Abrede gestellt wurde. Der „Herr" Landwirt Schmidt plagt sich nun schon ein Jahrhundert mit dem Gedanken herum, den Vorsteher zu stürzen, was ihm bis jetzt noch nicht gelungen ist. Das Schanddokument des Herrn Schmidt brachte die Nichtbestätigung. Auf Grund dieser Nichtbestätigung wurde Montag eine Gemeindevertretersitzung anberaumt, um Klarheit zu schaffen und das Rätsel zu lösen. Die Sitzung nahm gleich von Beginn einen stürmischen Verlauf. Hier konnte man die verräterische Tätigkeit dieser sozialfaschistischen Feigslinge sehen, mit welchen Mitteln Schikanen gegen den Vorsteher Schneider gelämpft wurde. Es gehen über Leichen, wenn es gegen Arbeiter geht, und ihm den Beschwerdeweg abgeschnitten, um es zu einer Entlastung zu lassen. So verfährt dieses Gesichter durch Verhaftung mit den Bürgerlichen gegen Arbeiter, wie Schneider, der ihr Parteigenosse war. Eine große Schurkerei diese Halsabschneider begangen, die nichts anderes verdient als in der Oeffentlichkeit angeprangert zu werden. Die sozialfaschistischen Kettenhunden muß das Heft aus der Klauen werden, denn üben sie erst ihre Macht aus, dann wehe der tätige Einwohner. Dann sind wir des sozialdemokratischen „Dankes" gewiß. Aber soweit darf es nicht kommen.

Darum ist es Pflicht eines jeden Wählers, die Gemeindevertretersitzungen zu besuchen. Helft mit an der Entlarvung dieser sozialfaschistischen Henkersknechte des Kapitals.

Klare Front in Jessen

A.-K. Die von der KPD.-Ortsgruppe einberufene Versammlung war von 80 Einwohnern besucht. Die Versammlung zu Beginn der Woche hatte allerdings besseren Zuspruch zuweisen, aber nur von Geschäftsleuten, Offizieren u. ähnlichen stigem Bürgertum. Bei uns waren Arbeiter aus den Betrieben von der Straße.

Einleitend sprach unser Stadtverordneter Genosse Kettner über die Wohnungsfrage in Jessen und wies vor allem darauf hin, die Hauszinssteuermittel zu anderen Zwecken als zum Ausbau verwendet werden. Als zweiter Redner stellte der Landtagsabgeordnete und der UVV. Torgau die Wohnungsfrage in ganzen Zusammenhänge der Young-Plan-Politik hinein und wies besonders scharf mit der SPD-Politik ab, was durch Zwischenrufe von anwesenden SPD.-Leuten eintrug.

In der Diskussion meldete sich ein altes SPD.-Mitglied, Genosse Busch, zum Wort und stellte fest, daß das Referat der Genossin Holzweißig eine einzige Hetze gegen die SPD. gewesen sei. Man hätte die SPD. in Jessen ganz friedlich mit den Kommunisten zusammengearbeitet, aber jetzt müsse er einen scharfen Trennungsstrich ziehen.

Mit dieser Feststellung war der Hauptzweck der Versammlung erreicht. Sie sollte in erster Linie dazu dienen, unsere Politik gegenüber der SPD. zu klären und **der Harmoniepolitik der Sozialfaschisten parlament ein Ende zu machen.** Der Erfolg der klaren Frontansetzungen waren 6 Neuaufnahmen für die Partei. Neuaufnahmen sind Beweis dafür, daß die Ortsgruppe auf richtigen Wege ist. D. Red.)

Rote Arbeiter-Esperantisten in Essen

Vom 18. bis 21. April tagt in Essen der 8. Bundestag der Arbeiter-Esperantisten für das deutsche Sprachgebiet. Der Tagung findet im Kruppsaal des Städtischen Saalbaues Essen. Die arbeitsreiche und hoffentlich auch erfolgreiche Tagung der proletarischen Esperantisten wird ihren Anfang nehmen. Die Punkt Anträge es einen viel wichtigeren Kampf führen. Wir hoffen, daß der 8. Bundestag überall in der Arbeiterschaft Widerhall finden wird und die Esperanto-Bewegung einen Schritt vorwärts bringt.

Mansfelder Kreise

Eine öffentliche Anfrage an den Kreisausschuß des Mansfelder Seekreises

A.-K. Ist dem Kreisausschuß bekannt, daß der in der Hettstedter Flur gelegene Kreisweinberg eine Erholungsstätte für Ausschußmitglieder und „Volksblatt"leser ist?

Ist dieser Weinberg für den Kreis übe[illegible]

Wie hoch sind die Einnahmen und Ausgaben?

Die Steuerzahler des Mansfelder Seekreises [illegible] ein großes Interesse an diesen Dingen! Mit der Futterkrippenpolitik der SPD. muß nun endlich einmal Schluß gemacht werden. Oder hat der „Obergenosse" Jahn (SPD.), Amsdorf, als Kreisausschußmitglied eine besonderes Vorrecht an diesem Weinberg?

Städtische öffentliche Haushaltungsschule in Eisleben

Auf Beschluß der städtischen Körperschaften vom 3. April 1930 wird in Eisleben eine öffentliche Haushaltungsschule auf der Grundlage der Bestimmungen des Ministers für Handel und Gewerbe vom 17. April 1924 errichtet.

Die Haushaltungsschule soll die weiblichen Jugendlichen für die Aufgaben der Hausfrau und Mutter vorbereiten und soll sie zu arbeitsfreudigen, charakterstarken und geistig regsamen Mitgliedern des Volkes erziehen, die sich ihrer Verantwortung gegenüber der engeren und weiteren Gemeinschaft bewußt sind. Die neuzuerrichtende Schule übernimmt damit die Aufgaben der bisherigen, dem Lyzeum angeschlossenen Frauenschule.

Eine bestimmte Schulbildung wird bei der Aufnahme nicht gefordert. Bei ausreichender Schülerinnenzahl ist die Einrichtung von Sonderklassen für Besucherinnen mit gleicher Schulbildung vorgesehen. Die Dauer des Lehrganges beträgt ein Jahr, also 40 Unterrichtswochen bei wöchentlich 30 Stunden. Für die Verteilung der Ferien sind im allgemeinen die Vorschriften für die am Orte befindlichen Schulen maßgebend.

Der Unterricht umfaßt folgende Fächer: Lebens- und Berufskunde, Bürgerkunde, Haushaltungskunde, Deutsch, Kochen in Verbindung mit Nahrungsmittellehre und hauswirtschaftlicher Buchführung, Hausarbeit, Waschen und Plätten, Wäschenähen, Schneidern und sonstige Hausarbeiten, Gesundheitslehre, Säuglings-, Kinder- und Krankenpflege, Erziehungslehre, Kindergartenunterweisung, Einführung in die soziale Arbeit, Turnen und Singspiel.

Der erfolgreiche Besuch befreit vom Besuch der hauswirtschaftlichen Berufsschule und gilt als sachliche Berufsschulung im Sinne der Vorschriften über die staatliche Prüfung von Haushalts- und Wohlfahrtspflegerinnen. Das Schulgeld beträgt einschließlich Kochgeld monatlich 14 Mark. Anmeldungen werden bis zum 1. Mai täglich im Büro der Berufsschule Eisleben, Andreaskirchplatz 10, entgegengenommen. Dort werden weitere Auskünfte bereitwilligst erteilt.

Ausgesteuerter darf in Artern keine Erwerbslosenanträge stellen

In einer Stadtverordnetensitzung in Artern lagen Anträge der Erwerbslosen vor, die vom Erwerbslosenrat gestellt und unterschrieben waren. Der Sozialfaschist Hoffmann bemängelte die Unterschriften und nannte dabei besonders die des Genossen Arlt, den die SPD.-Leute besonders gefressen haben. Der H. redete so lange an den Dingen herum, Genosse Arlt sei ausgesteuert und sei überhaupt kein Erwerbsloser usw., bis sich dann auch die anderen Bürgerlichen allmählich besonnen hatten und den traurigen Mut fanden, den Erwerbslosen-Anträgen ein Begräbnis erster Klasse zu geben, sie in die Dunkelkammern verschwinden zu lassen, ohne selber Stellung zu nehmen. Das war der „Erfolg" der Sozialfaschisten!

Gerbstedt (Mansf. Seekreis). Ablehnung des Etats. In der Stadtverordnetensitzung vom 11. April wurde der Haushaltplan für 1930 nach langer Aussprache abgelehnt. Besonders erregt gestaltete sich die Aussprache über die Steuersätze. Die BWG. verlangte mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Notlage der Stadt bedeutende Streichungen, während die KPD. wiederum die Erhöhung des Wohlfahrtstitels von 6000 auf 10 000 Mk. verlangte.

Mussolinische Methoden des Gemeindevorstehers von Wolsen!

A.-K. Die Abstellung der bewilligten Unterstützungen an Erwerbslosen scheint dem Gemeindevorsteher noch nicht genügen. Etwas Neues: Kunert, der kommunistische Vertreter ist bis auf weiteres aus der Wohlfahrtsausschuß aus der Gemeindevertretung ausgeschlossen. Das Schreiben des Gemeindevorstehers besagt kurz folgendes: Er hat als Ausschußmitglied die Schweigepflicht nicht beachtet, er den Erwerbslosen genauen Bericht der Sitzungen gab, Frau Mertens (SPD.) ins rechte Licht stellte. Die Ausschließung wegen Verbrechens kann mit Verwarnung nicht bestraft werden, mit Ausschluß aus den Ausschußsitzungen und aus der Gemeindevertretung bis auf weiteres! (Wie lange, Herr Diktator?) Erwerbslosen werden die Maßregelung ihres Sprechens nicht ruhig hinnehmen, sondern werden beweisen, daß sie mit der Verfügung stehenden Mitteln versuchen werden, den Beschluß rückgängig zu machen. Recht eigenartig mutet es an, daß der Gemeindevorsteher die SPD.-Vertreterin Merten in Schutz nimmt. Ihr ist doch in keiner Weise als Person etwas geschehen. Wie lose, macht die Augen auf! Dieser Vorfall zeigt mehr, als Anschein hat. Der Gemeindevorsteher sucht Schutztruppen, um seine Diktaturgelüste hinter eine ihm zusagende Parlamentarität verbergen kann.

Erwerbslose! Das ist der erste Rückzug des Gemeindevorstehers auf Eure wuchtige Demonstration. Kämpft weiter für Eure Rechte! Ihr seid auf dem richtigen Wege!

Wolsen. Freidenker! Karfreitag, den 18. April, 8 Uhr, im Lokal Herse Mitgliederversammlung. Sehr wichtige Tagesordnung. Das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen unbedingt Pflicht.

Wittenberg. Mertens abgeurteilt. Der Arbeiter Mertens aus Wittenberg, der bei Pratau aus dem Zuge sprang, in den Wäldern bei Kemberg nach einem Kesseltreiben der Schutzpolizei wieder festgenommen wurde, ist jetzt wegen Beschädigung, Körperverletzung, Bedrohung und Besitz von Waffentragens zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Bitterfeld. Versuchter Selbstmord. In einem Hotel in Stadt Bitterfeld versuchte vergangene Nacht ein Hotelgast einem Terzerol zu erschießen. Die Verletzung war jedoch geringfügig. Die Gründe zu der Tat sind bisher unbekannt. Verletzte wurde in das Kreiskrankenhaus gebracht.

Bergwitz. Pferde gehen durch. — Der Gespannführer schwer verletzt. Am Bahnhof Bergwitz gingen Landwirt Priesch aus Selbitz die Pferde durch, weil Kiele von einem Mühlenwagen heruntergefallen war. Er geriet unter die Räder und blieb mit schweren Verletzungen liegen. Die Pferde rasten mit dem Wagen gegen einen Baum, der in Trümmer ging. Der achtjährige Sohn des Landwirts, der dem Gespann saß, kam mit dem Schrecken davon.

Stadtroda. Eine Mühle niedergebrannt. Die Mühle und Schneidemühle des Landwirts Arno Ranft in Dorf, die seit zehn Jahren nicht mehr im Betrieb war, mit Vorräte an Holz, Maschinen und Geräten barg, ist in kurzer Zeit vom Sonnabend bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Wohnhaus, dessen Giebel bereits angebrannt war, konnte gerettet worden. Der Schaden ist beträchtlich und nur zum Teil durch Versicherung gedeckt. Auch Geflügel fiel den Flammen zum Opfer. Brandstiftung kommt nicht in Frage.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300415-10/fragment/page=0010

SAJ. demonstriert gemeinsam mit der revolutionären Arbeiterschaft in Delitzsch

Auf die Vorgänge in der Versammlung der Nationalsozialisten, die wir gestern im „Klassenkampf" berichteten, antwortete die Delitzscher Arbeiterschaft unter Führung der Kommunistischen Partei mit

einer machtvollen Kundgebung gegen den Nationalfaschismus.

Trotz des andauernden Regens hatten sich um 7 Uhr ungefähr 400 Arbeiter und Arbeiterinnen am „Lindenhof" eingefunden, die in geschlossener Demonstration sich durch die Straßen der Stadt zum Marktplatz bewegten. Auf dem Marktplatz hatten sich mehrere Hunderte von Arbeitern und Arbeiterinnen eingefunden, so daß

die Kundgebung auf dem Marktplatz von ungefähr 1000 Menschen besucht war.

Als erster sprach auf dem Marktplatz der Vertreter der Kommunistischen Partei, Genosse Kunz, Halle. Er zeigte in kurzen, treffenden Worten die Rolle des Nationalfaschismus auf, sagte es auch ganz klar, besonders den anwesenden SAJ.-Mitgliedern,

daß die SPD. die Wegbereiterin des Nationalfaschismus ist.

Darauf sprach Baumgärtel, der glaubte, mit großen Phrasen gegen den Nationalfaschismus wettern zu können, der aber verschwiegen hat, daß

nur unter zielklarer Führung der Kommunistischen Partei es möglich ist, den Faschismus vernichtend zu schlagen.

Typisch für die Entwicklung eines Baumgärtel ist der Ausspruch: „Wir müssen eine Abwehrorganisation schaffen, die über den Parteien steht, in der keine politische Partei führend sein darf." (!) Ein dritter sprach dann der Vertreter der SAJ, der in seinen Ausführungen sehr scharf gegen die Polizeibrutalitäten des faschistischen Ueberfallkommandos wetterte, dabei aber vergaß, daß die Schutztruppe des deutschen Kapitalismus ist,

die von seinen Parteifreunden Severing, Zörgiebel und Grzesinski beschlägt und tagtäglich als der beste Schutz der Republik gepriesen wird.

Ein Delitzscher Arbeiter betonte gegenüber dem Renegaten Baumgärtel, daß

alle Arbeiter, Kommunisten, Sozialdemokraten, Parteilose, gemeinsam gegen den Faschismus kämpfen müssen, daß diese Einheitsfront aber nur von der Kommunistischen Partei geführt werden kann.

Der Arbeiter prangerte darauf noch die Delitzscher Polizei an, die am gestrigen Tage, als einige Nationalsozialisten stempeln mußten, aber Angst hatten, mit Arbeiterfäusten Bekanntschaft zu machen, für die Nationalsozialisten stempeln ging! Nach der Kundgebung auf dem Marktplatz formierte sich wiederum ein Demonstrationszug, der noch einmal durch die Straßen von Delitzsch marschierte, um der Delitzscher Bevölkerung, ganz besonders aber den Spießern, zu zeigen, daß

die Delitzscher Arbeiterschaft nicht gewillt ist, sich von den Nationalfaschisten terrorisieren zu lassen.

Revolutionäre Jungarbeiterbataillone marschieren Ostern 1930 in Leipzig auf!

Bis jetzt haben zur Teilnahme am Reichsjugendtag gemeldet die Unterbezirke:

Halle-Saalkreis	726 Teilnehmer
Mansfeld	113 Teilnehmer
Nordhausen-Sangerhausen	30 Teilnehmer
Bitterfeld	100 Teilnehmer
Wittenberg	120 Teilnehmer
Merseburg	220 Teilnehmer
Weißenfels	161 Teilnehmer
Schkeuditz	100 Teilnehmer
Eilenburg-Delitzsch	102 Teilnehmer
Torgau	50 Teilnehmer
Liebenwerda	50 Teilnehmer

Insgesamt 1772 Jungarbeiter aus dem Bezirk Halle-Merseburg werden ihre Kampfesentschlossenheit gegen die kapitalistische Ausbeutung, für ein Sowjet-Deutschland demonstrieren.

2000 waren das Ziel
2500 müssen es werden

Jungarbeiter, hast auch Du Dich schon gemeldet?

Für Massenstreik am 1. Mai!

(Eig. Drahtm.) Solingen, 15. April.

Der Gesamtbetriebsrat der städtischen Werke Groß-Solingen beschloß in einer Sitzung, am 1. Mai die völlige Arbeitsruhe in allen städtischen Betrieben durchzuführen. Die städtischen Arbeiter von Solingen werden sich geschlossen an der Kampfdemonstration der Kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition beteiligen.

*

Eine Konferenz aller roten Betriebsräte und der Kandidaten der roten Betriebsrätelisten von Groß-Hamburg beschloß einstimmig, in ihren Betrieben die Bildung von Maikomitees zu antworten: „Nein, der Reichstag wird wohl nicht auflösß." organisieren und die Belegschaften zum Massenstreik am 1. Mai zu mobilisieren.

Eine Bangewerksbundversammlung in Schwartau-Rensefeld bei Lübeck beschloß auf Antrag der revolutionären Gewerkschaftsopposition, am 1. Mai mit der KPD. zu demonstrieren. Ebenso beschloß eine Delegiertensitzung der Interessengemeinschaft zur Wiederherstellung der Einheit im Arbeitersport Groß-Hamburg einstimmig, geschlossen und in Bundeskleidung mit dem Proletariat und der KPD. zu demonstrieren.

500 Jungarbeiter vom Niederrhein zum Reichsjugendtag

Aus allen Teilen des Reiches kommen Meldungen von Massenbeteiligungen zum Reichsjugendtag Ostern 1930. Aus dem Bezirk Niederrhein haben sich bis jetzt über 500 Jungarbeiter gemeldet, hunderte sind schon zu Fuß nach Leipzig unterwegs, um am Kampftage der arbeitenden Jugend mit aufzumarschieren.

Der „echt jüdische" Oberstleutnant Ahlemann

Die Kasse im Verlag der „Deutschen Wochenschau" stimmt nicht

Von einem Familienkreis in Ludendorffs Tannenbergbund erfährt man durch ein vom „Schirmherrn" Ludendorff selbst herausgegebenes, als vertraulich bezeichnetes „Verordnungsblatt" vom 27. im Lenzing (März) 1930. In der Kasse des früheren Organs des Tannenbergbundes, „Deutsche Wochenschau", herrscht Ebbe. Das wird in dem Verordnungsblatt als Folge der schlechten Buch- und Kassenführung im Verlage des Unternehmens zurückgeführt.

„Solche Zustände," heißt es in einem in dem Verordnungsblatt zitierten Briefe eines Majors Budenbender vom 15. März 1929, „sind für ihn (Ludendorff) als Schirmherrn des Tannenbergbundes ... unmöglich. Außerdem wird ihm trotz seiner Mitarbeit, der geistigen Befruchtung und Mitarbeit seiner Frau und des Tannenbergbundes der ... fest begründete Einfluß ... nicht eingeräumt." Ludendorff habe schon seit Jahren auf eine geregelte Geschäftsführung gedrängt. Jetzt sehe er sich durch die Verhältnisse innerhalb des Verlages gezwungen, ab 1. Mai 1930 seine Mitarbeit an der „Deutschen Wochenschau" einzustellen und sie nicht mehr als amtliches Organ des Bundes anzusehen.

Diese Ausführungen in dem „Verordnungsblatt" des Herrn Ludendorff richten sich gegen den Oberstleutnant Ahlemann, einem vielgenannten Faschistenführer, der sich in einem öffentlichen Vortrag in Hof darüber beklagt haben soll, daß er und ein gewisser Weberstedt „wegen einer schlecht gedruckten Nummer der Wochenschau" von Ludendorff „mit einem Fußtritt hinausgeworfen" worden seien.

Der schwerste Vorwurf aber, den Ludendorff gegen Ahlemann erhebt, ist dieser:

„Herr Ahlemann hat versucht, meine und meiner Frau Ehre anzugreifen. Solche Versuche sind als echt jüdisch zu brandmarken."

*

So lächerlich der Froschmäusekrieg derer um Ludendorff auch anmuten mag — man hat öfter schon von ähnlichen Dingen gehört — er kann die Größe der Gefahr, die der Faschismus für die werktätige Bevölkerung Deutschlands bildet, nicht vermindern. Und wenn die Arbeiter auch über den ehemaligen Massenschlächter und jetzigen Spaßmacher Ludendorff einmal lachen, so werden sie den Kampf gegen die Knüppelgarden des deutschen und internationalen Kapitals, die Nazis, Stahlhelmer, Werwölfe, die jetzt die Durchführung des Young-Planes sichern sollen, noch viel entschlossener und viel schärfer führen müssen als bisher.

Wieder schießen Nazis auf Arbeiter

(Eig. Drahtm.) Berlin, 15. April.

Gestern drangen etwa 15 Nazis in ein Arbeiterlokal in der Willingstraße ein und veranstalteten einen Tumult. Als Polizei erschien, zogen sie sich vorläufig zurück. Als jedoch ein Arbeiter das Lokal verließ, schossen sie auf ihn und verletzten ihn am Knie. Ein Ueberfallkommando der Polizei verhaftete die Nazis und beschlagnahmten dabei verschiedene Waffen und Munition. Die Polizei wird diesen Banditen allerdings nicht viel anhaben. Die Arbeiter müssen die Abwehr des nationalsozialistischen Banditentums selbst organisieren.

Hamburger SPD.-Polizei verhaftet 455 Arbeiter

In Hamburg wurde am Freitag, dem 11. April, von der Polizei des Sozialfaschisten Schönfelder eine Versammlung des Kampfkomitees gegen das NSDAP.-Verbot und zu gleicher Zeit eine sozialfaschistische Jugendkundgebung aufgelöst. Die Polizei erschien mit einem Ueberfallkommando in den Versammlungen und verhaftete die Versammlungsteilnehmer. Auf Lastautos wurden sie nach dem Stadthaus transportiert, wo sie mehrere Stunden festgehalten wurden. Bei dem Abtransport der Verhafteten kam es zu Solidaritätskundgebungen der Arbeiter.

„Volksblatt" und „Volksbote" „ehren" Lenin

Die SPD.-Presse unseres Bezirks feiert 12 Tage zu früh Lenins 60. Geburtstag, weil der 10. April Lenins Geburtstag nach dem alten Stil ist, der auf den 22. April des neuen Stils fällt, des Kalenders, nach dem wir und seit 1918 auch Sowjet-Rußland rechnen.

Der „Volksbote" brachte am Sonnabend einen Auszug aus dem Lenin-Buche von Valerio Marcu, einem bürgerlichen Schriftsteller, im Anschluß daran ein paar „Witze" und außerdem noch einen Artikel: „Lenin. Zum 60. Geburtstage eines großen Führers". Die Ueberschrift steht sehr im Widerspruch zu dem Artikel, dem man anmerkt, daß er stark zusammengestrichen ist. Denselben Artikel, aber ohne die Streichungen, bringt das „Volksblatt" vom Montag mit dem Unterschied, daß es in der Ueberschrift heißt: „Zum 60. Geburtstag von Wladimir Iljitsch Uljanow".

Der Artikel ist eine einzige Beschimpfung des großen Mannes, dessen Denken und dessen heiße Liebe sein Leben lang den Unterdrückten der ganzen Welt gehörten, der das russische Proletariat zum Siege geführt und damit den Unterdrückten der ganzen Welt den Weg zu ihrer Befreiung gebahnt hat. Millionen von Unterdrückten in allen Ländern der Welt gehören seiner Partei, der Kommunistischen Internationale, an oder haben sich ihrer Führung anvertraut. Hunderte von Millionen ehren sein Andenken in heißer Liebe. Das „Volksblatt" aber hat für ihn nichts anderes als die widerwärtigsten Beschimpfungen, der „Volksbote" für ihn nichts anderes als ein paar blöde Witze.

Es ist unmöglich, auf den Inhalt der Schimpfartikel der sozialdemokratischen Presse einzugehen.

Die übliche Verleumdung

Durch die bürgerliche Presse geht die Meldung, daß am Sonnabend acht Kommunisten bei der Abstimmung gefehlt hätten, weil sie im Falle der Auflösung verhaftet würden. Das ist wieder die übliche Verleumdung, denn alle Genossen, bei denen die Immunität aufgehoben war und die zum Teil hohe Strafen zu erwarten haben, waren anwesend, obgleich die Zörgiebel-Schergen ihnen ständig auf der Spur waren. Die Namen dieser Genossen, die an der entscheidenden namentlichen Abstimmung im Reichstagsplenum anwesend waren, sind Remmele, Schneller, Ulbricht, Kippenberger, Wienele und Strötzel.

Die SPD. fürchtet Neuwahlen

Um die Brüning-Regierung zu stützen, sind im Reichstag 15 SPD.-Abgeordnete der Abstimmung über das von der SPD. selbst gestellte Mißtrauensvotum unentschuldigt ferngeblieben.

In der sozialdemokratischen Duisburger „Volksstimme" vom 9. April wird nun für die Haltung der 15 folgender Grund angegeben:

„Sie glaubten es nicht verantworten zu können, im jetzigen Zeitpunkt einen Reichstagswahlkampf heraufzubeschwören, der nach der ganzen Sachlage unter dem Ausnahmezustand des Artikels 48 der Reichsverfassung hätte durchgeführt werden müssen."

Also neben der Bündnispolitik mit Brüning war es die Angst vor dem Wahlkampf, die die SPD. zur Abkommandierung der betreffenden Abgeordneten veranlaßte. Die SPD. fürchtet die Abrechnung der Arbeiterschaft.

SPD. gegen Besitzsteuererhöhung

In der Sitzung des Steuerausschusses des Reichstages am Mittwoch ist über den kommunistischen Antrag, der die Beseitigung einer Reihe von Massensteuern, wie der Umsatzsteuer, der Biersteuer, der Tabaksteuer und der Zuckersteuer, eine Herabsetzung der Einkommensteuer für die niedrigen Einkommen vorsah und außerdem die Erhöhung von Besitzsteuern forderte, abgestimmt worden.

Die Sozialdemokraten haben gemeinsam mit den Deutschnationalen und den anderen bürgerlichen Parteien die kommunistischen Anträge abgelehnt.

Für den bolschewistischen Zweifrontenkampf

Das Sekretariat der Bezirksleitung Baden nahm eine Entschließung an, in der es sich mit dem Beschluß des ZK. vom 1. April und des Pol-Büros des ZK. der KPD. vom 5. April über die Notwendigkeit eines innerparteilichen Kampfes gegen den rechten und „linken" Opportunismus solidarisiert.

Eine ähnliche Entschließung faßte das Sekretariat der UBL. Leipzig des KJVD.

Der rote Vormarsch in den Betrieben

Eine bürgerliche Stimme zu den Betriebsratswahlen

„Der Deutsche", das Organ der christlichen Gewerkschaften, bringt in seiner Nummer vom 11. April eine zusammenfassende Betrachtung über die bisherigen Betriebsrätewahlen, der wir folgendes entnehmen:

„Die Aktivität, die die Kommunisten in den letzten Monaten zur Eroberung der deutschen Arbeiterschaft entfaltet haben, hat ein Anwachsen der kommunistischen Bewegung zur Folge gehabt. So haben sich die Anhänger der kommunistischen Bewegung in letzter Zeit stark vermehrt. Das lehren auch die Betriebsratswahlen in allen Teilen des Reiches. Während bei den freien Gewerkschaften die Stimmenzahl bedeutend zurückging, konnten die Kommunisten ihre Stimmen um rund 75 Prozent steigern.

Begünstigt wurde die kommunistische Aktivität durch die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse. Die große wirtschaftliche Not haben die Kommunisten für ihre Zwecke gut auszunutzen verstanden. Mit allen Mitteln haben sie das große Heer der Erwerbslosen zu radikalisieren versucht.

Hinzu kommt, daß in den Betrieben eine große Unzufriedenheit der sozialdemokratischen Arbeiter gegen ihre eigene Führung herrscht. Die sozialdemokratischen Arbeiter sehen immer deutlicher die Unzulänglichkeit der Sozialdemokratie. Wenn jemals eine Partei nicht das gehalten hat, was sie versprach, so ist es die sozialdemokratische. Von all den Versprechungen, die sie der Arbeiterschaft gemacht hatte, sind nur wenige (Welche? D. Red.) während der Regierungszeit der Sozialdemokratie erfüllt worden. Sozialpolitische Rückschläge haben sie nicht einmal zu verhindern gewußt. Die Kommunisten haben die Mißstimmung der sozialdemokratischen Arbeiter geschickt benutzt, um einen Einfluß auf sie zu gewinnen. **Daß es gelungen ist, beweisen eben die Betriebsrätewahlen."**

„Der Deutsche" ist also gezwungen, die ungeheure Empörung der Arbeiterschaft über die Ergebnisse der Koalitionsregierung mitzuteilen und den Vormarsch der Gewerkschaftsopposition einzugestehen.

Die Tatsachen sprechen eine zwingende Sprache, so daß auch die verbittertsten Gegner des Kommunismus die Oppositionserfolge zugeben müssen. Die SPD.-Leitungen insgesamt aber — und daher auch in unserem Bezirk der „linke" „Volksbote" und das rechte „Volksblatt" — machen den lächerlichen Versuch, die Erfolge der revolutionären Opposition in Niederlagen umzulügen!

Rote Betriebsräte bei Reemtsma

Bei der Betriebsrätewahl in der Zigarettenfabrik Reemtsma-Hamburg, bisher eine sozialdemokratische Hochburg, erhielt die rote Liste 638 Stimmen und 4 Betriebsratssitze, die Reformisten 944 Stimmen und 6 Sitze. Alle Bemühungen der Bonzen des Tabakarbeiter-Verbandes, die roten Kandidaten durch Ausschlußandrohungen zum Rücktritt von der Liste zu veranlassen, waren gescheitert. Durch die Wahl ist die reformistische Alleinherrschaft im Betriebsrat beseitigt und für die revolutionäre Tätigkeit im Betrieb eine Bresche geschlagen.

Weitere Wahlergebnisse aus den Berliner Metallbetrieben

Daimler-Marienfelde

Zum erstenmal ging hier die Opposition mit einer eigenen Liste vor und erreichte die Mehrheit aller abgegebenen Stimmen:

Opposition	103 Stimmen
Reformisten	96 Stimmen

Prometheus-Reinickendorf

Auch hier wurde in diesem Jahre zum erstenmal eine rote Liste aufgestellt. Die 155 abgegebenen Stimmen verteilen sich:

Rote Liste	93 Stimmen
Reformisten	62 Stimmen

NAG.-Oberschöneweide

Bei der Betriebsratswahl 1929 war in der NAG. nur eine Gewerkschaftsliste aufgestellt. 7 Oppositionelle und 3 SPD. wurden auf dieser Liste gewählt. Inzwischen sind 6 von den 7 oppositionellen Betriebsräten aus der KPD. ausgeschlossen worden. Im Betriebsrat saß nunmehr ein Oppositioneller. Diesmal in diesem Jahre aufgestellte rote Liste konnte 4 Betriebsräte erringen. Es wurden abgegeben:

Opposition	409 Stimmen
SPD. und Renegaten	575 Stimmen

Die Sitze im Betriebsrat verteilen sich: Opposition 4, SPD. und Renegaten 5.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300415-10/fragment/page=0011

Rund um den Erdball

Massenmord an Kohlensklaven

Schlagwetterexplosion verschüttet 22 amerikanische Kumpels — Bisher 17 Leichen geborgen — Zwei weitere Grubenunglücke in Westfalen

Die Unglücksmeldungen von Grubenkatastrophen aus allen kapitalistischen Ländern überstürzen sich. Die Rationalisierung des Bergbaues fordert ungezählte Opfer. Kein Tag vergeht, ohne daß nicht die Presse melden muß, daß wieder einmal so und so viel brave Kumpels durch Schlagwetterexplosionen oder durch herunterstürzende Gesteinmassen verbrannt, zu Brei zermalmt, blutig zerfetzt oder zeitlebens zum Krüppel verstümmelt wurden. Wahrlich, die Profitgier des mörderischen Kapitalismus zeigte sich noch nie so brutal, noch nie in so nackter Scheußlichkeit wie in der gegenwärtigen Zeit! Hier die blutige Auslese eines einzigen Arbeitstages:

Wie die zweiundzwanzig starben ...

Auf einer der Pacific-Coast-Coal-Company gehörenden Gruben in der Nähe der Stadt Cardonado im amerikanischen Staate Washington ereignete sich eine schwere Schlagwetterexplosion, durch die ein Teil des Schachtes zum Einsturz gebracht wurde. Nicht weniger als zweiundzwanzig Bergarbeiter wurden dabei verschüttet. Siebzehn konnten bisher nur noch als Leichen geborgen werden. Es besteht keine Hoffnung, die restlichen fünf verschütteten Kumpels lebend zu retten.

So starben die drei ...

Im unterirdischen Betrieb der Zechen Recklinghausen I und II in Recklinghausen-Süd sackten beim Losgehen eines Spreßschusses im Flöz Sonnenschein am Sonnabend abermals, wie schon vor einigen Wochen, die hängenden Gesteinmassen nach, wodurch drei Bergleute auf der Stelle getötet und drei weitere schwer verletzt wurden.

Nach ergänzenden Mitteilungen der Grubendirektion handelt es sich um eine explosionsartige Erscheinung im Revier 7 des Flözes Sonnenschein, der mit 8 Mann belegt war. Durch die Explosion wurden die Kohlen herausgedrückt und begruben die dort beschäftigten Bergarbeiter. Die Ursache des Unglücks ist bis jetzt angeblich völlig unbekannt. (!) Eine Schlagwetter- oder Kohlenstaubkatastrophe dürfte nach Ansicht der Grubendirektion nicht in Frage kommen, da hierfür jegliche Anzeichen fehlten.

Erstickt und verbrannt ...

Auf Zeche „Schlägel und Eisen" in Langenbock geriet am Sonntag der Bergmann Bucha unter herabfallende Gesteinmassen, unter denen er erstickte. Auf einem anderen Schacht derselben Zeche und am selben Tage kam während des Schichtwechsels ein weiterer Bergmann dadurch zu Tode, daß er mit dem Kopf an die Starkstromleitung geriet, als er einem Grubenzuge ausweichen wollte.

Untergang der „Lusitania"

Die bürgerliche Sensationspresse versucht, durch die Tatsache, daß in enger deutsch-englischer Zusammenarbeit unter Mitwirkung der englischen und amerikanischen Flottenchefs der Film „Blockade" hergestellt wurde, pazifistische Illusionen zu erwecken. Der Vorzug dieses Films soll seine „unerhörte Realistik" sein; außerdem soll er auf jede Ausschmückung verzichten und fast ausschließlich nach amtlichen Darstellungen gearbeitet sein. In dem Film sieht man, wie auf unserem Bild dargestellt, die Versenkung der „Lusitania", eine Kriegshandlung, die Amerika den äußeren Anlaß gab, ebenfalls in den Weltkrieg einzutreten.

Eine Stadt von riesigen Waldbränden eingeschlossen

Buchanan, eine 8000 Einwohner zählende Stadt im amerikanischen Staate Virginia, ist nach allen Seiten hin von riesigen Waldbränden eingeschlossen. Vor einigen Tagen brach in einer Entfernung von etwa 15 Meilen von Buchanan ein Waldbrand aus, **der trotz angestrengtester Löscharbeit ständig an Ausbreitung zunahm.** In der Nacht zum Montag hat der Waldbrand nunmehr einen solchen Umfang angenommen, daß Buchanan **rings von brennenden Wäldern umgeben ist.**

Siebenfacher Frauenmörder verhaftet

Er warf seine Opfer in Kanäle

In Rabat in Marokko wurde ein Eingeborener verhaftet, der nicht weniger als sieben Morde verübt hat und die ganze Umgebung seit einiger Zeit in große Aufregung versetzte. In kurzen Abständen fand man auf einsamen Wegen und in Kanälen die Leichen von Eingeborenenfrauen, ohne daß es bisher gelang, auch nur eine Spur des Täters zu finden. Am Freitag wurde wiederum ein junges Mädchen aufgefunden, die jedoch nur schwer verletzt war. Sie konnte eine ziemlich genaue Beschreibung des Täters geben, worauf die Polizei zur Verhaftung eines ehemaligen Kolonialsoldaten schritt, der auch nach anfänglichem Leugnen die ihm zur Last gelegten Morde eingestand.

Auf „Falke" war's unheimlich

Kapitän Zipplitt wird weiter belastet

Die gestern stattgefundene Verhandlung im „Falke-Prozeß" wird durch die Vernehmung des zweiten Maschinisten Haß eingeleitet. Seine Aussagen bestätigen in allen Fällen die Behauptungen der früheren Mannschaftszeugen.

Wie er erklärte, haben sich die venezuelischen Passagiere am 24. Juli bewaffnet. Die Mannschaft, die unruhig wurde, beruhigte man mit der Erklärung, es geschehe zur Feier des südamerikanischen Nationaltages. In Blanquilla betrachtete der Zeuge Haß die Reise eigentlich als beendet. Da aber bei Negropoint dann die Bewaffnung eines großen Trupps Venezueler erfolgte, empfand er sowie seine Bordkameraden die Zustände geradezu unheimlich. Im übrigen schloß er, sei er bereits überrascht gewesen, als sich in der Heimat die „Falke" von Danzig nach Gdingen wandte und dort auffallend viel Kohle und Munition an Bord nahm. Am liebsten wäre er gleich wieder an Land gegangen. Nur da er seinerzeit **bereits längere Zeit arbeitslos** gewesen sei, habe er es sich anders überlegt.

Als nächster Zeuge schilderte der Ingenieur Koch die Verhältnisse bei der Ausrüstung des Dampfers in Gdingen, die ihn bewogen, seine Anmusterung rückgängig zu machen. Er habe von Kapitän Zipplitt einen ungünstigen Eindruck gehabt. Auch sei ihm der Munitionstransport unheimlich vorgekommen. Doch bei seinem Versuch, bei der Abmusterung ein Abstandsgeld vom Kapitän zu erhalten, habe der eine Bewegung gemacht, daß er gegebenenfalls von dem Revolver, den er bei sich trug, Gebrauch machen werde.

„Wetten, daß ich ..."

In St. Sebastian in Frankreich büßte ein junger Mann infolge einer unsinnigen Wette sein Leben ein. Im Laufe einer Kneipereien brüstete er sich, **zehn rohe Eier mit der Schale verzehren zu können,** und schloß darüber eine Wette mit seinen Freunden ab. Nachdem er die 10 Eier mit Hilfe eines Liter Weins hinuntergespült hatte, spürte er **heftige Magenschmerzen** und **starb wenige Minuten** darauf unter qualvollen Schmerzen.

Frauenchor durchs Konzertpodium gestürzt

Im Lodzer Philharmoniesaal ereignete sich am Sonntagmorgen ein schwerer Unfall. Im Augenblick, als ein Chor die Bühne betrat, stürzte das **ganze Podium unter der Last der Chormitglieder zusammen** und begrub unter den Trümmern fast den ganzen, großteils aus Frauen bestehenden Chor. Zwölf Personen erlitten hierbei teils schwere, teils leichtere Verletzungen.

Großfeuer in einem amerikanischen Kinderkrankenhaus

Wie aus Irvington am Hudsonfluß gemeldet wird, brach im dortigen Kinderkrankenhaus ein Brand aus, **wodurch das ganze Gebäude eingeäschert wurde. Zwölf Pflegerinnen** gelang es, mit Hilfe von Feuerwehrleuten 58 Kranke zu retten.

Flugzeugunglück bei Stockholm

Bei Dalarö in den Stockholmer Schären ereignete sich am Sonntag abend ein schweres Flugzeugunglück. Ein mit **fünf Personen** besetztes Flugzeug, das einen **Kranken abgeholt hatte,** stürzte aus 30 Meter Höhe ab. Dabei wurde **ein Fahrgast** getötet, die übrigen schwer verletzt.

Reichswehrsoldat wird durch Eheverbot zum Betrüger

Zwei Alimentenklagen brachten ihn zur Verzweiflung

Die große Strafkammer des Bielefelder Landgerichts verurteilte den Unterwachtmeister Alfred Z. vom Artillerieregiment in Minden wegen unerlaubter Entfernung vom Truppenteil zu drei Monaten Gefängnis. Das erstinstanzliche Urteil, das den Angeklagten wegen Fahnenflucht zu fünf Monaten Gefängnis verurteilte, wurde aufgehoben.

Es ist nicht das erstemal, daß der Angeklagte wegen unerlaubter Entfernung von der Truppe bestraft worden ist. Bereits am 18. Juni 1929 wurde er vom Mindener Schöffengericht wegen dieses Vergehens mit 14 Tagen **strengem Arrest** bestraft. Bis zum Jahre 1928 hat er sich bei seinem Regiment gut geführt. Aber dann wurden fast

zu gleicher Zeit zwei Alimentenklagen gegen ihn angestrengt.

Hierdurch geriet er bald in große Geldsorgen, reicht doch der Hungersold, den der neudeutsche Imperialismus seinen Landsknechten zahlt, kaum zum Nötigsten. Er aber sollte nunmehr zwei uneheliche Kinder versorgen.

In seiner Not vergriff er sich, da er die Mannschaftsküche verwaltete und für den Einkauf sorgte, eines Tages an der Menagekasse.

Wie aus der Verhandlung hervorging, scheint er mit einem Lieferanten ein nicht einwandfreies Geschäftchen gemacht zu haben. Um ihm aus der Bedrängnis zu helfen, übergab ihm die Kasse des Unteroffiziersvereins 200 Mark, damit er sein Defizit decken könne. Zwar nahm er das Geld an, aber statt seine Schuld abzuzahlen, verschwand er damit. Als man ihn wieder verhaftete, besaß er keinen Pfennig mehr.

Schweres Straßenunglück in Glasgow

Ein Fahrgast tot, 60 verletzt

In Glasgow ereignete sich in der Nacht zum Sonntag ein schweres Straßenbahnunglück. Ein vollbesetzter Straßenbahnwagen sprang in voller Fahrt aus den Schienen und fuhr mit großer Wucht in ein Schaufenster. Der Wagen überschlug sich, so daß die Insassen unter den Trümmern des Wagens begraben wurden. Zwei 60 Fahrgäste wurden sämtlich verletzt, viele davon schwer. Ein Mann ist inzwischen im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen.

Mit dem Flugzeug ins Wochenend

Die Schwerverdiener von Industrie, Film und Theater, deren Leben an und für sich schon ein ununterbrochenes Wochenende darstellt, fahren neuerdings mit den Flugzeugen der Deutschen Lufthansa weit hinaus ins Grüne, wo ihnen kein gewöhnlicher Prolet in die Quere kommen kann. Unser Bild zeigt solch eine Gruppe Schwerverdiener, die auch in der Natur nicht auf Sekt und Grammophonmusik verzichten können.

diesen Betrug wird sich der Unterwachtmeister in kurzer Zeit noch vor einem andern Gericht zu verantworten haben.

Wir zweifeln nicht daran, daß das Gericht mit der ganzen Strenge des Gesetzes gegen diesen armseligen Landsknecht vorgehen wird, ist er doch in den Augen der Rechtshüter bereits zweimal vorbestrafter Deserteur, der keine strafmildernden Umstände verdient hat. Die revolutionäre Arbeiterschaft wird gegen wird auch in diesem Falle sich nicht durch die Tatsache, daß der Angeklagte als Prolet im Waffenrock auf der anderen Seite der Barrikade steht, abhalten lassen, dessen „Vergehen" mit anderen Augen zu betrachten, wie die offiziellen „Rechtshüter".

Aus der Tatsache, daß sich der Angeklagte bis zum Jahre 1928 bei seinem Regiment gut geführt hat und nur durch die Alimentenklagen auf die „Bahn des Verbrechens" gewiesen wurde,

geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß das barbarische und unnatürliche Eheverbot für Reichswehrsoldaten die eigentliche Schuld trägt.

Aber zu dieser Erkenntnis werden sich die Klassenrichter nie aufschwingen können und wollen, müssen sie doch nur zu gut, daß nur der Landsknecht, der streng kaserniert ist, und keinerlei Familienbande mit dem „Volk" besitzt, das ideale Werkzeug des Kapitalismus und Imperialismus darstellt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300415-10/fragment/page=0012